links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 264 Mai 1992
24. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

AUFHÄNGER ASYL

Harlem Désir

Rassismus in Europa

INTERVIEW

Rosi Wolf-Almanasreh

„Wir müssen Gleichberechtigung schaffen"

EUROPÄISCHER NATIONALISM

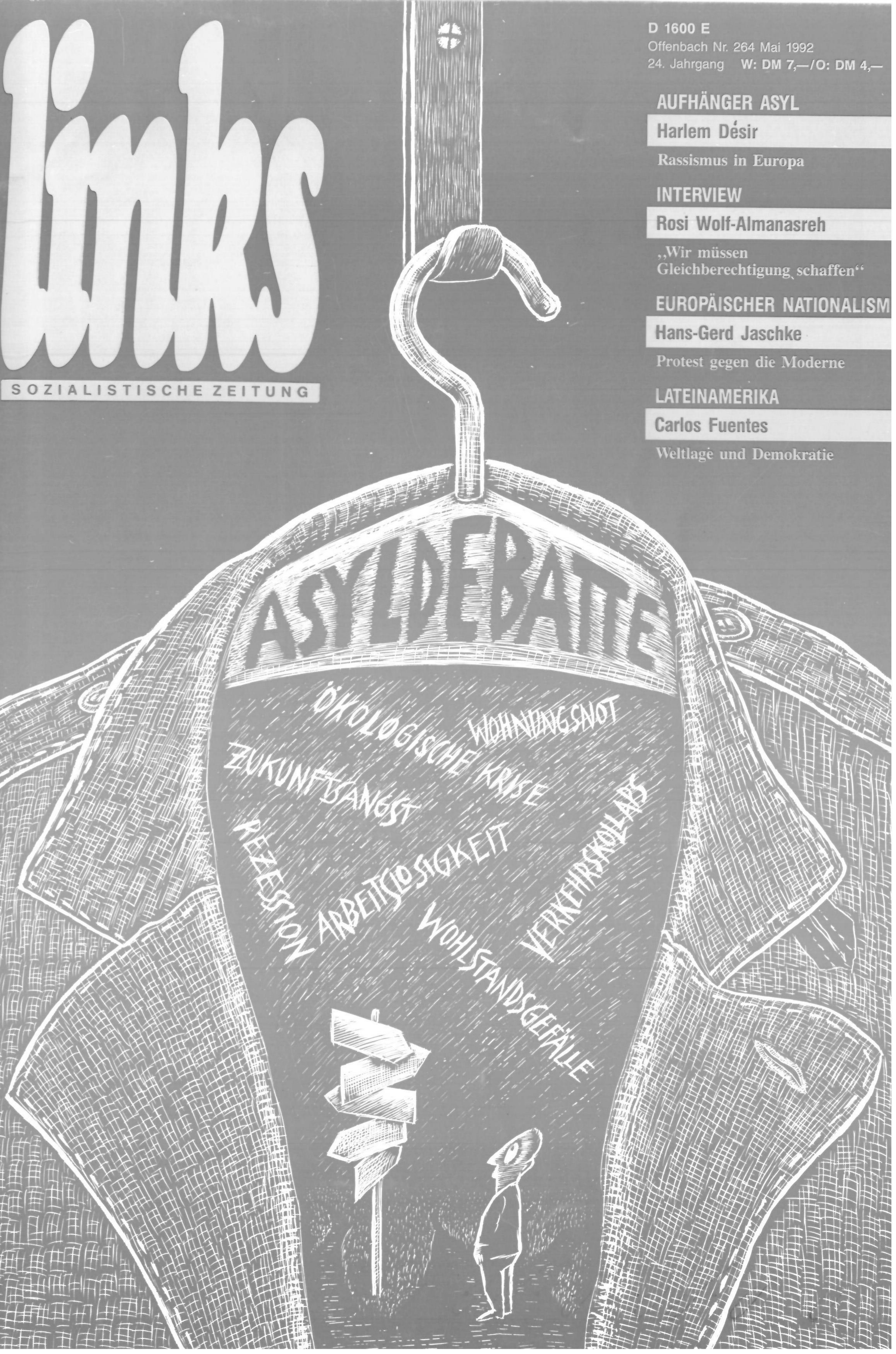
Hans-Gerd Jaschke

Protest gegen die Moderne

LATEINAMERIKA

Carlos Fuentes

Weltlage und Demokratie



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Oskar Negt sagte im Interview, das wir in der letzten Nummer abdruckten, die undogmatischen Linken kämen nicht um die Aufgabe herum, entweder jetzt „das Ganze neu zu denken" oder sich aus der politischen Gegenwart abzumelden. Das zielt nicht auf Einstimmung auf die gerade gespielten und gern gehörten Melodien im allgemeinen oder auf jene der Meßdienerchöre bundesdeutscher Intellektueller im besonderen. Mit dem Neudenken des Ganzen ist auch nicht gemeint, daß jetzt großzügig Büßerhemden ausgeteilt werden, undogmatische Linke also bis ans Ende der Zeiten in Sack und Asche gehen sollten als Strafe dafür, was sich unter der Firma „realexistierender Sozialismus" zur Kenntlichkeit entlarvt hat. Negt fordert vielmehr dazu auf, eine geschichtliche Bilanz zu ziehen und zu prüfen, was den theoretischen, politischen und praktischen Herausforderungen der Zeiten standgehalten hat, was obsolet geworden ist, was völlig neu und unter Berücksichtigung neuer Erfahrungen und Einsichten erarbeitet werden muß; ganz zu schweigen davon, was absehbar überhaupt erst in Form von Fragen, Desiderata oder Defiziten zu formulieren ist. In einem zugleich historisch bilanzierenden wie prospektiven und provokatorischen Sinne ist Negts Verweis auf Hölderlin zu verstehen: „soviel Anfang war nie".

Die ***links***-Redaktion ist bereit, sich dieser Debatte über die Zukunft eines Zweigs der undogmatischen Linken zu stellen — einer Debatte mit offenem Ausgang. Denn als Redaktion — relativ isoliert arbeitend und ohne präzise Kenntnisse davon, wie unsere monatlichen Anstrengungen aufgenommen werden — sehen wir die Lage der Dinge gar nicht besonders rosig. Zwar halten wir die politische und theoretische Tradition, für die diese Zeitung seit 20 Jahren steht, nach wie vor für politisch aufklärerisch und allein deshalb für berechtigt, weil es immer weniger linke Zeitungen mit Biß und Profil gibt. Aber die sehenswerte Tradition allein genügt natürlich heute sowenig wie zuvor. Ohne einen politischen und theoretischen Innovationsschub geht es nicht weiter, selbst wenn die finanziellen Löcher gestopft und die enge personelle Basis der arbeitenden Redaktion verbreitert werden kann. Immer öfter stellt sich die Frage, ob sich der beträchtliche Aufwand noch lohnt. Es gibt leichtere Aufgaben, als eine anspruchsvolle linke Zeitung zu produzieren (und zu verkaufen!) angesichts der jüngsten politischen Stimmung im Westen, wo sich recht viele gerade auf Endlos-talk, anything-goes-Kost oder Mitschwimmen umgestellt haben.

Radikale Gesellschaftskritik, emanzipatorische Ansprüche, solidarische und egalitäre Standards gegenüber allen Menschen, Antikapitalismus, Anti-Etatismus und Antiimperialismus haben sich mit Sicherheit nicht überlebt, nur weil der ebenso kurzsichtige wie einäugige und brutal interessierte „Gemeinsinn" momentan mächtig auftrumpft. Aber die Redaktion sieht sich immer weniger in der Lage, ihren politischen Ort und ihre politische Funktion im unübersichtlicher gewordenen Gelände zu bestimmen. Ohne die Rückkoppelung mit kritischen Leserinnen und Lesern, ohne die personelle Verstärkung sowie ohne neue (oder reaktivierte alte) Autorinnen und Autoren für bisher vernachläßigte Themen geht es nicht weiter.

Die Redaktion möchte die Zeitung inhaltlich erneuern und für die Arbeit neue Formen entwickeln. Unser Vorhaben läuft in zwei Phasen ab: Zunächst haben wir in der Redaktion mit der konzeptionellen Arbeit begonnen und bitten alle Interessentinnen und Interessenten, uns für diesen Diskussionsprozeß möglichst bald Papiere, Thesen und Anregungen zu schicken. Das Ergebnis der internen konzeptionellen Diskussion möchten wir dann in einem zweiten Schritt öffentlich debattieren. Die Redaktion lädt deshalb für den 20. Juni 1992 zu einer Debatte (vgl. Termine S. 4) ein.

In der zweiten Jahreshälfte sollen das neue Konzept umgesetzt und die neuen Arbeitsformen ausprobiert werden. Nach Spendenaufrufen und der Diskussion über das, was „Sozialismus" heute bedeuten kann, ist dies der dritte Versuch, mit Autorinnen und Autoren, Leserinnen und Lesern, Interessentinnen und Interessenten ins Gespräch zu kommen. Wenn es uns nicht gelingt, die personellen Ressourcen, die theoretischen und politischen Kompetenzen der Redaktion so zu erneuern, daß diese den faktischen Herausforderungen gewachsen ist, hat das politische Projekt einer auf dem Niveau der Zeit agierenden, radikalen, antikapitalistischen, emanzipatorischen Zeitung seine Existenzberechtigung verloren.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Juni-Ausgabe 1992 ist der 14.5.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Wolf-Dieter Narr
Den Parteien
kein politisches Asyl **5**

Claudia Roth
One chance only!
Die Asylpolitik nach Schengen **23**

AKTUELL

Helmut Oberdiek
Der 19. ,,Volksaufstand''
der Kurden **6**

medico international
Morde durch Todesschwadrone
Die Kontra-Guerilla **8**

Emilian Abadjiev
Bulgarien auf dem Weg
in die Marktwirtschaft **9**

Die GRÜNEN
Schengen: Der Weg zu
einem repressivem Europa **11**

HINTERGRUND: Zu den Wahlen in Europa

Bob Detobel
Aux Larmes, Citoyens!
Französische Stimmen zur Wahl **12**

Bernard-Henri Lévy
Dieser Faschismus ist
,,hausgemacht''
... und wird heute verkörpert
durch die Nationale Front **14**

Carl-Wilhelm Macke
Stillstand
Zu den Parlamentswahlen
in Italien **16**

Will Hutton
Das Vereinigte Königreich braucht
dringend einen Mehrheitsschutz **18**

THEMA: Aufhänger Asyl

Felix Schneider
Die Lebenslüge
unserer Zivilisation **20**

PRO ASYL
Stopp dem Kahlschlag
Für ein faires Asylrecht **22**

Harlem Désir
Entweder ein laizistisches Europa
oder gar keins! **24**

Helga Haas-Rietschel
,,Wir müssen Gleichberechtigung
schaffen''
Ein Interview mit
Rosi Wolf-Almanasreh **26**

AKTUELLE DEBATTE

Hans-Gerd Jaschke
Protest gegen die Moderne
Europäische Nationalismen
als Reaktion auf das Tempo
gesellschaftlicher Umbrüche **31**

INTERNATIONAL

Ernesto Richter
Von der Revolution zur Kooperation
El Salvador 1981 — 1991 **34**

Täternotizen III **37**

Carlos Fuentes
Weltlage und Demokratie: Probleme
der neuen Weltordnung **38**

THEORIE

RUBRIKEN

Editorial **2**
Termine **4**
Leserbrief **29**
Lektüre **30**
Rückblick **42**
Peter Pillenstein
Tausche Honecker gegen Schäfer
Cosa Nostra:
SB-Kontaktadressen **4**
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Foto: A.M. Begsteiger
aus: taz-Journal ,,Die Deutschen und die Fremden''.

Internationales Symposium

Im Zuge der Liberalisierung und schließlich des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime in Osteuropa wurde auch der Antisemitismus wieder virulent. Dabei handelt es sich nicht um eine bloße Wiederbelebung hergebrachter, primitiver Muster von Judenfeindlichkeit, sondern um eine hochpolitische, zuweilen sogar hochintellektuelle Ideologiebildung, die alle Erfahrungen des 20. Jahrhunderts einschließlich des Holocaust aufgreift und dabei in vielen Fällen auf die Argumentationsfiguren des kommunistischen ,,Antizionismus'' zurückgreift. Der ideologische Charakter wird noch dadurch unterstrichen, daß es sich dabei großteils — von der Ukraine und Rußland abgesehen — um einen Antisemitismus ohne Juden handelt.

Zu diesem Symposium Ende Mai in der Ev. Akademie Arnoldshain laden Cilly Kugelmann, Gerd Koenen, Palais Jalta, Wolfgang Klotz, Palais Jalta, Dietrich Neuhaus, Akademie Arnoldhain ein.
Referenten: Detlev Claussen, Lev Gudkow, Walter Laqueur, Gerd Koenen, Dan Diner, Marek Edelmann u.a.
Termin: 27. — 31. Mai '92
Ort: Akademie Arnoldhain
Anmeldung: Ev. Akademie Arnoldhain, Schmitten/Taunus

Migration als Menschenrecht

Die *links*-Redaktion veranstaltet in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung politischer Bildung (AFP) Mitte Mai in Frankfurt zum Thema ,,Migration als Menschenrecht'' eine Tagung. Das Problem der Migration ist ein globales Problem und resultiert aus globalen Ursachen: ökologische Krisen, regionale Kriege, Landflucht und Megastädte, interethnische Konflikte und neue nationalistische Bewegungen. Westeuropa als Wohlstandsinsel sieht in der weltweiten Massenflucht eine Gefahr für den eigenen Lebensstandard. Doch keine humanen Lösung können die neuen sozialen Mauern sein, die das Schengener Abkommen zwischen Wohlhabenden und Armen nun aufbaut. Auch mit der Beibehaltung des Asylrechtes hat man das Migrationsproblem noch nicht im Griff. Humane Lösungsstrategien sind gefragt, die aber allerdings auf einer Einkommensumverteilung und auf Solidarität beruhen müssen, und die wahrscheinlich ohne eine neue Weltordnung, die die Industrienationen reglementiert, nicht auskommen wird. Diese Tagung wird sich sowohl mit den globalen und europäischen Wanderungsbewegungen und den Ursachen und mit der Typisierung der verschiedenen Wanderungsbewegungen befassen als auch nach den Möglichkeiten und Konturen einer Einwanderungspolitik fragen. Ein Schwerpunkt wird hierbei auch die Asylpolitik und die neuerlichen Debatten um Quotenregelungen und Einwanderungsgesetze bilden. Ein weiterer Komplex wird sich mit dem Begriff Rassismus und seinen Erklärungsansätzen kritisch auseinandersetzen. Dabei gilt es zu klären, was alt und was neu ist und wie das Fremde jeweils definiert ist.
Referent: Uli Bielefeld u.a.
Termin: 23.5.'92 um 11 — 18 Uhr
Ort: Bürgertreff Westend (Clubraum 9), Ulmenstr. 20, 6000 Frankfurt 1
Kontakt: AFP/*links*-Redaktion, Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach

Die Wüste tobt? Soziale Bewegungen in Lateinamerika und hier

Mitte Mai findet das dritte Seminar von PIZZA statt (Projektgruppe internationalistische Zusammenarbeit, Zukunft, Aktion). Thema des Seminars: die sozialen Bewegungen zwischen Macht, Suppenküchen und Nationalismus. Ziel der PIZZA ist es, sich auf dem Trümmerhaufen linker Politik, Hoffnungen und Utopien einen Überblick zu verschaffen, ob und wie es mit internationalistischer Politik weitergehen kann.
ReferentInnen: Sofia Montenegro, Paula dos Santos, Thomas Klein; angefragt: Pepetella, Ivan Illich.
Termin: 15. — 17. Mai '92
Ort: 3552 Karlshafen
Anmeldung: Informationsbüro Nicaragua, z.Hd. Anke Spiess, Hofaue 51, 5600 Wuppertal

Kapitalismus bis zum bitteren Ende?

Das Bildungswerk Leben und Umwelt veranstaltet Ende Mai ein Seminar unter der Fragestellung: ,,Gibt es Alternativen zum bestehenden Geld-und-Wirtschaftssystem?'' Das Seminar will klären, auf welches Leitbild arbeitsteilige Wirtschaft angelegt ist, und ob es eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus überhaupt gibt und welche rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen wären.
Referent: Prof. Dr. Roland Geitmann
Termin: 29.5. — 31.5.92
Anmeldung: Bildungswerk Leben und Umwelt: ,,Alte Schule'', 3413 Fredelsloh

Frauenförderung

Frauenförderung, für die einen ein grundlegendes, ständig gefordertes Leitziel ihrer Arbeit, für die anderen ein Reizthema von gerade noch taktischem Stellenwert, dazwischen die Niederlagen, Mühen und Erfolge der Alltagspolitik vor Ort in den Betrieben und Kommunen. Die Tagung, die die Evangelische Akademie/Bad Boll Mitte Mai veranstaltet, wendet sich an Frauen und Männer, die — eine Zwischenbilanz ihres Frauenpolitischen Handelns treffen wollen, — zukünftige arbeitsmarktpolitische und gesellschaftspolitische Entwicklungen mitreflektieren möchten und — nach Möglichkeiten suchen, ihre Arbeit vor Ort institutions- und betriebsübergreifend im Sinne gegenseitiger Unterstützung stärker zu vernetzen.
Termin: 18. — 20.5.92
Ort: Evangelische Akademie Bad Boll
Anmeldung: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 7325 Bad Boll

Biographie und Geschichte

Das Bildungs- und Ferienzentrum Salecina veranstaltet Anfang Juni das 9. Salecina-Seminar zur ,,Geschichte von unten''. In einer Zeit der großen historischen Umbrüche und Veränderungen kann die biographisch orientierte Erinerungsarbeit einen wichtigen Beitrag nicht nur zur historischen Forschung, sondern auch zur individuellen und kollektiven Verständigung über die Frage der eigenen Identität und des eigenen Standortes leisten. ,,Geschichte von unten'' bemüht sich um ein Verständnis von Geschichte, das aus dem Lebenszusammenhang und Erfahrungsprozeß der Menschen hervorgeht. Biographisch orientierte Alltagsgeschichte — so heißt es in der Ankündigung des Seminars — sieht ihre Aufgabe in der Rekonstruktion der selbsterlebten Vergangenheit, wie sie sich in den Lebensgeschichten ganz normaler Leute niederschlägt. Neben Projekterfahrungen und Methodenfragen zur Alltagsgeschichte steht auch eine Theorie-und-Perspektive-Diskussion auf dem Programm des Bildungsseminars.
Termin: 7. — 13.6.92
Ort: Salecina, Bildungs- und Ferienzentrum, CH-7516 Maljoa
Anmeldung: Stiftung Salecina, Orden Denz, CH 7516 Maljoa

,,Kapitalismuskritik — heute''

Das SB Dortmund veranstaltet Mitte Mai eine Tagung zu ,,Kapitalismuskritik — heute''.
Veranstalter: SB Dortmund
Termin: 16. Mai '92, 10 - 18 Uhr
Ort: Sozialakademie Dortmund, Hohe Str. 141, 4600 Dortmund
Referenten: Joachim Hirsch; angefragt: E. Altvater, U. Beer
Referate und Arbeitsgruppen zur Kapitalismuskritik als Kritik des politischen Systems, als ökologische Kritik und als Patriarchatskritik
Kostenbeitrag: 5,— DM
schriftl. Anmeldung beim SB Dortmund, c/o ,,Langer August'', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund

,,Das SB stellt sich vor!!!''

Das SB stellt sich interessierten Leuten aus Ost und West vor: Geschichte, Traditionen und Selbstverständnis sowie gegenwärtige Chancen politischer Interventionen nach der deutschen Einheit und den Umbrüchen in Osteuropa.
Termin: 8. Mai '92 um 19 Uhr
Ort: Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Berlin

,,Das Ganze neu denken''

Die ***links***-Redaktion diskutiert mit Autorinnen und Autoren, Leserinnen und Lesern, Interessentinnen und Interessenten über die Zukunft einer auf dem Niveau der Zeit agierenden, radikalen, antikapitalistischen, emanzipatorischen Zeitung.

Termin: 20. Juni 1992, 11 - 18 Uhr
Ort: Philantropin, Clubraum 11, Hebelstr. 18, 6000 Frankfurt 1

KOMMENTAR

WOLF-DIETER NARR

Den Parteien kein politisches Asyl

Super vom 6. April mit taufrischer Schlagzeile: ,,Die Braunen kommen!“

Lassen wir die Schlagzeilengeilheit der *Super* und ihrer konkurrierenden Medien beiseite. ,,Die Braunen“, die nun in Schleswig-Holstein und vor allem in Baden Württemberg in die Landtage drängen — das ist eine Fehldiagnose und ein Ablenkungsmanöver (womit nicht gesagt sein soll, wenn's denn zu betonen notwendig ist, daß ich die ‚Reps' und Konsorten liebend umarmen möchte).

Denn nun schwadronieren sie wieder tiefsinnig, diejenigen die das Problem darstellen: Die Vertreter der etablierten Parteien und ihr publizistischer, nicht zuletzt politikwissenschaftlicher Troß. Man müsse auf ,,die Menschen“ ,,stärker zugehen“, meinte ein gerade noch CDU-Generalsekretär-Gewesener und Schon-Verteidigungsminister. Wie ,,die Menschen“ so ,,irrational“ wählen könnten, vermochte der allzeit wohlgesonnene Biedermann, Björn Engholm, nicht zu begreifen. Die Kommentare werden sich in der nächsten Zeit überpurzeln. Sie werden bestenfalls dafür mitsorgen, daß diese regierungsmächtigen und regierungssüchtigen Parteien noch kräftiger das Verhalten produzieren, das sie dann ,,zutiefst“ und ,,glaubwürdig“ bedauern. Regieren heißt hierbei vor allem: Positionen einnehmen und dafür sorgen, daß man diese Positionen behält oder umgehend wiedererwirbt. Die Probleme sind für die Positionen und aufgrund ihres Erwerbs dar. Denke niemand, es halte sich umgekehrt.

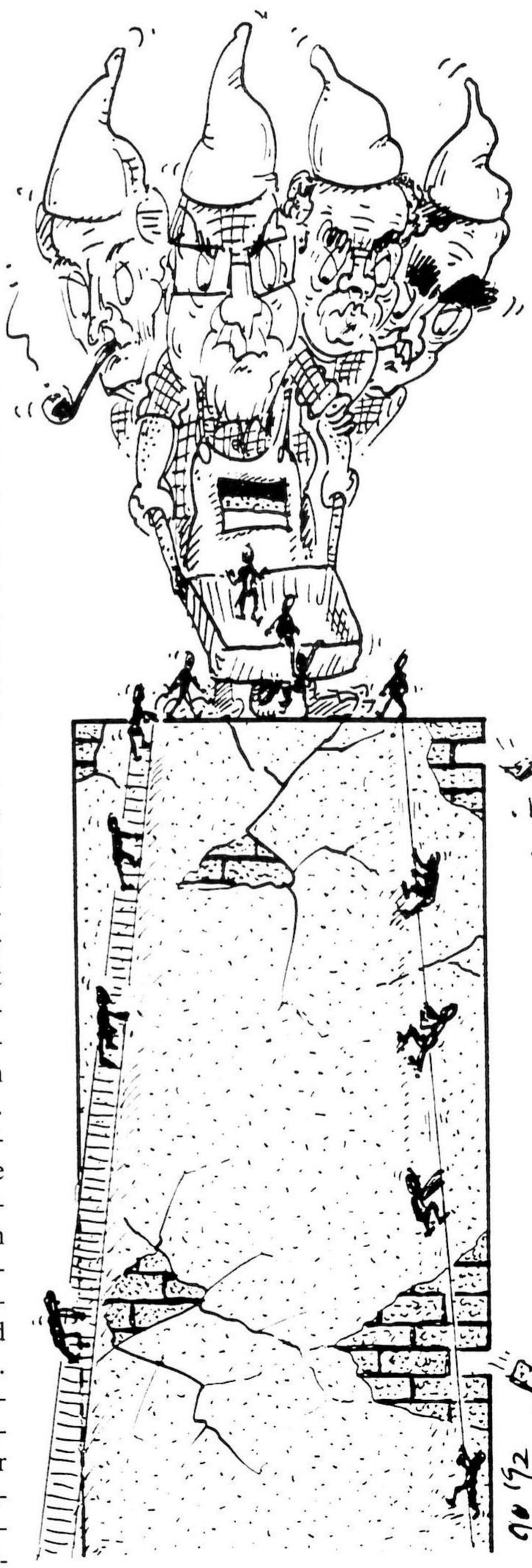
Alle paar Jahre wieder fungiert die Asyldebatte als Ersatz politischer Mobilisierung. Vorurteilsschlamm aufzurühren und sich dann wieder ,,geordnet“ setzen zu lassen oder schlammig vor Schlamm zu warnen — das ist viel leichter, das verleiht die staatsmännliche, zuweilen auch schon die staatsfrauliche Pose. Die Kontinuität der Lebenslügen dieser Republik garantiert die jederzeitige bürgerverachtende Mobilisierbarkeit. ,,Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ ,,Deutschland ist die Oase der Asylsuchenden.“ ,,Eine Asylantenflut staut sich vor deutschen Grenzen und gefährdet trautes deutsches Haus und Heim.“Die Bundesdeutschen werden in den schweren Schlaf gewiegt wie dies seinerzeit angeblich die römischen Mütter getan haben, als sie ihre Kinder mit dem Schreckensruf ,,Hannibal ante portas!“ zur Ruhe drückten.

Gewiß! Die CDU/CSU treibt's schlimmer. Der ,,durchmischte und durchrasste“ bayerische Innenminister Stoiber befürchet, daß alle Verschlimmböserungen des Asylrechts (und der viel schlimmeren Praxis) nicht ausreichten, weil diese blödsinnige ,,Rechtsweggarantie“ des Grundgesetzes (Art. 19 III GG) das geplante Zack-Zack-Verfahren hemme. Doch das inkarnierte ,,kleinere Übel“, genannt SPD, ist als Vorurteilsförderungsverein e.V. kaum geringer zu gewichten. Denn diese SPD kombiniert die institutionalisierte Drückebergerei mit ewigem halb guten, halb schlechten Gewissen.

So bleibt zur Selbsterkenntnis und verändertem Handeln kein Platz. Darum kann sie auch so tun, als ob die Verteidigung des Art. 16 II GG eine Leistung darstellt, während sie kräftig dabei mitgewirkt hat und mitwirkt, eben diesen Asylparagraphen bis zur Unkenntlichkeit zu enteignen. Überhaupt fällt die demagogische Rechtsillusionsfixierung der Parteien auf. Ebenso wird die Bevölkerung mit Hilfe des groß gewordenen europäischen Verschiebebahnhofs getäuscht.

Präsident Bush hat wie im unseligen Golfkrieg die westliche liberal-demokratische Universaldevise vorgegeben. In einem Gespräch mit David Frost sagte er jüngst: ,,Ich tue alles, um die Wahl zu gewinnen.“ Genau das tun in gleicher Weise die bundesdeutschen Parteien. Einfallslos, selbst- und fremdtäuscherisch, in steriler Aufgeregtheit. Die erneuerte und veränderte deutsche Kontinuität von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, der starke Unterstrom dieser angeblich außer den fünf neuen Bundesländern trefflich gelungenen ,,civil cociety“ — man kann die Torheiten im Namen derselben gar nicht alle zusammenkratzen —, vermag solcherart nicht unterbrochen zu werden. Dazu müßten die BürgerInnen endlich als Wesen ernst genommen werden, die ihre Wirklichkeit verstehen und sich an deren Verfertigen zu beteiligen vermögen.

Eine gründliche Reorganisation auch und gerade der parteilichen Hohlformen und der so nicht mehr funktionsfähigen repräsentativen Demokratie wäre vonnöten. Dazu ist von den etablierten Parteien kein Beitrag zu erwarten. Leider auch nicht von den neualten kleineren, die zur Futterkrippe drängen. Es sei denn Druck würde ausgeübt. Es sei denn, sie könnten nicht mehr anders, um zu überleben. So wie diese Parteien und ihre wortschmalzigen Sprecher indes gegenwärtig funktionieren, haben sie sich überlebt. Sie verdienen im Gegensatz zu den Asylsuchenden kein politisches Asyl. ■



HELMUT OBERDIEK

Der 19. „Volksaufstand“ der Kurden

Während der Pan-Türkismus neue Blüten treibt, durch die Rolle, die die Türkei in den islamischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion spielt, wächst der Haß zwischen Kurden und Türken im eigenen Land. So kam es anläßlich der Newroz-Feiern zum Blutbad im Südosten der Türkei. Helmut Oberdiek, der in Ankara bei einer Menschenrechtsorganisation arbeitet, gibt in seinem Artikel Hintergrundinformationen zur Geschichte der militanten Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Militärs und den Kämpfern der Kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Das Blutbad im Südosten der Türkei zu Newroz, dem Neujahrs- und Befreiungsfest der Kurden war erwartet. Einige Beobachter hatten sogar mit mehr als den offiziell zugegebenen 80 Toten gerechnet. Kommentatoren in der Türkei sahen in den Ereignissen die „Probe eines Volksaufstandes“. Folgerichtig prognostizierten sie denn auch, daß dieser Kurden-Aufstand wie alle achtzehn Versuche zuvor blutig niedergeschlagen würde.

Die Ereignisse vor und nach dem 21. März 1992 sind jedoch kaum mit den Volksaufständen in der Geschichte der Türkei zu vergleichen. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen türkischen Militärs und Kämpfern der Kurdischen Arbeiterpartei PKK, die diese als einen Guerillakrieg versteht, dauern nun mehr als sieben Jahre an.

Den Beginn markierte die PKK am 15. August 1984 mit Überfällen auf Gendarmeriestationen in Eruh und Semdinli, bei denen zehn Soldaten und drei Zivilisten getötet wurden. Seitdem sind insgesamt mehr als 3 000 Menschen bei den Auseinandersetzungen umgekommen, wobei die meisten Opfer unter der zivilen Bevölkerung zu beklagen sind.

Die Maßnahmen des türkischen Staates in Richtung auf eine Lösung des Konfliktes waren fast ausschließlich militärischer Natur und von Anfang an umstritten. Teilweise entstand der Eindruck, daß die zunächst sporadischen Zusammenstöße mit den „Terroristen“ als Vorwand genommen wurden, um restriktive Maßnahmen gegen die Opposition im Lande durchzusetzen.

Mit der Bewaffnung von ca. 25 000 Angehörigen „staatsfreundlicher“ Stämme als sogenannte Dorfschützer wurde die Absicht verfolgt, den Konflikt Kurden-intern zu halten (die Opfer waren in jedem Fall Kurden). Die Dorfschützer aber waren genauso wie die im umkämpften Gebiet stationierten 60 000 wehrpflichtigen Gendarmeriesoldaten nie in der Lage, es mit entschlossenen Guerillakämpfern aufzunehmen. Daher bildete die Polizei neben dem regulären Aufgebot von 12 000 Beamten noch „Spezialteams“ im Nahkampf mit den PKK-Militanten aus. Von ihnen sollen inzwischen 2 000 an den Kampfhandlungen teilnehmen. Diese Teams, an deren Schulung auch die GSG-9 beteiligt ist, sind vielfach im Zusammenhang mit der stets wachsenden Zahl von unaufgeklärten Morden der „Kontra-Guerilla“ genannt worden.

Im Gebiet herrscht seit dem 19.7.87 der Ausnahmezustand, und ein regionaler Gouverneur hat eine Reihe von zusätzlichen Kompetenzen erhalten, mit denen die Macht des Staates demonstriert werden soll (beispielsweise durch Zensur und Verbannung). Die Möglichkeit, Personen 30 Tage lang (und nicht 15 wie in der übrigen Türkei) zu foltern, und andere restriktive Maßnahmen haben den bewaffneten Widerstand aber nicht brechen können, sondern im Gegenteil dafür gesorgt, daß die PKK immer mehr Zulauf erhielt.

Das Erstarken der PKK ist aber nicht nur auf Fehler der türkischen Regierung zurückzuführen. Seit der Gründung der Partei am 27.11.1978 wird ihr nachgesagt, unter den Stämmen in der Region über ein besonders gutes Informationsnetz zu verfügen. Schon Ende der siebziger Jahre wurden Stammesfehden geschickt ausgenutzt, um durch bewaffnete Aktionen Anhänger zu gewinnen. Die „Bestrafung“ von Abtrünnigen und Opponenten durch Liquidierung hat Andersdenkende zu schweigenden Unterstützern gemacht.

Durch den Militärputsch vom 12. September 1980 erlitt die Partei starke Verluste und mehrere Tausende ihrer Anhänger wanderten für viele Jahre in die Kerker. Etliche fielen Folter, Mißhandlungen und Protestaktionen wie Hungerstreiks zum Opfer. Der Führer Abdullah Öcalan („Apo“) hatte sich aber schon 1979 ins Ausland abgesetzt.

Die Reorganisation der Partei im Bekaa-Tal von Syrien wurde nach 1982 im Alleingang betrieben, nachdem der Versuch einer antifaschistischen Front mit kurdischen und türkischen Organisationen gescheitert war. Zu Beginn des Guerillakrieges, der von anderen Organisationen als verfrüht abgelehnt wurde, schätzte man die Zahl der Kämpfer auf 300. Inzwischen läßt der Vorsitzende Abdullah Öcalan verkünden, daß er außer den 10 000 Soldaten der ARGK (Volksbefreiungsarmee von Kurdistan) keine neuen Rekruten mehr aufnehmen will.

▶ Sympathien für die PKK ◀

Die Sympathien für die PKK lassen sich nicht nicht nur am Zulauf von aktiven Kämpfern ablesen. Kennern der Lage war schon vor der „Machtprobe“ zu Newroz be-

kannt, daß die Einwohner von Kreisstädten wie Cizre und Idil private Streitigkeiten nicht mehr vor einem türkischen Gericht, sondern vor dem örtlichen Komitee der PKK schlichten. Zumindestens nachts gehören diese Städte den Guerillas.

Die Tradition von ,,Räuberbanden", die in einer ,,Robin Hood" verwandten Manier der Staatsmacht Paroli bieten, mag am Anfang noch ein sentimentales Motiv für die Unterstützung der Guerillas gewesen sein. Es erklärt zumindestens teilweise, warum die starken Verluste (bisher sind mehr als 1 000 Kämpfer ,,gefallen") nicht zu einer Einbuße von Vertrauen, sondern eher zu einer Zunahme an Bewunderung geführt hat.

Seit dem Beginn der Kämpfe im Jahre 1984 hat sich vieles gewandelt. Noch vor drei Jahren hätte es kaum jemand gewagt, die Leichen von getöteten Kämpfern als Verwandten zu identifizieren. Nun aber fordern auch ganz einfache Bauern eine ehrenvolle Bestattung für ihre Töchter und Söhne. Die Friedhöfe der Gefallenen sind zu Pilgerstätten geworden, die sogar auf die Gefahr hin, selber getötet zu werden, von langen Demonstrationszügen besucht werden.

Der geschickt geführte Guerillakrieg der PKK hat nicht nur die jahrelang unterdrückte ethnische und kulturelle Identität der Kurden zum Vorschein gebracht. Vielerorts ist die nationale Identität vor die Loyalität zum Stamm und sogar zu Familie getreten. Auch die Rolle der Frau ist durch weibliche Guerillas in Frage gestellt worden. Kaum jemand bezweifelt, daß sowohl im In- wie im Ausland die Kurdenfrage immer noch auf akademische Kreise und die Frage des Selbstbestimmungsrechtes beschränkt wäre, wenn die spektakulären Aktionen der PKK nicht auch die Frage nach ihren Intentionen aufgeworfen hätten.

▶ Föderative Autonomie oder unabhängiger Staat? ◀

Die Diskussion nicht nur in linken Kreisen dreht sich inzwischen darum, ob eine föderative Autonomie oder ein unabhängiger Staat die bessere Lösung ist. Die Kurden im Irak, Syrien und dem Iran spielen dabei auch eine gewisse Rolle, aber trotz des internationalen Schutzes der Kurden im Nordirak vor einem weiteren Massaker von Saddam Hussein scheinen die größeren Veränderungen derzeit in der Türkei auf der Tagesordnung zu stehen.

PKK-Führer Abdullah Öcalan hat das Jahr 1992 als den großen Sprung nach vorne proklamiert und eine Kriegsregierung mit dem Hauptlager der Organisation auf türkischem Gebiet angekündigt. Trotz der nicht mehr übersehbaren Stärke der Guerillatruppe ist die türkische Regierung nach wie vor nicht zu direkten oder indirekten Gesprächen bereit und hat auch die Chance, die sich durch pro-kurdische Abgeordneten in den eigenen Reihen bot, nicht in Richtung auf eine friedliche Lösung nutzen können.

Ministerpräsident Süleyman Demirel hat wiederholt betont, daß die Probleme des ,,Südostens" auf rechtsstaatlicher Grundlage gelöst werden. Der Unterschied zwischen ,,gesetzesbrecherischen" Guerillas, freiwilliger Miliz und sympathisierender Bevölkerung ist von den Sicherheitskräften auch bei unterstellter ,,guter Absicht" kaum noch festzustellen, so daß bei Razzien immer wieder unbeteiligte Zivilisten die Leidtragenden sind. Die blutigen Newroz-Feiern haben erneut gezeigt, daß an vielen Orten die lokalen Militärkommandanten nicht auf die zivile Autorität hören wollen, und die Regierung wird bei den Kurden unglaubwürdig bleiben, wenn nicht bald Sicherheitsbeamte für Mißhandlungen und übereilte Morde zur Rechenschaft gezogen werden.

Der Waffenstop aus Deutschland präsentierte den Medien in der Türkei die einmalige Gelegenheit, auf nationale Einheit zu pochen. Ein wahres Gewitter von Stellungnahmen und Boykottaufrufen durch Unternehmerverbände bis hin zu Hochschulsenatoren entlud sich in Form eines *Deutschenhasses*, der durchaus Langzeitwirkung haben dürfte. Neben Vorwürfen von Großmachtgelüsten des wiedervereinigten Deutschland, das der Türkei die führende Rolle zu den Turk-Republiken streitig machen will, bot der Separatismusvorwurf nach dem Vorbild Jugoslawiens die Chance, die Verantwortung für die Eskalation des ,,Kurden-Krieges" fremden Mächten zuzuschreiben.

Insbesondere der Innenminister Ismet Sezgin fand in der bundesdeutschen Entscheidung seine klassische Komplottheorie bestätigt. Das Bedrohliche an der Entwicklung ist aber auch der von dem Konflikt in Aserbaidschan geschürte Nationalismus. Während der Pan-Türkismus neuen Blütezeiten entgegengeht, wächst auf der anderen Seite der Haß zwischen Türken und Kurden im Lande. Eine Radikalisierung des Nationalismus auf beiden Seiten scheint unter den jetzigen Voraussetzungen unausweichlich.

Aktionen wie der Kaufhausbrand in Istanbul vom Dezember letzten Jahres oder Besetzungen von Schulen und Parteibüros, die ein Protest von PKK-Sympathisanten sein sollen, haben die ,,Volkswut" zum Kochen gebracht. Es wäre deshalb kein Wunder, wenn schon bald in Großstädten mit hohem Anteil an kurdischer Bevölkerung wie Istanbul oder Izmir, oder aber in Städten mit Mischbevölkerung wie Kayseri oder Malatya Straßenkämpfe ausbrechen, die den Bürgerkrieg Ende der siebziger Jahre weit in den Schatten stellen werden.

Noch hat die Koalitionsregierung mit den Kontrahenten aus dem linken (sozialdemokratischen) und rechten (konservativen) Lager nicht alles Vertrauen in den umkämpften Gebieten verloren. Dennoch erscheint ein mutiger Schritt in Richtung auf Selbstbestimmung augenblicklich eher unwahrscheinlich. Ein minimales Zugeständnis an den Erfolg der PKK aber wäre eine Volksabstimmung, die allerdings auch die Alternative eines eigenen Staates einschließen müßte. Da PKK-Führer ,,Apo" dieses Ziel nach eigenen Äußerungen gar nicht mehr verfolgt, ist die Gefahr einer Teilung der türkischen Republik mehr ein Angstgespenst, das gerade auch den militärischen ,,Falken" im Lande den Vorwand liefert, um mit noch mehr Brutalität vorzugehen. Eine Lösung unter den Vorzeichen der jetzigen Machtkonstellation in der Türkei, in der die Armee in jedem Fall das letzte Wort haben wird, ist daher nicht in Sicht. ■

Am Tage türkisches Militär in der Kreisstadt Cizre. Nachts gehört Cizre den Guerillas.

Foto: medico international

Morde durch Todesschwadrone

Die Kontra-Guerilla

Neben den ungebrochenen Übergriffen der Sicheheitskräfte auf die Bevölkerung ist eine nicht abreißende Kette von Anschlägen durch Todesschwadrone zu beklagen. Die sogenannte ,,Kontra-Guerilla" operiert bevorzugt in den kurdischen Gebieten, wo sie ihre Opfer auf offener Straße oder in deren Wohnungen überfällt, ermordet oder entführt, um sie ,,verschwinden" zu lassen.

Der einzige Fall, der bisher auch außerhalb der Türkei ein gewisses Aufsehen erregt hat, war die Entführung und Ermordung von Vedat Aydin, Vorsitzender der HEP in der Provinz Diyarbakir, im Juli 1991. Vedat Aydin wurde nachts von bewaffneten Zivilpolizisten aus seiner Wohnung geholt, die Festnahme anschließend jedoch von der Polizei geleugnet. Zwei Tage später wurde Vedat Aydins Leiche mit Schußwunden und Folterspuren an einer Landstraße 60 km vom Diyarbakir entfernt gefunden. Obwohl es sich offensichtlich um Mord handelte, wurde die Leiche ohne Autopsie und bevor überhaupt Ermittlungen eingeleitet werden konnten, als ,,unidentifizierbar" heimlich begraben. Andererseits gab der damalige Ausnahmezustandsgouverneur Hayri Kozakcioglu die Ermordnung Aydins in einer Presserklärung (und damit seine Mitwisserschaft) bekannt, noch bevor die angehörigen den Leichnam Aydins identifizierten. Obwohl der Fall auch internationale Empörung hervorrief, wurden bis heute weder die Mörder ermittelt noch ernsthafte Anstrengungen in diese Richtung unternommen.

Auch die neue Regierung hat bislang keine erkennbaren Schritte eingeleitet, um diesen und ähnliche politische Morde aufzuklären. So dokumentierte der stellvertretende Premierminister und SHP-Vorsitzende Inönü kürzlich in einem Schreiben an die internationale Untersuchungskommission, die sich zum Mordfall Aydin gebildet hat, seine völlige Ignoranz: er gab an, die Staatsanwaltschaft Mardin sei mit den Ermittlungen beauftragt. Tatsächlich handelt es sich um die Staatsanwaltschaft im 200 km entfernten Madan, dem Fundort des Leichnams.

In der Türkei wird allgemein angenommen, daß derartige Morde nicht von den örtlichen Polizeistellen auf eigene Faust veranlaßt werden. Die Verantwortung wird vielmehr bei der sog. ,,Kontra-Guerilla" vermutet, die als türkischer Ableger der NATO-Gemeinorganisation ,,Gladio" angesehen wird. Ihre Kommandozentrale ist nach Aussagen (ehemaliger) Generäle und Geheimdienstler innerhalb des ,,Amtes für besondere Kriegsführung" im Militär zu suchen. Auch wenn zivile staatliche Stellen die Existenz der ,,Kontra-Guerilla" entweder leugnen oder herunterzuspielen versuchen, ist die Existenz von Geheimkommandos in und außerhalb der regulären Militär- und Polizeieinheiten unübersehbar, wobei die Polizei offenbar von deren Aktivitäten informiert ist und diese deckt.

Im Dezember 1991 veröffentlichte die türkische Wochenzeitschrift ,,2000'e Dogru" einen Bericht über die Morde in der Region Mardin, die der ,,Kontra-Guerilla" zugeschrieben werden. Darin wurden mehrere Angehörige dieser Kommandos enttarnt und ihre enge Verknüpfung mit dem regulären Militär deutlich gemacht. Die Ermittlungsbehörden zeigten sich — wie zuvor — uninteressiert.

Aus der Gewißheit heraus, daß sie durch die offiziellen Sicherheitsorgane, gedeckt werden, operiert die ,,Kontra-Guerilla" mit zynischer Dreistigkeit. So wurde z.B. dem Nachfolger von Vedat Aydin als Vorsitzender der HEP, Hüseyin Turhalli kurz nach seiner Wahl für dieses Amt am Telefon ein Tonband vorgespielt, auf dem die Schreie Vedat Aydins zu hören waren, die offensichtlich aufgenommen wurden, während er zu Tode gefoltert wurde. Anfang dieses Jahres versuchte man, *Hüsniye Ölmez*, die Vedat Aydin als Rechtsanwältin vertrat und dem Vorstand der HEP angehört, nachts (nach demselben Schema) aus ihre Wohnung zu entführen. Als sie jedoch nicht aufmachte und stattdessen diverse Stellen benachrichtigte, verwandelte sich das Kommando schließlich in reguläre Polizei, welche unter einem fadenscheinigen Vorwand ihre Wohnung durchsuchen wollte.

Parallelen zum Fall Vedat Aydin weisen die Entführung und Ermordung von Ismail Kacakaya auf, der am 20. November 1991 wahrscheinlich von Zivilpolizisten festgenommen und 7 Tage später in der Nähe von Siverek tot aufgefunden wurde. Auch seine Leiche wies Spuren schwerer Folter auf. In der Folge wurde zwar bekannt, daß es sich bei den Wagen mit den Nummernschildern ,,21 EC 589" und ,,21 EF 916", aus denen heraus Ismail Kacakaya mehrere Tage lang beschattet worden war, um Dienstwagen der Polizei von Diyarbakir gehandelt habe, doch wies die Polizei jegliche Beteiligung von sich. Bei der Entführung wären gefälschte Nummernschilder benutzt worden, so die lapidare Mitteilung der Polizei. Zeugen dagegen meinten, daß einer der beiden fraglichen Wagen auch bei der Entführung von Vedat Aydin zum Einsatz gekommen war.

Eine neue Variante von Mordkommandos sind die sog. **Hizbullah** *(Partei Gottes), die angeblich gegen die PKK und deren Anhänger kämpfen, da es sich bei ihnen um ,,Atheisten und Kommunisten" handelt.*

Zum ersten Mal in Erscheinung getreten sind die vermeintlichen ,,Hizbullah" Anfang Dezember 1991. Zwei ihrer Mitglieder erschossen Mihail Bayir, der der syrisch-orthodoxen Minderheit angehörte und Anhänger der PKK war. (...)

Über die Hintergründe der ,,Hizbullah" gibt es unterschiedliche Vermutungen. Einigkeit besteht jedoch darüber, daß sie von staatlichen Stellen gesteuert werden. Ziel der von ihnen verübten Provokationen ist es offenbar, einen Keil zwischen traditionell-muslimische Kurden und Anhänger der PKK zu treiben und diese gegeneinander aufzuwiegeln. So wurden in Batman und anderen Orten Brandanschläge verübt und jeweils die ,,Gegenseite" dafür verantwortlich gemacht. Es konnte jedoch nachgewiesen werden, daß die Bomben aus dem staatlichen Rüstungskonzern MKE stammten. Mehrere Anschläge richteten sich gegen Anhänger religiöser Minderheiten (Christen, Yeziden).

Ausgestiegene ,,Hizbullahs" berichteten, daß meist arbeitslose, religiös orientierte Jugendliche aus der Region angeworben und in Ausbildungszentren der Spezialeinheiten/Eingreiftruppen in Diyarbakir, Batman und Kiziltepe trainiert wurden. Bei den Ausbildern handelte es sich um Instruktoren der Kommandobrigaden Bolu, Kayseri und Ankara. Ein ehemaliger Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT bestätigt gegenüber der Wochenzeitung ,,yeni ülke" diese Angaben.

Traditionelle islamische Kreise in der kurdischen Gebieten haben sich von der ,,Hizbullah" distanziert. Ohnehin gibt es in der Region kaum Schiiten, aus denen sich eine ,,echte" Hizbullah wie im Iran oder im Libanon rekrutieren ließe.

In der Zeitschrift ,,2000'e Dogru" vom 16. Februar '92 wird die These aufgestellt, die ,,Hizbullah" seien auf Veranlassung des letzten Innenministers der ANAP-Regierung, Abdulkadir Aksu, der aus Diyarbakir stammt, unter Rekrutierung islamisch orientierter Polizisten gebildet worden. Seit Ende letzten Jahres reißt die Kette der von ,,unbekannten Tätern" begangenen Morde in den kurdischen Provinzen der Türkei nicht ab. Besonders betroffen sind bisher die Regionen um Nusaybin und Batman. Oft handelt es sich bei den Opfern um Personen, die bereits vorher von der Polizei unter politischen Anschuldigungen festgenommen worden waren, häufig aber auch um Menschen, die unbehelligt geblieben und politisch nicht in Erscheinung getreten waren. (...)

Dieser leicht gekürzte Bericht entstammt einer Dokumentation von medico international.

EMILIAN ABADJIEV

Bulgarien auf dem Weg in die Marktwirtschaft

Fast genau zwei Jahre nach dem Anfang vom Ende des 43jährigen pseudosozialistischen Experiments trat Bulgarien im Oktober 1991 mit seinen zweiten freien Wahlen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in eine neue Phase des mühsamen Übergangs zur Demokratie.

Von den zahlreichen Parteien, die am Wahlkampf teilnahmen, zogen nur drei ins Parlament ein. 110 der 240 Parlamentssitze gingen an den Verband der demokratischen Kräfte (VdK), die im November/Dezember 1989 entstandene Oppositionsbewegung. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), Nachfolgerin der KP, erhielt 106 Sitze und die Bewegung für Rechte und Freiheit (BRF), die im wesentlichen eine Partei der in Bulgarien lebenden türkischen Minderheit ist, 24 Sitze. An der 4-Prozent-Hürde scheiterten eine ganze Reihe von Parteien: die Bulgarische Sozialdemokratische Partei von Dr. P. Dertliev, die beiden Agrarparteien, das VdK-Zentrum und die VdK-Liberalen. Grund für ihr Scheitern waren weniger ihre politischen und ideologischen Differenzen als die Tatsache, daß sich die Parteiführer nicht zu einer Vorwahlvereinbarung durchringen konnten.

So blieben eine Million der sechs Millionen Wahlberechtigten ohne Vertretung im Parlament. Angesichts des Wahlergebnisses mußte die VdK eine Koalition mit der BRF eingehen. Die BRF erhob keinen Anspruch auf Ministerien. Im Austausch dafür gewährte ihr der VdK Unterstützung gegen die Angriffe der BSP, die der BRF vorwarf eine ethnische Partei zu sein. Solche Parteien sind laut eines Gesetzes vom vorigen Jahr in Bulgarien verboten.

Um die gegenwärtige politische Rolle der bulgarischen Parteien besser verstehen zu können, ist es wichtig zu wissen, daß der größte Teil dieser Parteien zwischen April und Juni 1991 durch Absplitterung von der damals oppositionellen VdK entstand. Innerhalb der VdK, die 1989 als Sammelbecken der Opposition gegen die KP entstanden war, kristallisierten sich im Laufe der Zeit wesentliche Unterschiede heraus. Dabei ging es um so zentrale Fragen wie: Republik oder Monarchie? Konservativer Neoliberalismus oder soziale Marktwirtschaft? Totale Ablehnung der jüngsten Vergangenheit oder ihre teilweise Übernahme?

Diese Entwicklung führte aber nicht nur zu den genannten Wahlergebnissen, die von mangelnder politischer Reife dieser Kräfte zeugen, sondern auch zur unmittelbar nach der Wahl stattgefundenen Gründung des Bulgarischen Demokratischen Zentrums. Dabei handelt es sich um eine Partei, die sich als eine sozialdemokratische im westeuropäischen Sinn versteht. Sie gilt als Alternative sowohl zum zur Zeit regierenden Block aus VdK und BRF als auch zur BSP und bemüht sich darum, die gemäßigten Kräfte des Zentrums in sich zu vereinigen. An ihr ist es nun, Alternativen zur gegenwärtigen Situation in Bulgarien zu entwickeln.

Die ersten Monate der Amtsperiode des neuen Parlaments und der neuen Regierung traten allerdings angesichts des Wahlkampfs für die ersten direkten Präsidentschaftswahlen in den Hintergrund. Vom Oktober 1991 bis zum Januar 1992 kämpften 22 Kandidaten um die Gunst der Wähler. Die Frage, ob die Aufstellung derartig vieler Kandidaten Bestandteil einer Strategie mit dem Ziel war, die Stimmen zu zersplittern und so den Kandidaten der VdK zu Fall zu bringen, läßt sich kaum beantworten. Im ersten Wahlgang erhielt Dr. Sheliu Shekev (VdK) 44,98 Prozent der abgegebenen Stimmen. Welko Walkanov, der als unabhängiger Kandidat auftrat in Wirklichkeit jedoch für die BSP angetreten war, bekam 30,8 Prozent, während der extravagante Führer des fiktiven bulgarischen Wirtschaftsblocks, Georges Gantschev, den dritten Platz machte.

Daß dieser Mann einen relativ hohen Stimmenanteil für sich gewinnen konnte, obwohl er als sehr oberflächlich galt und auch erst spät in den Wahlkampf eingetreten war, lag zum einen an der Enttäuschung der Bevölkerung über die zunehmende Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien. Zum anderen äußerte sich darin aber auch erste Kritik an der VdK-Regierung. Im zweiten Wahlgang siegte Shelev dann mit 52,85 Prozent knapp über Walkanov mit 47,15 Prozent. Grund für dieses erstaunlich gute Abschneiden des verkappten BSP-Kandidaten dürfte wohl die intensive nationalistische Wahlpropaganda seitens der BSP als auch mehrer kleiner nationalisitscher Parteien sein. Dabei wurde Shelevs Versprechen, die Rechte der türkischen Minderheit wiederherzustellen, besonders scharf attackiert.

Ethnische Probleme verschärfen sich

Die ethnischen Probleme Bulgariens werden sich so bald nicht lösen lassen. Im Gegenteil, zur Zeit verschärfen sie sich eher. Dazu tragen die Nachbarschaft zur Türkei, die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus und die seit den Wahlen zunehmende Bedeutung der BRF bei. Die BRF versucht sich an einem Balanceakt zwischen VdK und BSP, wobei viele Beobachter den VdK in eine gefährliche Abhängigkeit von seinem Koaltionspartner schlittern sehen. Besonders bedrohlich wirkt sich gegenwärtig die Tatsache aus, daß verschiedene Gruppierungen zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen ethnische Auseinandersetzungen anheizen. Mit den Parlamentswahlen im Oktober 1991 und den Präsidentschaftswahlen im Januar 1992 errangen die 1989 entstandenen oppositionellen Bewegungen die Mehrheit im Parlament, bildeten

Foto: Paul Langrock

Richard Wagner, „Völker ohne Signale", Rotbuch-Verlag '92.

die Regierung und besetzten das Präsidentenamt. Damit hat in Bulgarien innerhalb von zwei Jahren ein friedlicher Machtwechsel auf allen Ebenen stattgefunden. Allerdings wurde auch immer deutlicher, daß die Übernahme der politischen Macht nichts weiter als ein Anfang ist. Die Hoffnungen auf die Marktwirtschaft und die Anhebung des Lebensstandards sind damit noch längst nicht erfüllt. Je mehr diese Erwartungen frustriert werden, desto bedrohter ist der schon jetzt recht fragile soziale Frieden.

Obwohl das neue Parlament aktiv an Reformen arbeitet, verzögert sich dieser Prozeß immer wieder durch endlose ideologische Auseinandersetzungen. Bisher wurden dennoch einige wichtige Gesetze erlassen, und zwar zur Restitution von Immobilien, von Land und Gütern, für ausländische Investitionen und für die Banken und das Kreditwesen. Doch das wichtigste und am heftigsten diskutierte Gesetz, das die Privatisierung einleiten würde, steht noch aus. Die langfristigen ökonomischen und politischen Interessen, die damit verbunden sind, versprechen einen langen, harten Kampf um dieses Gesetz. Wie das Parlament dieses Schlüsselproblem lösen wird, wird für die zukünftige demokratischen Entwicklung des Landes bestimmend sein. Darum muß sich das Parlament auch an dieser Entscheidung auf seine politische Reife hin überprüfen lassen. Bisher allerdings verläuft die Parlamentsdebatte über dieses Gesetz auf einer sehr ideologischen und polemischen Ebene. VdK und BRF einerseits und die BSP andererseits schicken die extremsten und kompromißlosesten Vertreter ihrer jeweiligen Ideologie ans Rednerpult. Für die VdK sprechen beinharte Antikommunisten, die den unmittelbaren Wandel herbeiführen wollen, während die BSP zwar nicht mehr ihre Veteranen, sondern jüngere, aber nichtsdestoweniger konservative Vertreter vorschickt. Besonders angeheizt wurden dieses Debatten durch Gesetzentwürfe mit deutlich politischem Charakter, die von VdK-Abgeordneten eingebracht wurden. Dazu gehört u.a. das Gesetz, das es ehemaligen Funktionären der KP und ihrer sogenannten Satellitenorganisationen verbietet, bestimmte öffentliche Ämter innezuhaben. Außerdem gehören dazu Gesetzentwürfe zur Abschaffung des Volksgerichts, das von 1945-47 110000 Menschen verurteilt hat, und zum Verbot der BSP.

Daß es der Regierungskoalition ernst ist mit solchen Unterfangen, hat sie bereits im Dezember 1991 bewiesen, als sie ein Gesetz verabschiedete, mit dem die Güter der BSP und ihrer Satellitenorganisationen konfisziert wurden und mit dem ehemalige kommunistische Funktionäre von leitenden Positionen im Bank- und Kreditwesen ausgeschlossen wurden. Angesichts dieser Frontstellung zwischen Regierungskoalition und BSP ist mit Differenzen innerhalb der Koalition nicht zu rechnen. Vielmehr geht sie gerade und unbeirrbar den einmal von ihr eingeschlagenen Weg. So gilt denn auch das Kabinett, an dessen Spitze der 36jährige Journalist Philipp Dimitrov als Premierminister steht, als „Regierung der Tat".

Allerdings hat diese Regierung einige negative Verhaltensweisen von ihren Vorgängerinnen geerbt, insbesondere die Vernachlässigung ökonomischer Mechanismen zugunsten erprobter administrativer Führungsmethoden. Gleichzeitig gibt es den Trend zu einer starken Konzentration ökonomischer Macht in den Händen des sogenannten ökonomischen Teams. Das setzt sich zusammen aus den Ministern für Finanzen und Industrie und für Handel und Dienstleistungen. Beide hatten ihre Posten schon innerhalb der vorhergehenden Regierung inne, was durchaus Grund zur Besorgnis bietet.

▶ Kritik an der Regierung ◀

Darüber hinaus ist es ihnen weder gelungen eine Reihe komplizierter Probleme zu lösen, noch haben sie der Privatwirtschaft ausreichende Unterstützung zukommen lassen. Ihre zusätzlichen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds geben weiteren Anlaß für heftige Kritik auch aus Kreisen, die der Regierung nahe stehen. Teilweise wird sogar schon eingestanden, daß die Reformen in der Sackgasse stecken. Andererseits hat der rigorose Personalaustausch in den Ministerien des Innern, der Verteidigung und für Äußere Angelegenheiten Anlaß zur Diskussion gegeben. Auch wenn die Notwendigkeit eines solchen Austausches nicht geleugnet werden soll, so stellt sich doch die Frage, ob nicht neben unfähigen und vorbelasteten Personen auch Spezialisten entlassen werden, deren einzige Schuld darin besteht, in der Zeit des Totalitarismus gelebt zu haben. Ihren wohl schwerwiegendsten Fehler hat die Regierung im Umgang mit den Gewerkschaften begangen. Nicht nur hat sie jede Zusammenarbeit mit ihnen abgelehnt, sondern sie hat auch den Versuch unternommen, sie durch pseudorepräsentative Strukturen zu ersetzen.

Beide Gewerkschaftsorganisationen, die Konföderation unabhängiger Syndikate Bulgariens (KUSB) und die Konföderation der Arbeit „Podkrepa", reagierten sehr scharf auf diese Behandlung. Die KUSB rief zum Warnstreik, und beide Organisation gaben auf ihren Kongressen im Februar eindeutige Warnsignale. Allerdings zeigen die letzten Äußerungen der Regierung, daß sie aus den Fehlern ihrer ersten hundert Tage gelernt zu haben scheint. Anfang März gab es eine Regierungserklärung zur Tätigkeit und zu den Absichten der Regierung, zur Finanzpolitik des laufenden Jahres und zur Wirtschaftspolitik. Daraus lassen sich gewisse Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik ablesen. Erwähnenswert ist auch, daß diese Dokumente den beiden Syndikaten zugesandt und beide zu Gesprächen eingeladen wurden. Die Regierung Dimitrov scheint eingesehen zu haben, daß sie nicht ohne und erst recht nicht gegen die Gewerkschaften arbeiten kann. Offensichtlich ist die Regierung flexibler geworden und sucht jetzt eine breite gesellschaftliche Unterstützung für ihre Aktivitäten.

Innerhalb dieser Auseinandersetzungen versuchte Präsident Sheliu Shelev, einen ausgleichenden Einfluß gelten zu machen, wobei er selbstverständlich seine engen Beziehungen zur VdK nutzte. Allerdings bezieht er in den innerparteilichen Machtkämpfen Stellung gegen den rechten Flügel, der um die Vorherrschaft ringt. So hat er sich entschieden gegen die Monarchie ausgesprochen, die im rechten VdK-Flügel durchaus ihre Befürworter hat. Auch stimmt er keineswegs mit den Vorstellungen dieser Gruppierung über das Gesetz zur Dekommunisierung überein. Insgesamt hat Shelev bewiesen, daß er sein Amt nicht als eine Statistenrolle versteht. Trotz der eingeschränkten Rechte des Präsidenten ist er offensichtlich entschlossen, sich eine Rolle auf der politischen Bühne zu erkämpfen. Zweifelsohne kann eine Persönlichkeit wie Shelev, der zu den ersten Dissidenten gehörte und nach dem November 1989 der erste Führer der Oppositionsbewegung war, einen bedeutenden Beitrag zum Übergang zur Demokratie und sozialen Marktwirtschaft leisten.

Vor diesem relativ stabilen Hintergrund nimmt Bulgarien mühsam und langsam Abschied von seiner Vergangenheit. Mit dem Frühling kommt auch Optimismus auf. Doch führt der Weg zur von allen erhofften Marktwirtschaft über die Zwangsprivatisierung. Die beiden großen und einflußreichen Gewerkschaftsorganisationen gewähren der Regierung noch einen gewissen Vorlauf, für den sie den sozialen Frieden im Land garantieren. Dennoch bleiben viele Fragen offen: Wird das Parlament die notwendigen Reformen in Gang bringen können, ohne die soziale Sicherheit zu gefährden? Wird es das richtige Maß für die politischen und ökonomischen Änderungen finden, die dann auch den Weg in die Marktwirtschaft eröffnen? Werden die Menschen, deren soziales Bewußtsein vierzig Jahre lang deformiert worden ist, fähig sein, ihr Wertesystem zu verändern? Denn obwohl alle hier der Meinung sind, daß es zum Markt keine Alternative gibt, haben doch viele Angst vor den privaten Eigentümern. Ohne die aber gibt es keine Marktwirtschaft. ■

Schengen: Der Weg zu einem repressivem Europa

Aufruf der Grünen. Eine Dokumentation

Reißen wir die Mauern ein, die uns trennen! Verhindern wir das Schengener Abkommen, den Entwurf für ein repressives Europa!

Das Schengener Abkommen, das dem Deutschen Bundestag in diesem Jahr zur Ratifizierung vorgelegt wird, ist eine tragende Säule der Festung Europa. Es ist zentraler Bestandteil der europäischen Abschottungspolitik Flüchtlingen gegenüber, es stärkt die Regierungsgewalt, schwächt die demokratischen Rechte der Menschen in Europa und legt den Grundstein für einen europäischen Überwachungsstaat. Darum lehnen wir es ab.

1985 in dem luxemburgischen Ort Schengen von den Regierungen Deutschlands, Frankreichs und der Benelux-Staaten unter strikter Geheimhaltung in den Grundzügen vereinbart und im Sommer 1990 dann mit präzisen Regelungen unterzeichnet, schlossen sich dem Abkommen seither auch Italien, Portugal und Spanien an. Weitere Länder wie Griechenland, Österreich und die Schweiz wollen folgen. Das Schengener Abkommen ist Pilotprojekt und Modell nicht nur für die EG, sondern für ganz Europa: mit den Regierungen mehrerer osteuropäischer Staaten wurde in Teilbereichen bereits eine Kooperation verabredet. Das westeuropäische System v.d. für den Bereich innere Sicherheit soll so auf Osteuropa erstreckt werden — ohne daß den Bürgerinnen und Bürgern der osteuropäischen Staaten gleichzeitig das Niederlassungsrecht, das der EG-Binnenmarkt seinen Bürgerinnen und Bürgern bietet, gewährt wird.

Ziel des Abkommens — so heißt es offiziell — sei es, „Ausgleichsmaßnahmen" für den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb der EG zu ergreifen, vor allem im Bereich illegale Einwanderung, Drogenhandel und organisierte Kriminalität. Tatsächlich sollen nicht nur die Außengrenzen der EG hermetisch abgeriegelt, sondern auch die Kontrollen im Binnenland intensiviert werden. Drogenhandel und organisierte Kriminalität sind nur ein Vorwand für den Ausbau eines Überwachungssystems, das im Grund alle betrifft.

Unsere Kritik richtet sich vor allem gegen:

● das Vorhaben, demokratische Rechte auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu vereinheitlichen, z.B. in den Bereichen Asylrecht und Datenschutz. Menschen- und Bürgerrechte werden abgebaut, während die Befugnisse der Regierenden in Europa ausgebaut und zentralisiert werden.

● die Ausweitung der Vollmachten der Polizei und Geheimdienste. Zum Beispiel im Bereich Datenaustausch: Mit Hilfe des „Schengener Informationssystems" sollen Daten auf Vorrat gesammelt, grenzenlos ausgetauscht und gespeichert werden. Ziel ist es z.B., unerwünschten Personen die Einreise verweigern, bzw. sie schneller abschieben zu können, oder „Verdächtige" zur Ermittlung ihres Aufenthaltortes und zur verdeckten Beobachtung auszuschreiben. Jede/r ist grundsätzlich verdächtig. Die Konturen eines europäischen Überwachungsstaates werden sichtbar.

● die Abwehrpolitik der „Schengen Staaten" gegenüber Flüchtlingen. Der Zwang zu Einreisevisa soll ausgeweitet werden. Visa sollen nur noch erteilt werden, wenn die „nationale Sicherheit" und die „öffentliche Ordnung" nicht gestört werden — vage Begriffe, die weit auslegbar sind. Flug- und andere Transportgesellschaften, die Menschen ohne gültige Visa transportieren, haben mit einer empfindlichen Geldstrafe zu rechnen.

Sie werden damit zum verlängerten Arm einer Abschottungspolitik, die verhindern will, daß Menschen in Not überhaupt ausreisen und ihr Grundrecht auf Asyl wahrnehmen können. Durch die deutschen Zusatzvereinbarungen mit Polen, aber auch mit Ungarn, der GUS-Staaten und der CSFR (im allgemeinen als Schengen-Ost bezeichnet) wird im Osten eine neue Mauer gegen Flüchtlinge errichtet.

Als flankierende Maßnahmen zu Schengen sind darüber hinaus verschiedene zwischenstaatliche Abkommen der EG-Staaten geplant: das Dubliner Abkommen, das zeitgleich mit Schengen ratifiziert werden soll und das noch nicht unerzeichnete „Abkommen zum Schutz der Außengrenzen".

● die Verschärfung für Asylsuchende innerhalb der EG. Künftig soll nur noch ein Staat (in der Regel der, in dem der Flüchtling zuerst einreiste) für einen Asylantrag zuständig sein. Dessen Asylentscheidung wird auch in den anderen Schengen-Staaten bindend sein. Die Bundesregierung ist im Asylbereich Antriebsmotor für eine gemeinsame europäische Abschottungspolitik und versucht, über die Angleichung der Asylbestimmungen den unliebsamen Artikel 16 des Grundgesetzes (Grundrecht auf Asyl) und die Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention auszuhebeln.

● das undemokratische Zustandekommen des Schengener Abkommens. Gegenüber der Öffentlichkeit wurden die Verhandlungen geheimgehalten. Das Europaparlament und die nationalen Parlamente sind über die ausgehandelten Regelungen weder rechtzeitig noch angemessen informiert worden. Die nationalen Parlamente können im nachhinein nur zustimmen oder ablehnen.

● die mangelnde Kontrolle bei der Durchführung des Abkommens durch die nationalen Behörden und durch das vorgesehene „Exekutivkomitee" der Regierungsvertreter. Die Planungen dieses Komitees z.B. werden vor ihrer Ausführung nicht bekanntgegeben; eine gesellschaftliche oder parlamentarische Einflußnahme auf die Umsetzung des Abkommens wird damit unmöglich.

● den Verzicht auf die Entwicklung von Kontrollmöglichkeiten (etwa durch — mit ausreichenden Befugnissen ausgestattete — Datenschutzbeauftragte) sowie den fehlenden Ausbau des individuellen Rechtsschutzes, der dadurch faktisch geschmälert wird. Bei einer Festnahme durch ausländische Polizisten im eigenen Land beispielsweise kann die Rechtsgrundlage und Zuständigkeit durch die Betroffenen nur schwer ermittelt und überprüft werden. Das bestehende internationale Recht schützt ihn hier nur ungenügend.

Entdemokratisierung auf der einen und Ausbau staatlicher Eingriffsmöglichkeiten auf der anderen Seite sind die Leitlinien des Schengener Abkommens. Der Ende letzten Jahres von den EG-Regierungschefs unerzeichnete Vertrag über die Politische Union setzt diese Linie mit der Einrichtung von EUROPOL (europäische Polizei) fort. Eine Stärkung demokratischer Kontrollmöglichkeiten wurde auch hier nicht vorgesehen.

Zu einem solchen Europa sagen wir deutlich „Nein"!

Wir wollen keine neuen Mauern, wir wollen ein demokratisches, offenes Europa!

Wir fordern die Abgeordneten des Bundestages und den Bundesrat auf, dem Schengener Abkommen und dem Vertrag von Dublin nicht zuzustimmen!

Unterstützen Sie uns, organisieren Sie Gegenöffentlichkeit und helfen Sie mit, die Ratifizierung des Schengener Abkommens zu verhindern!

BOB DETOBEL

Aux Larmes, Citoyens!

Französische Stimmen zur Wahl

Vor kurzem war es, daß in Frankreich eine ,,Debatte'' darüber einsetzte, ob man der martialischen Marseillaise nicht einen weniger aggressiven, zeitgemäßeren Text unterlegen sollte. Die Regionalwahlen (nach dem Modus des Verhältniswahlrechts) und die Kantonalwahlen (nach dem Modus des Mehrheitswahlrechts) gaben die Antwort. Schier polnische Verhältnisse stellten sich ein, die sich schon ein bißchen in der — übrigens recht erfolgreich abschneidenden — Partei der Jäger und Fischer, gewissermaßen das Pendant der polnischen Partei der Biertrinker — angekündigt hatte. Also — der pathetischen Aufforderung an die Bürger zum Aufbruch und zum Griff nach den Waffen, ließe sich nach dieser Zersplitterung der ,,volonté générale'' ohne Bruch des musikalischen Maßes nur durch Hinzufügung eines einzigen Buchstabens auf textliche Zeitgemäßheit bringen: ,,In Tränen, Bürger''.

aus: le monde

Was ist geschehen? Wie muß man dieses Ergebnis interpretieren? Es fehlt nicht an Deutungen. Die Fragen, die man zu beantworten versucht, sind: Ist Mitterand, oder genauer: die 1971 in Epinay so erfolgreich begonnene Mitterrandsche Strategie am Ende? Würde das Verhältniswahlrecht (auf das die Grünen — sowohl die Antoine Waechters als die ,,Generation Ökologie'' Brice Lalondes pochen) Frankreich unregierbar machen? Ist der Vormarsch der Nationalen Front gestoppt, oder hat sie im Gegenteil reelle Chancen, eines Tages stärkste Partei auf der Rechten zu werden (was sie in einigen Départements bereits ist, obwohl ihre größen Erfolge eindeutig in den Regionen mit den weitaus größten Einwanderungsquoten verbucht worden sind.)

In *le Nouvel Observateur* stellt Jean Daniel fest, die PS habe nicht nur einen schweren Rückschlag, sondern ein regelrechtes Debakel erlitten. Der Observateur schreibt: ,,Sie verliert gegenüber 1986 die Hälfte ihrer Stimmen. Aber Debakel in welcher Hauptbeziehung? In Bezug auf Mitterrands Traum, die PS zum Angelpunkt und Instrument einer Sammlungsbewegung der französischen Politik zu machen.'' Jedoch kein Debakel der Linken: zu den 18,5 % der PS müsse man, so Daniel, die 7,2 % der ,,Generation Ökologie'' hinzurechnen, denn die Partei Lalondes beerbe ohne Zweifel den Mai '68 und verstehe sich als links: ,,Es ist eine mögliche Basis für eine Erholung und einen neuen Aufschwung gegeben. Denn diese Basis, hat sie doch allen eisigen Gegenwinden der historischen Konjunktur getrotzt, ist solide. Ein harter Kern, der niemandem gehört. Weder Mitterrand, noch der Regierung, noch den Sozialisten. Der Kern ist konstitutiv für die Nation und geht uns alle an. (...) Was uns angeht, ist die französische Nation, ihr Platz in Europa und der Welt. Was uns angeht, ist eine der seit 1789 wesentlichen Komponenten dieser Nation: die Linke.''

Auch Serge July von der Libération sieht Mitterrand als den großen Verlierer. Die Öffnung von 1988 (die Aufnahme in die Regierung des Ökologisten Lalonde sowie der beiden nicht parteigebundenen Jean-Pierre Soisson, Bürgermeister von Auxerre, und Jean-Marie Rausch, Bürgermeister von Metz) sei genauso wie das Verhältniswahlrecht wesentlich aus taktischen Erwägungen erfolgt. Holt Mitterrand am Ende seiner Karriere seine politische Sozialisierung in der IV. Republik ein? Die obigen Berufungen, schreibt July, seien ein bloß taktischer Versuch gewesen, die Wählerbasis der PS zu erweitern. Die Einführung des Verhältniswahlrechts sollte wahltaktisch die Konservativen vor das Dilemma stellen, entweder ihre Mehrheit durch Bündnisse mit der Nationalen Front zu sichern und sich zu kompromittieren, oder eben keine Mehrheit zustande zu bringen. Aber ausgerechnet die beiden Öffnungsgalionsfiguren Soisson und Rausch wurden in den Regionen Burgund und Lothringen aller Wahrscheinlichkeit nach mit den Stimmen der Vertreter der Nationalen Front gegen die Kandidaten der Konservativen zu Präsidenten der Regionalräte gewählt.

Es bleibe vorerst die Frage, so July weiter, ob die rasche Entscheidung, Soisson vor die Wahl zu stellen, sein Ministerium für öffentliche Verwaltung aufzugeben, nicht auf einen panischen Reflex, die linksrepublikanischen Reihen zu schließen, zurückzuführen sei. Ist Soisson wirklich mit FN-Stimmen gewählt worden? Seine eigene Behauptung, er habe einige Stimmen der konservativen UDF (Giscards liberalere Fraktion) bekommen, ist so unglaubwürdig nicht, sieht man sich seinen politischen Werdegang an, der auf dem reformistischen Flügel der UDF begann. PS-Mitglied ist er 1988, als Mitterrand ihn im Zeichen der erweiterten Mitte ins Kabinett holte, nicht geworden und seine Verbindungen zur UDF haben auch in seiner Ministerzeit bestanden.

Sowohl Jean Daniel als auch Serge July sehen in Jacques Delors die einzige Persönlichkeit, die als baldiger Premierminister und in einer etwas fernen Zukunft als Präsident, die auch von Lalonde eingeforderte neue Mehrheit und die Bewältigung der Probleme verwirklichen könnte. Bereits am Morgen nach der Wahl konnte Libération auf der ersten Seite bestätigen, daß Delors Notiz vom Julys Aufruf genommen hatte: ,,Jaques Delors will nichts von Matignon (Sitz des Premierministers) wissen.“

Der Sozialismus habe nur noch Wirkung als Auslöser eines Rückstoßes, diagnostiziert Alain Touraine im *l' Express*: ,,Was ist der Sozialismus? Sozialismus ist die Konzeption, nach der der Staat die Rationalisierung und die Gerechtigkeit verwirklichen muß, welche durch die Auflehnung der Arbeiter und der Mehrheit des Volkes gegen die kapitalistische Herrschaft möglich und notwendig wird. Der Sozialismus identifiziert einen sozialen Kampf und eine Form der Modernisierung unter der Führung des Staates... Der Sozialismus ist tot, sobald die Trennung und gar der Gegensatz zwischen den Arbeitskämpfen in den Industriegesellschaften und der Rolle des Staates als Modernisierungsagent in den weniger entwickelten Gesellschaften erkannt wird. Diese Trennung ist in Großbritannien sehr rasch zu Tage getreten, wo man bereits Ende des 19. Jahrhunderts den Weg der industriellen Demokratie und — mit Labour — der Arbeiterbewegung beschritten hat, wollte dies doch die zivile Gesellschaft verändern. In weniger entwickelten Ländern wie Deutschland und Rußland hätten die sozialistischen Parteien dagegen den Vorrang der politischen gegenüber der sozialen Aktion behauptet, was für Frankreich, obwohl es alles andere als ein Staat bismarckscher Prägung war, aufgrund des notwendigerweise politisch zu führenden Kampfes für Republik und Laizität, ebenfalls zutraf.“

Im Falle Frankreichs ist der Tod des Sozialismus jäh eingetreten. Eine bemerkenswerte politische Strategie brachte die mit der KP im gemeinsamen Programm verbundene PS an die Macht. Es ging dabei sehr wohl um Sozialismus, d.h. um die Schaffung einer neuen Gesellschaft durch einen von einer Arbeiter- und Volksbewegung getragenem Staat, der gar einige revolutionäre Keime enthielt. Die neue linke Regierung (wie auch bereits ihre Vorgängerin) verschärfte noch die verheerende Opferung der Investitionen zugunsten einer Anhebung der Normallöhne und spielte selbst zeitweilig mit dem Gedanken, sich aus dem westlichen Währungssystem zurückzuziehen. Aber die öffentliche Meinung reagierte rasch; die Gegenbewegung erreichte ihren Höhepunkt in den Schüler- und Studentenrevolten zur Verteidigung des pluralistischen Bildungssystems.

Die von Mitterrand nachher eingesetzten Regierungen als sozialistisch zu bezeichnen, ist glatter terminologischer Unfug. Diese Regierungen haben vor allem ihre Aufgabe in der dringend notwendig gewordenen wirtschaftlichen Wiederbelebung gesehen... Es besteht kein Grund, hier noch von Sozialismus zu reden, weder um ihn zu verteidigen, noch um ihn anzugreifen. In Osteuropa ist das Wort unaussprechbar geworden, in Frankreich wird es nicht mehr ausgesprochen...“ Frankreich, schließt Touraine genauso wie Bernard-Henri Lévy (siehe *links*, S. 14), sei keine politische Gesellschaft mehr. In der Ökonomisierung der Gesellschaft sieht er den Grund des Erfolges der Nationalen Front und der Ökologisten. ,,Die Natur verabscheut das Vakuum. Der ungezügelte Liberalismus wird heute auf der Rechten von der Nationalen Front überholt, von einem defensiven Nationalismus, den die internationalen Umwälzungen erschrekken ... und auf der Linken von einer breiten, auf moralischen und ökologischen Kri-

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,– DM
☐ 8 Wochen für 60,– DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,–/monatl.

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

terien beruhenden Bewegung... Der Augenblick ist nicht mehr weit, da der Sozialismus und die politischen Kräfte, die sich auf ihn berufen, nur noch eine der Komponenten einer von einer gründlich erneuerten Bewegung getragenen Partei sein werden."

In die gleiche Richtung zeigt Francois Furets Analyse der Rechten: „Seit langem beruht die Strategie Mitterrands auf dem Gedanken, daß die Linke nicht mehrheitsfähig ist, und lediglich gewinnen kann, wenn die Rechte nicht nur gespalten, sondern durch einen starken Rechtsextremismus förmlich gelähmt ist." Es sei der große Fehler der Konservativen gewesen, sowas wie einen französischen Reaganismus den Franzosen überstreifen zu wollen, eine Ideologie, die der nationalen Tradition fremd ist und für die es in der französischen Realität keine Grundlage gibt: die gemäßigte Rechte ist in wirtschaftlicher Hinsicht nicht liberal und in politischer Hinsicht verteidigen die Sozialisten die Freiheit nicht weniger als sie... Die Präsidentschaftwahl erzwingt durch die Stichwahl zwar eine Entscheidung zwischen Linke und Rechte, aber der Ausgang ist insofern klar, als es immer der rechte Flügel der Linken oder der linke Flügel der Rechten ist, der den Sieg davonträgt. Deshalb ist jene Lage am schlimmsten, in der eines der beiden Lager vom extremsten Partner dominiert wird. Als die Linke von der KP beherrscht war, hatte sie keine Chance an die Macht zu kommen. Sollte eines Tages Le Pen stärkster Kandidat auf der Rechten werden, eine Hypothese, die nicht mehr rein theoretisch ist, würde sich die Rechte in der gleichen Lage befinden."

Luc Ferry stellt in l'Express fest, daß man nun auch in Frankreich nicht mehr über die Ökologisten reden könne, denn auch sie spalten sich in die fundamentalistischen Grünen Antoine Waechters und die realistische „Generation Ökologie" Lalondes. Beide Standpunkte seien unversöhnlich. „Für die einen", schreibt Ferry, „stehe unser Verhältnis zur Natur als ein metaphysisches im Zentrum, die anderen sähen in der Natur die schonender zu behandelnde materielle Grundlage physischer menschlicher Existenz."

Gleichwohl müsse man hinzufügen, daß die den Fundamentalismus kennzeichnende Verweigerung der Modernität selbst zwei Formen annehme: „Man könne die als Irrweg empfundene Moderne als Sündenfall, als nostalgisch betrauerte verlorene natürliche Unschuld und als falsche Weichenstellung, als ungedeckten Wechsel auf eine Zukunft begreifen, die anders zu ersehnen und zu erdenken sei. Weshalb die radikalen Bewegungen, die hierzulande als ‚grüne' Parteien gelten, nahezu nahtlos die gehabten Themen der extremen Rechten mit jenen der extremen Linken verstrickten: einerseits die Liebe zur Erde, den Haß auf den Kosmopolitismus, auf den Universalismus, die denunziatorische Gebärde, das, um die Worte Antoine Waechters zu wiederholen, das ‚anonyme und vaterlandslose Material', das ‚la douce France' verschandele; andererseits das linksradikale Plädoyer für die Selbstverwaltung, das Eintreten für den Volksentscheid, für das Wahlrecht der Immigranten und das Bestreben, der ‚Konsumgesellschaft' ein Ende zubereiten." Dieses „Schrumpftum" setze, so Ferry, jedoch entweder eine Weltregierung voraus, die ein Abbremsen des technischen Fortschritts verfügen könnte, oder einen mit einem starken Rückgang des Lebensstandards einhergehenden Protektionismus. Daher die vielleicht für jede ökologische Bewegung unüberwindbare Schwierigkeit: Um wirklich aus dem Sektendasein heraus zu einer vollwertigen politischen Bewegung zu finden, bliebe ihr nur der Rückgriff entweder auf den linksradikal übersteigerten Universalismus oder auf den rechtsradikal übersteigerten Partikularismus. ■

BERNARD-HENRI LÉVY

Dieser Faschismus ist „hausgemacht"

... und wird heute verkörpert durch die Nationale Front

Bernard-Henri Lévys Polemik räumt mit einem bekannten Frankreich Klischeebild auf: dem „Vaterland der Politik", dem Land „der öffentlichen Debatten". Heute ist Frankreich das „Land des Konsens" — und ein fruchtbarer Boden für die Expansion der Nationalen Front. Diesmal, so Lévy, kommt der Faschismus nicht von außen, ist nicht als Überfall abzutun, diesmal ist der „gepflegte" Faschismus hausgemacht.

Es heißt: Die Nationale Front ist eine populistische, poujardistische Protestpartei. Es heißt: Sie ist eine Kübelpartei, in der „Drecksäcke" und „nette Leute" kohabitierten. Gewissermaßen ein Blätterteigschichtkuchen mit Cremefüllung, und nur die Oberflächenschicht des „Geschichte" wäre „im eigentlichen Sinne" faschistisch. Frage: Was denn sonst waren die Parteien der Déats und Doriots? Und des Mussolini in Italien? Und die Partei Hitlers in ihren Anfängen? Ist der Faschismus in seinen Anfängen nicht immer genau das gewesen: ein Sammelsurium von Leuten, heimgesucht von der Krise, der Ungunst der Stunde, dem Mief der Verhältnisse? Aber auf diesen politischen Heimsuchern baute die faschistische Heimsuchung allemal. Entweder — oder! Entweder man erhebt diese offenkundige Tatsache zum beruhigenden Kernpunkt — dann muß man logisch zu Ende folgern, daß weder Hitler noch Doriot je faschistisch gewesen wären. Oder der Faschismus hat eine Bedeutung, ist ein Wort, das Widerwärtiges bezeichnet, daß sich zwar in mehrfacher Gestalt ereignet, aber dennoch eine ihm eigene Schlüssigkeit aufweist; dann ist die Wählerschaft der Nationalen Front so wie die der anderen: nicht mehr oder nicht weniger buntgemischt, nicht mehr und nicht weniger faschistisch.

Es heißt: Die Leute, die die Nationale Front wählen, wissen nicht was sie tun. 13,9 Prozent, die nicht wissen, was sie tun, aber wählen! Keine räudigen Schafe, heißt es, sondern verirrte, von der Herde abgekommen. Also gut, irregeführte Wähler. Blinde seien sie, die wie die Sokratesschen Bösen nicht eigentlich böse sind, da sie das Böse nicht erkennen. Gestern mochte das noch wahr gewesen sein, heute nicht mehr. Im Gegenteil: hört man sie ihre Wahl rechtfertigen, bläst einem als erstes das tiefe Sendungspneuma ihres Gestus entgegen. Heute weiß man doch: Le Pen ist ein Rassist, Le Pen ist ein Antisemit. Und im Bewußtsein, im vollen Bewußtsein dessen, wählt man ihn. Heute im Rundfunk: eine Parteigröße der RPR auf Wahltour durch Paris. Eine Passantin, eine noch junge der hellen Stim-

Foto: aus Newsweek

Le Pens Anhängerschaft bei einer Rallye in Paris

me nach zu urteilen, erklärt: ,,Ich wähle Le Pen". Die Parteigröße erklärt, warum es nicht anständig ist, Le Pen die Stimme zu geben. Die helle Stimme schmettert zurück: ,,Doch, doch, ich wähle Le Pen, ich bin eine Schlampe, ich wähle Le Pen." Man unterschätze die trübe Lust nicht, die solche Art von Übertretung bereitet. Man verharmlose nicht die Bedeutung einer solchen Wahl, einer solchen Übertretung, solange es noch nicht zu spät ist.

Es heißt: Es gibt keine faschistische Tradition in Frankreich. Frankreich, das bedeutet Menschenrechte. Frankreich hat den Faschismus nur als Unfall erlebt, als Überfall von außen. Von innen her? Ein Un-Fall? Nein, Faschismus, der hausgemachte, ist nicht Frankreichs Fall. Larifari natürlich! So sehr es den Nationalstolz verletzt, man wird sich zu der Einsicht durchzuringen haben, das Frankreich ganz und gar eine der historischen Garküchen unterhalten hat, in denen die faschistische Synthese zusammengebraut worden ist. Sorel, zwischen Lenin und Mussolini... Barres, Erfinder des nationalen Sozialismus... Das Abenteuer des Proudhon-Zirkels... Die Urgestalten des revolutionären Syndikalismus. Es sind unserer einige, die für das Verbrechen, solche erratischen Sequenzen ins System gesetzt zu haben, teuer bezahlten — intellektuell, versteht sich. Wo sind die Staatsanwälte von gestern? Werden sie heute die Prozesse wiederholen, die sie gegen Sternhell, mich und andere führten?

Es heißt: Faschismus ist Miliz, SS, behelmt, gestiefelt, ist KZ, Grauen, Weltnacht. Solange diese Nacht sich nicht gesenkt, solange nicht Bruno Mégret in Uniform daherstolziert, ist keine faschistische Gefahr nahe. Hm, hm... Ja, wir sind in Frankreich. Ja, Frankreich ist nicht so. Wirklich, nicht so, nie und nimmer so war der Faschismus hierzulande, wo er sich immer, fast peinlich, um Distanz zum Massenmummenschanz, um gepflegtes Benehmen und gepflegtes Denken sorgte. Ein ,,gemäßigter" Faschismus mit seriösem Antlitz, redlicher Miene, der mehr den gesunden Menschenverstand denn die kraftmeierischen Konvulsionen anzusprechen wünschte. Dieser Faschismus kann verführerisch sein. Wenn in Frankreich eine faschistische Gefahr besteht, dann als ,,finster-eisiger Alptraum", als den Barthes den Petainismus kennzeichnete.

Es heißt: Da ist ein Aufflackern, ein Ruck ohne Zweifel. Aber es ist nicht das erste Mal in seiner Geschichte, das Frankreich ein solches Fieber schüttelt. Und, dem Himmel sei's gedankt, das Fieber ist allemal rasch abgeklungen. Was ist das denn für ein Wahlergebnis knapp unter 14 Prozent? Merklich weniger als sich die aufgeregte Hurrahstimmung der einen ausgerechnet und die Weltuntergangsstimmung der anderen ausgemalt hatten. Gewiß?! Gemacht!! Das Neue an der Nationalen Front ist nicht, daß sie aufflackert, sondern sich einrichtet, nicht nur wächst, sondern Wurzeln schlägt, ihre Netzwerke in den Regionen ausbaut, ihren Einfluß ausdehnt. Sieht man denn nicht, daß, setzte sich diese Entwicklung fort, die Nationale Front bald noch die einzige Partei sein wird, die Aktivisten und Plakatkleber wird anheuern können? Indem sie Kommune für Kommune, Revier für Revier, Aufzug für Aufzug in den Hochhäusern bearbeitet? Sieht man nicht, daß sie — nebst Ökologisten — bald die einzige Partei sein wird, die noch ein Rest dessen stiftet, was man einst Politik nannte?

Denn da liegt der springende Punkt. Es heißt: Man muß das Übel bekämpfen, es an der Wurzel packen; und diese Wurzel ist die Einwanderung, die Unsicherheit, die Arbeitslosigkeit. Wiederum: Irrtum. Das Phänomen Le Pen hat noch einen anderen Grund. Frankreich war, wie man weiß, das Vaterland der Politik, das Land der öffentlichen Debatte. Heute ist es das Land des Konsens ... als Nonsens, ein mit Gemeinplätzen bewässerter Garten von Eden. Unhörbar fern ist der Lärm der Meinungsstreits, nach Montesquieu das Wahrzeichen der Republik. Verblichen jenseits seines schieren Begriffs der demokratische Raum, der sich aus Differenzen, Konflikten und großen Debatten gestaltet. Was tun die Wähler, wenn sich die Debatten auf Meinungsumfragen reduzieren? Wenn man ihnen eröffnet, sie hätten nur noch die Wahl zwischen zwei Arten fast gleich fataler Politik? Wie reagieren sie, wenn man ihnen erklärt, mit den Debatten sei es vorbei, und es bliebe nur die Wahl zwischen Monsieur Bérelladur und Monsieur Ballagovoy! Dann wählten sie gestern Marchais. Morgen werden sie Le Pen wählen. ■

Aus ,,L'Express' vom 3. April 1992. Übersetzung: Bob Detobel

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Mai-Ausgabe des *express*:

Diesseits der Beschlußlage: Dokumentation des HdA-Gestaltungsprojektes ● Jeden Morgen geht die Sonne auf — Tendenzen der Nacht- und Schichtarbeit ● Zwischen Krisenmanagement und Utopie — Regionale Konversion ● Autozulieferer — Eine Branche unter Druck ● Lernstatt, Ideenteam, Gesundheitszirkel: Formen der Mitarbeiterbeteiligung...

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

CARL-WILHELM MACKE

Stillstand

Zu den Parlamentswahlen in Italien

Jetzt auch Italien. Nach den Wahlerfolgen extrem rechter Parteien bei den Regionalwahlen in Frankreich und in Deutschland waren sich die Beobachter fast ausnahmslos über die Bewertung der italienischen Parlamentswahlen einig. Verloren hätten auch dort die ‚etablierten demokratischen Parteien' und gewonnen die kleineren Protestparteien der politischen Rechten. Der hohe Stimmenanteil der extrem regionalistischen *Lega Nord* und die Wahl der Mussolini-Enkelin in das Parlament reichten als Beleg für den Vormarsch der Rechten auch in Italien. Doch so einfach waren Wahlen in Italien noch nie zu bewerten.

Ein Mitglied der lambardischen Ligen auf einer Demonstration in Norditalien.

Foto: Newsweek

Den italienischen Parlamentswahlen vom 5./6. April '92 ging eine auch für italienische Verhältnisse aufgewühlte Vorwahlzeit voraus. In jeder der traditionellen Parteien fanden unter großem öffentlichen Interesse scharfe Richtungskämpfe, persönliche Zerwürfnisse bis hin zu Austritten und Spaltungen statt. In der *Democracia Christiana*, deren mit allen sauberen und dreckigen Wassern gewaschenen Führungsgruppe seit Jahrzehnten die Regeln des politischen Machtpokers in Italien bestimmt, gab es ein Hauen und Stechen der diversen Clans um Pfründe und Einfluß wie schon lange nicht mehr. Auf Sizilien spaltete sich ein katholisch-aufgeklärter Flügel um Leoluca Orlando, dem ehemaligen Bürgermeister von Palermo, von der DC ab, weil er die Verfilzung zwischen Partei und organisiertem Verbrechen nicht mehr länger akzeptieren wollte. Aus dem *Fünf-Parteien-Bündnis*, das seit Jahren die ‚Regierungsformel' in Rom gebildet hat, scherten Monate vor den Wahlen die *Republikaner* aus. Als Sprachrohr der starken norditalienischen Exportindustrie wollten sie nicht länger die für ihr Klientel desaströse Wirtschaftspolitik und Reformunfähigkeit der Andreotti-Regierung mittragen. Ihren von der Familie Agnelli geförderten Wahlkampf für eine liberale Erneuerung in Rom zierte die *PRI* mit so illustren Namen wie dem Filmregisseur Federico Fellini, dem Textilunternehmer Benetton oder dem erfolgreichen Schriftsteller Luciano de Crescenzo. Die Sozialisten um, besser, hinter Craxi verbündeten sich mit dem wild gegen seine ehemaligen Parteifreunde von der DC und die Ex-Kommunisten der PDS polternden ehemaligen Staatspräsidenten Cossiga. Gleichzeitig wehrten sie sich hartnäckig gegenüber jedem Annäherungsversuch der ehemaligen Kommunisten um Acchille Occhetto, weil sie dadurch den Verlust von Machteinfluß in der Regierung des Guilio Andreotti befürchteteten.

Die *PDS*, die ‚Partito della Sinistra', trennte sich mit atemberaubender Radikalität von ihrem früheren Namen, ihren Symbolen und ihren Traditionen, ohne damit jedoch sofort in ruhigen sozialdemokratischen Gewässern zu landen. Ein Teil der ehemaligen Parteigenossen war von dieser Schockstrategie nicht zu überzeugen und gründete eine neue politische Formation, die *Rifondazione Comunista*. Entgegen allen Vermutungen verschwand dieser heterogene Kreis von Alt- und Jungkommunisten jedoch nicht in der sektiererischen Versenkung. Es gelang der trotzig auf Hammer, Sichel und Klassenkampf beharrenden *Rifonadazione* erfolgreich die programmatische herumirrende PDS unentwegt mit ihrer eige-

nen Vergangenheit zu konfrontieren. Während die PDS ihre Klientel vornehmlich in den neuen urbanen Mittelschichten sucht, sammeln die ‚Rifonadazione-Kommunisten' vornehmlich den Rest der ‚alten Arbeiterklasse' und die sozialen Opfer der kapitalistischen Modernisierung des Landes.

Die Ligen sind das neue Phänomen

Im Norden des Landes blüht immer mehr eine separatistische „gegen Rom" und den „parasitären Süden" Italiens gerichtete Bewegung auf (siehe auch *links*, Mai 1991). Die *Ligen* vertreten einen in vielen Fragen völlig diffusen, aber sehr aggressiven und erfolgreichen Verteidigungskampf zur Wahrung eigener sozialer Interessen mit stark rassistischer Färbung. Sie sind das eigentlich neue Phänomen der italienischen Politik und Gesellschaft in diesen Jahren des auslaufenden Wirtschaftsbooms. Ihr antizentraler Regionalchauvinismus könnte für die europäische Rechte der neunziger Jahre vielleicht die Bedeutung gewinnen, die in den sechziger/siebziger Jahren für die europäische Linke die kämpferische italienische Arbeiterklasse hatte.

In diesem Klima des Zerfalls der alten Parteikoordinaten, der Auflösung traditioneller politischer Lager, der nicht mehr überschaubaren Aufsplitterung des Protests gegen das verrottete DC-System und nicht zu vergessen, der sich immer tiefer in das gesellschaftliche Gewebe einfressenden organisierten Kriminalität in *allen* Teilen des Landes, fanden nun die Parlamentswahlen statt.

Die Ergebnisse weisen einige überraschende Züge auf, doch das vielzitierte „Erdbeben" vom 5. April hat die politische Klasse in Rom keineswegs erschüttert. Das schon vor den Wahlen marode Regierungsbündnis von Christdemokraten, Sozialisten und den zahlenmäßig eher unbedeutenden Sozialdemokraten und Liberalen wurde zwar noch weiter geschwächt, ohne es jedoch zum Bruch kommen zu lassen. Möglicherweise werden die in ihren Erwartungen sehr enttäuschten Sozialisten in Zukunft weniger schroff jede Zusammenarbeit mit der PDS ablehnen, aber bis zu einer *linken Programmformel* ist es noch weit. Wahrscheinlich werden die leicht gestärkten *Republikaner* mit industrieller Rückendeckung wieder in den ‚Palazzo', den Palast der Macht einziehen und die DC zu einigen überfälligen Reformen des Systems zwingen. Da die Mehrheiten dünner geworden sind, ist mit ständig neuen Regierungskrisen zu rechnen. Nichts Neues also aus den oberen Machtetagen in Rom.

Das Spektrum der Oppositionsparteien wird aber in Zukunft um einige kräftige Färbungen reicher und lauter sein. Besonders die *Lega Nord* mit ihren großen Wahlerfolgen in der Lombardei und den benachbarten Regionen (in Mailand sind sie jetzt die stärkste politische Partei!) wird dazu beitragen, daß sich die vielfachen sozialen, kulturellen und politischen Spaltungen des Landes weiter dramatisch verschärfen werden. Auch die Neofaschisten, die spiegelbildlich zur *Lega Nord* besonders im italienischen Süden über eine allerdings nicht zu überschätzende Resonanz verfügen, werden versuchen, mit der verbreiteten Proteststimmung im Lande und ihren bekannten guten Beziehungen zum staatlichen Sicherheitsapparat, die gesellschaftliche Instabilität weiter voranzutreiben.

Ob es auf Seiten der ‚linken' Oppositionsparteien in absehbarer Zeit zu der ‚linken Alternative' kommen wird, die Acchille Occhetto schon seit Jahren fordert, ist sehr ungewiß. Hier sind die persönlichen Zerwürfnisse und die programmatischen Differenzen etwa zwischen den in Italien schwachen *Verdi* (Grüne) und den ökologisch wenig sensiblen Alt-Kommunisten doch immer noch zu gravierend. Eine wichtige Mittlerrolle in der linken Opposition könnten vielleicht die couragierten Mafia-Gegner und linken Katholiken um Leoluca Orlando von der Bürgerbewegung *La Rete* einnehmen. Daß sie in Palermo einen so großen Erfolg bei den Wahlen hatten und auch landesweit auf respektable Zustimmung gestoßen sind, gehört zu den wenigen Hoffnungsschimmern bei dieser Wahl.

Keine Hoffnung auf Veränderung

Als krisenerfahrene Improvisationskünstler werden die Italiener sich auch mit der politischen Instabilität nach diesen Parlamentswahlen irgendwie arrangieren. Daß allerdings immer noch nur vage eine politische und emanzipative Perspektive als Antwort auf die extrem aufgesplitterte und entsolidarisierte italienische Gesellschaft am Horizont erscheint, ist die eher deprimierende Interpretation dieser Parlamentswahlen. Es wird lange dauern, bis aus dem Zerfall der alten linken Formationen neue Hoffnungsträger erwachsen. Vielleicht für viele zu lange, denn nimmt man zum Beispiel die gegenwärtige italienische Filmproduktion als einen Seismographen für die Stimmungslage des Landes jenseits von Wahlentscheidungen, dann ist mit düsteren Zeiten zu rechnen. Die Filme des „Cinema Indipente Italiano", so lasen wir kürzlich in einem Bericht der *Frankfurter Rundschau* (Klaus Dermutz) über italienische Filmtage in Berlin, „beschreiben nur den politischen und moralischen Stillstand, konstatieren nur mehr Aggression und Deformation. Die Erosionsprozesse, von einer letztendlich ohnmächtigen Politik verursacht, wirken zerstörerisch fort in den zwischenmenschlichen Beziehungen... Die Filme artikulieren einen Protest gegen die Zerstörung der Gesellschaft durch kapitalistische Profitmaximierung. Aber in diesem Protest ist keine Hoffnung auf Veränderung des Status quo mehr zu spüren" ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Annäherung an Europa (Heft 42)

Karsten: Die Sozialunionfalle. Sozialpolitik in Europa, Migration und die Situation von Frauen ● *Schöneburg:* Der Entwurf einer Verfassung für das Land Brandenburg. Konkurrenz zum Grundgesetz ● *Hall/Lee:* Soziale Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands — Fallstudien ● *Pastore:* Hin zur Errichtung einer Festung Europa? Verstärkung der internen und externen Kontrollen ● Resolutionen der European Group for the Study of Deviance and Social Control ● *Refugee Forum:* 1992 and migrant workers. Manifestation for the rights of refugees ● *Rot / West:* Alternativen zum Heim. Altenhilfe in den Niederlanden ● *Wirth / Schürhoff:* Die Last der totalitären Vergangenheit. Über die Aussöhnung von Russen und Deutschen ● *Divivier:* Ohne Kritik am Patriarchat kein Ende der Frauenarmut in Deutschland ● *Rohrmann:* Das Unerziehbarkeitsdogma der Deutschen Heil- und Sonderpädagogik in der Theorie und Praxis ● Magazin
100 Seiten, 15,— DM

Armut: kein Thema? (Heft 41)

Hanesch: Armut in Deutschland. Politische und strategische Antworten ● *Bäcker:* Gespaltene Gesellschaft. Soziale Probleme und sozialpolitische Herausforderungen ● *Albrecht:* Aus der Not eine Tugend machen? Von der Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zum neuen ganzheitlichen Modell ● *Wacker:* Massenarbeitslosigkeit und nichts rührt sich ● *Chassé:* Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht ● *BAG:* Gegen ausgrenzende Wohnungspolitik. Positionspapier zur Wohnungsversorgung ● *Störch:* Zum Stand der Literatur zum Problem junger „Nichtseßhafter" ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

WILL HUTTON

Das Vereinigte Königreich braucht dringend einen Mehrheitsschutz

Das Pendel ist tatsächlich zurückgeschwungen, aber nur um ein Bruchteil dessen, was erwartet worden war. Weitere 25 Sitze, weitere 2 Prozent mehr für Labour hätten den Staat der Konservativen tödlich verwundet. Eine Koalition zwischen Labour und den kleineren Parteien auf der Grundlage eines Verfassungsreformprojektes hätte die Konservativen überstimmen können. Das Große Spiel hätte beginnen können. Es kann es nicht — zumindest nicht in naher Zukunft.

Private Meinungsumfragen beider Parteien hatten in den letzten beiden Tagen vor der Wahl ein Wegbröckeln der Labourmehrheit ausgemacht. Es scheint, daß der Faktor Angst — der gleiche, der in den achtziger Jahren auf Verteidigungsfragen ritt — plötzlich große Stimmenblöcke ins Driften versetzt habe. Weit davon entfernt, mit dem vermuteten Sog des Wandels zu treiben, gingen die Nerven durch — in die andere Richtung.

Dafür, daß es so kam, sollte John Major Gentleman genug sein, sich zuvörderst und ergebenst bei der konservativen Boulevardpresse zu bedanken, deren ohnehin bösartig infektiöse Berichterstattung in den letzten drei Tagen vor der Wahl auf delirische Fiebergrade geputscht wurde. Einige der privaten Meinungsumfragen legen den Schluß nahe, daß allein die geballte Kraft der Boulevardpresse ausgereicht habe, den Rückfluß zu den Konservativen auszulösen und zu stabilisieren. Das Zulegen der Tories in der Zielkurve ist inzwischen zu einer Konstante britischer Wahlen geworden. Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß hier ein Zusammenhang mit der extremen Parteilichkeit der Massenblätter besteht.

Aber die letzte Paukenschläge eines solchen Boleros der Kritik kann die öffentliche Meinung doch nur beeinflussen, wenn diese aus dem Thema, wie schrill immer das Finale, einen wahren Klang heraushört. Sieben Prozent Vorsprung für die Konservativen sind nicht nur mit dem unfairen Gezeter der Massenmedien zu erklären. Nicht zu leugnen ist auch, daß Labour die Stärke der politischen Koalition, die sich gegen ihr Wirtschaftsprogramm, und ganz besonders gegen den vorgelegten Haushaltsentwurf formierte, sträflich unterschätzt hat. Obwohl acht von zehn Haushalten vermutlich Vorteile hätten verbuchen können, wären die übrigen wirklich drastisch getroffen worden; deren Ängste vor Einkommensverlusten und den möglichen Auswirkungen auf den Konsum, den Wohnungsmarkt und die wirtschaftliche Erholung sind in aller Breite geschildert und diskutiert worden. Es half nichts, daß diese Auswirkungen weitgehend auf den Südosten beschränkt geblieben und dazu weitestgehend durch Einkommensgewinne in allen übrigen Teilen des Landes ausgeglichen worden wären. Dies und das überproportionale Gewicht dieser — es sei nochmals gesagt: wirklich viel verlierenden — Wählerschicht blieben in der Labourstatistik ohne Berücksichtigung. Hintergedanken: „Wenn sich Labour schon offen untersteht, vor der Wahl derartige Steuererhöhungen zu verkünden, was wird sie nach siegreicher Wahl davon abhalten, diese auf die ‚mittleren Einkommen' auszudehnen?"

Die primitive statistische Fälschung der Konservativen kam da besser an, weil sie solche heimlichen Befürchtungen als Tatsachen hervorzauberte: Sie redeten von Labours Großangriff auf die „mittleren Einkommen", wo es sich um Spitzeneinkommen handelte. Natürlich übernahmen die Massenmedien auch diese Verdächtigungen und natürlich begnügten sie sich nicht damit zu verkünden: „Das war doch Kinnock. Welche politischen Wenden der nicht schon vollzogen hat." Von dort war es nur noch ein kleiner Schritt Kinnocks Auftreten auf der Versammlungskundgebung in Sheffield als demagogisch und die Kundgebung selbst als „Nürnberger" Parteitag zu bezeichnen.

Labour hat reale Wirtschaftsstrukturen ignoriert

Nicht weniger wichtig war indes, daß Labour mit ihrem Haushaltsplan die reale britische Wirtschaftsstruktur schlicht ignorierte und statt dessen von ihrem Wunschbild ausging. Jene britische Wirtschaft, der eine solche Steuererhöhung als Kur zugedacht war, ist inzwischen nolens volens zu einer Wirtschaft geworden, in der das Einkommen zuvieler Haushalte mit Hypothekentilgungsverpflichtungen vorbelastet ist und ganze Ausgaben- und Gehaltsströme von einem kräftigen Wohnungsmarkt sowie von einem „low-tech"-Dienstleistungssektor abhängen. Mit ihrer gerade diese beiden Sektoren besonders berührenden Haushaltsvorlage in der umverteilungspolitischen Tradition des frühen zwanzigsten Jahrhunderts zeigte die Partei, daß ihre Reflexe nach wie vor im Sozialismus der dreißiger Jahre erlernt sind. Dies nutzten John Major und besonders Michael Heseltine sehr geschickt aus. Paradoxerweise dürfte dieses Unding der immer schon an die Tür klopfenden und niemals eintretenden Erholung ihnen dabei geholfen haben. Die ganze letzte Woche vor der Wahl hindurch stärkte eine Folge relativ rosiger

aus: Frankfurter Allgemeine

Prognosen die Hoffnungen der Wirtschaftswelt auf die kommende Erholung. Dahingegen befürchteten viele Wähler, daß sich Labour trotz weiter fallender Preise auf dem Wohnungsmarkt und entsprechend steigender hypothekarischer Belastung der Wohnungen wenig um ihre Nöte kümmere, daß diese Partei mit ihren Maßnahmen ihre Lage also noch verschlechtern würde und sie selbst sich keine weitere Verschlechterung mehr leisten könnten, zumal sich die allgemeine Wirtschaftslage offenbar zum Besseren wende.

Und wirklich scheint es nunmehr sicher, daß die überfällige wirtschaftliche Erholung im Anzug ist. Die Überstundenzahl nimmt zu, die Einzelhandelsumsätze ziehen etwas an, und es ist damit zu rechnen, daß ein gewisser in Abwartung des Wahlergebnisses angesammelter Investitions- und Verbrauchsstau in den nächsten Monaten unter der ermunternden Wucht des konservativen Sieges auf den Markt rollen wird. Für die nächste Zeit sind also zu erwarten: eine weitere Beschleunigung der Einzelhandelsumsätze, ein Abflachen der Produktionsabnahmerate und ein ordentlicher Schub Optimismus der Wirtschaftswelt.

Faustischer Pakt der Konservativen

Die Frage ist aber, ob diese Erholung bis zum Ende 1993 anhalten, ja, ob sie überhaupt nicht längst vorher versiegt sein wird. Denn die Konservativen haben mit jenem Teil der Wählerschaft einen Faustischen Pakt geschlossen, der just von jener Wirtschaftsstruktur profitiert und jenem Wertesystem frönt, deren Architekten in den achtziger Jahren die Konservativen sind. Gewiß — in dem üppig blühenden Dienstleistungssektor, in dem soviele Hypothekenschuldner arbeiten, ist die Zahl derer, die die Kontrolle des britischen Staates in jedem Fall den Konservativen anzuvertrauen bereit sind, genügend groß. Aber dieser Sektor ist international nicht wettbewerbsfähig und zudem Teil einer umfassenden Industriestruktur, die an einem fundamentalen Handelsbilanzdefizit krankt.

Die klare konservative Mehrheit zwischen Huntigdon und Henley hat ihre Grundlage in den Vertriebsfirmen, Importeuren, Anwälten, Wirtschaftsprüfern und sonstigen Berufsgruppen, die in den letzen dreizehn Jahren dank Steuervergünstigungen und Wohnungsbeleihungen wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Die durch diese Entwicklung bedingte Schwäche der britischen Wirtschaftsstruktur wurde in den achtziger Jahren durch die Einnahmen aus dem Nordseeöl zuerst, sodann durch den Zufluß japanischen Kapitals verschleiert, zwei Dinge, die in der nahen Vergangenheit eine relativ einfache Finanzierung des Handelsdefizits ermöglichten, aber in der nahen Zukunft gewiß nicht mehr: Genauso wie die Ökonomen die Art und Weise unterschätzten, in der die Rezession die britische Außenwirtschaftsposition stärkte, genauso unterschätzten sie jetzt, wie explosiv die zu erwartende Erholung das Handelsbilanzdefizit in die Höhe treiben wird. Man verknüpfe dieses sich aufblähende Defizit mit zunehmenden Finanzierungsproblemen, und schon sieht man die Konturen des Krisenspuks, den die Regierung Major scheuchen wird. Wohin immer seine Minister schauen, werden sie Probleme sehen, die Maßnahmen verlangen, die Labour hätte durchziehen können, an die zu denken aber die Konservativen wegen der Ideologie und dem inneren Gleichgewicht der Partei kaum werden denken können. Das Problem der nicht mehr finanzierbaren und an den Verkäufer heimfallenden Wohnungen erfordert eine umfassende, vom Staat mitfinanzierte Initiative — sie wird ausbleiben. Die Entindustrialisierung erfordert u.a. ein entschlossenes Entgegentreten der an kurzfristigen Gewinnen orientierten Banken und Investmentfonds — und der Mobilisierungsideologie der Tories. Regionale Entmutigung und Verarmung erfordert Dezentralisierung von Entscheidungsgewalten — von Whitehall und Westminster an die Lokalbehörden, davon viele von Labour kontrolliert... kaum denkbar. Die unausweichliche Reduzierung der Verteidigungsindustrie ist ohne staatliche Intervention nicht möglich... Überschuldete Immobiliengeschäfte und angespannte Bankenliquidität machen Konzepte der Neuorganisation der Rekapitalisierung und der Führungsmethoden unumgänglich. Gefesselt durch Weltsicht werden die Konservativen nicht über die Weitsicht von Stückwerkelei und Halbherzigkeiten hinauskommen — wie schon in der Wohnungskrise.

Pflicht und Chance der Opposition

Für die Oppositionsparteien ergibt sich daraus eine Pflicht und eine Chance. Wenn der einzige planvolle Teil der konservativen Wirtschaftsstrategie darin besteht, durch nur geringfügig progredierende Steuern und einen deregulierten Arbeitsmarkt Investionsanreize zu schaffen, dann besteht die Chance für die Opposition darin, dieser die Alternative eines „kommunitären Kapitalismus" nach kontinentalem und japanischen Muster entgegenzustellen. Und die Pflicht? Die großen Einkommensungleichheiten, die der freie Markt für Bereiche wie Automobilindustrie und Bildungswesen nach sich ziehen wird — Premierminister Major wird es natürlich leugnen, aber der Automatismus des freien Marktes wird sich dadurch nicht lenken lassen — und die Konzentration politischer Macht und klientelistischer Einflußnahme in der Hauptstadt, machen es unerläßlich, die 53 Prozent nichtkonservative Mehrheit der Wähler vor der Macht des Konservativenstaats zu schützen. In der Praxis kann dies nur heißen: Bündnis von Labour und Liberaldemokraten unter der Ägide eines gemeinsamen Programmes, Aufstellung nur eines Kandidaten pro Wahlkreis. Nur eine funktionsfähige Regierung in Wartestellung kann den Triumphalismus des konservativen Wahlsieges dämpfen. Sie soll rechtzeitig vor der ersten Sitzung des neuen Parlaments bereit sein. Das bedeutet für Labour: Zustimmung zu der von den Liberaldemokraten als sine qua non gesetzten Verfassungsreform samt Verhältniswahlrecht. Kein zu hoher Preis für den dringend notwendigen Mehrheitsschutz. ■

aus: The Guardin vom 11. April 1992
Übersetzung: Bob Detobel

FELIX SCHNEIDER

Die Lebenslüge unserer Zivilisation

Rassismus und Fremdenhaß haben ein neues Gesicht bekommen — sie sind durchaus in demokratischen Parteien vorhanden. Fremdenhaß aber sei wesentlich Angst vor Veränderung, schreibt Felix Schneider in seinem Kommentar. Diese Angst weist nicht zuletzt auf die Unfähigkeit unserer Zivilisation hin, über ihren eigenen Horizont hinauszudenken.

Die bundesrepublikanische Asyldebatte geht weiter. Das ist an sich schon schlimm genug, denn sie dominiert von Demagogie und Ressentiments. Ihr Zwillingsbruder ist die Gewalt, die legale (an den Grenzen, in Lagern, bei Abschiebungen usw.) so gut wie die illegale (Ausländerprügeln), sie ist selbst Diskurs gewordene Gewalt. Sie verhindert auch die differenzierte Diskussion der wirklichen Probleme und sie verunmöglicht die dringend gebotene Entwicklung einer Flüchtlingspolitik. Aus Angst vor dem Beifall von der falschen Seite kann man es ja kaum noch sagen, aber es ist dennoch so: Hinter der rassistischen Instrumentalisierung steckt ein wirkliches Problem. Die globalen Migrationsbewegungen haben ein riesiges Ausmaß erreicht und nehmen zu. Ökologische und politische Zeitbomben sind gelegt, sie werden explodieren und neue Flüchtlingsströme produzieren. Während weltweit die ökonomischen und sozialen Widersprüche und Ungleichheiten sich zuspitzen, ist gleichzeitig, eine Weltkommunikationsgesellschaft im Entstehen, die Information und Reisemöglichkeiten in ganz neuen Ausmaßen bietet. Die reichen Nationen werden sich — jede einzelne und alle zusammen — entscheiden müssen. Entweder sie stellen sich diesem Problem mit ernsthaften und weitgehenden Folgen, auch für den Einzelnen oder sie lassen das Massensterben im besten Falle zu, im Regelfalle werden sie aktiv dazu beitragen müssen.

Rassismus und Fremdenhaß haben ein neues, demokratisches Gesicht bekommen. Sie sind von und in durchaus demokratischen Parteien, wie dem Front National oder der SPD vertretbar. Sie gehen einher mit Antiintellektualismus und der Mobilisierung und Anstachelung des ,,gesunden Volksempfindens". Auch die illegale Gewalt geht weiter und wird weitergehen. Zwischen den Politikern in Parlament oder Medien, die sich von der Gewalt auf der Straße distanzieren, und den Schlägern auf der Straße gibt es trotz einer nicht gering zu achtenden Differenz in den Methoden, eine sehr weitgehende inhaltliche Übereinstimmung:

Einig sind sie sich in der Problemdefinition, der Benennung der Problemursache und im Prinzip auch in der Problemlösung.

Als Problem gilt nicht der Umstand, daß der Haß, der sich gegen die Fremden austobt, dazu zwingt, über die eigene Gesellschaft nachzudenken. Die Aggressionen können ja als Warnsignal dafür verstanden werden, daß die Verbindung von politischer Demokratie und selbstlaufender ökonomischer Modernisierung, die der Westen als seine triumphierende Errungenschaft preist, an den Nahtstellen zu reißen beginnt. Stattdessen heißt es: Im eigenen Haus ist alles in Ordnung, es sind die Ausländer, die da ein Problem hineintragen. Die Flüchtlinge und Migranten werden zur ,,Flut", die materielle Stabilität und nationale Identitäten bedroht.

Abschreckung als Problemlösung

Als Problemursache gilt einfach die Zahl: es sind zu viele. Manipulierte Statistiken suggerieren, eine Flut von Scheinasylanten bedrohe das Land. Keine Asyldebatte, ja kaum eine Distanzierung von offener Brutalität kommt ohne die Versicherung aus, die Deutschen seien eben überfordert von der Menge der Flüchtlinge. Der jeweils sprechende Politiker (oder die jeweils redende Politikerin!) möchte schon tolerant sein, aber das Volk, das man verstehen muß, will leider nicht.

Die propagierte Problemlösung heißt Abschreckung, Abschreckung mit allen Mit-

aus: Journalist

teln, staatlichen, juristischen, organisatorischen, psychologischen, handgreiflichen. Abschreckung im wahrsten Sinne des Wortes: Schrecken verbreiten unter den Flüchtlingen, die schon im Land sind, als Exempel für die, die nicht kommen sollen.

Dabei allerdings haben die Politiker nun ein Problem: Sie können ihr selbstgestecktes Abschreckungsziel nicht erreichen, weil sie sich vom Rechtsstaat nicht beliebig weit entfernen können — und auch nicht wollen.

Funktion der Asyldebatte

Immer wieder treten sie auf der Stelle: markige Sprüche, endlose und unverständliche juristische Diskussionen, kaum Resultate — genau diese Mischung stachelt die Aggressionen und handgreiflichen Brutalitäten so richtig an. Zur Zeit demonstriert der (seit 1984) achte Versuch, das Asylverfahrensgesetz zu ändern, die Unfähigkeit der Politiker, mit ihren Mitteln das selbstdefinierte Ziel der Abschreckung zu erreichen. Denn: Grundgesetzänderung, Sachleistungen, erkennungsdienstliche Behandlung, Verkürzung des Verfahrens — bis zur wesentlichen Schädigung des Rechtsstaates — all das verändert zwar die BRD, hilft aber überhaupt nicht gegen den Migrationsdruck. Hier sind die Schläger auf der Straße einfach konsequenter und erfolgsorientierter: Wenn es ihnen nämlich gelänge, Deuschland zu einem Verfolgerstaat zu machen, dann hätten sie Abschreckungswirkung entfaltet.

In der Asyldebatte geht es wesentlich um die Frage, wie weit Gewalt legalisiert werden kann. Die Hauptleistung dieser Debatte besteht nach wie vor darin, Agressionsobjekte zu definieren. Die Aggressionen selbst haben natürlich ganz andere Ursachen. Es gibt sicherlich auch hausgemachte deutsche Gründe für den Fremdenhaß, etwa den Katzenjammer nach der Vereinigung, die keine Einigung brachte, die Enttäuschung über das Fehlen der nationalen Bereitschaft zu teilen und das Ausbleiben des Wohlstandes im Osten. Auch der jämmerliche Auftritt Deutschlands auf der internationalen Bühne im Golfkrieg war nicht dazu angetan, Selbstbewußtsein zu stabilisieren. Deutschland droht, eine gekränkte Nation zu werden, noch bevor es eine Nation ist. Christoph Hein zitierte einmal in diesem Zusammenhang Mirabeaus Wort über Preußen: „Noch nicht reif und schon faul."

Entscheidender dürften die psychologischen, zivilisatorischen und zeitgeschichtlichen Ursachen sein. Der Fremde gilt schließlich seit jeher bald als Teufel bald als Gott. Volkstümliche Bräuche und religiöse Gebote zeugen davon. Gefährlich wirkt der Fremde in Gesellschaften, die trotz oder wegen starker interner Spannungen sich nicht verändern können. Der Fremde vermittelt die Ahnung, es könne alles auch anders sein, vielleicht sogar besser. So sehr erst gesellschaftlich definiert werden muß, wer nun als fremd zu gelten hat, so sehr gibt es ein Gemeinsames im Begriff:

„Die Essenz des Fremdenbegriffs ist das außerhalb der Kultur: Naturvölker, Wilde, Verrückte. Mit ihnen gibt es keine Gemeinsamkeiten mehr, nichts, woraus man lernen könnte, um das Eigene zu verändern." (Mario Erdheim)

Fremdenhaß ist wesentlich Angst vor Veränderung — und hier gibt es heute in der Tat eine Überforderung. Wer Angst vor Veränderung hat, klammert sich an das Nächste, er definiert seine Umwelt als das nächste. Der Fremdenhasser definiert die Gesellschaft als Familie, die sich — sexuell aneinander gebunden — nach außen abschottet. Er annuliert die sozialen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen der Probleme. In allen Debatten um das Asyl kann man beobachten, wie der Fremdenhasser regrediert auf das Stadium eines Kindes, das *fremdelt*: „Unsere Nation ist ein Haus mit begrenztem Wohnraum, Ausländer haben keinen Platz." — so etwa lautet ein Denkschema. Oder: „Früher war die Staatsfamilie sauber, jetzt nehmen mir die Ausländer Frau und Tochter weg." Ökologisch gewendet: „Die Ausländer machen Dreck." Sozial: „Die Ausländer erschleichen sich Sozialleistungen, deswegen raus zum Sozialappell".

Um anzudeuten, daß Fremdenhaß nicht einfach nur ein Überbleibsel der Vergangenheit ist, — wie der Begriff „Rassismus" suggeriert — hat der Publizist Lothar Baier vor einiger Zeit auf einen Gedanken von Hannah Arendt hingewiesen: auf die Unfähigkeit unserer hochentwickelten Zivilisation, über ihren eigenen Horizont hinauszudenken. Im Haß auf die Fremden sieht unsere Zivilisation nur vereinzelte Rückfälle in die Barbarei vergangener Epochen und nicht ihr eigenes, gegenwärtiges Produkt. In Wirklichkeit aber hält sie die latente Gewaltbereitschaft ständig am Leben, indem sie — so Baier — *„den Menschen eine Welt verspricht, in der sich alles von Menschen beeinflussen und verändern läßt, bis hin zur Kontingenz des Lebens und Sterbens selbst, und weckt dadurch den Groll auf alles, was sich ihrer Verfügung widersetzt. Nichts zieht diesen Groll stärker auf sich als der Fremde, eben weil sich ‚in dem Fremden' wie Hannah Arendt sagt, ‚die von Natur gegebene Unterscheidung und das natürlich Unabänderliche viel deutlicher offenbaren als in dem Einheimischen'. Es ist also unsere sich fortlaufend modernisierende und den Bereich ihrer Eingriffsmöglichkeiten ständig erweiternde Zivilisation selbst, die den Haß auf die Fremden als heimlichen Begleiter ihrer Errungenschaften fortzeugt. Weil es ihr nicht gelingen kann, die Kontingenz des menschlichen Lebens und Sterbens vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, macht sie den Fremden zum Sündenbock ihrer Lebenslüge."* ■

Immigration — die Zahlen in Kürze

Der Bundesminister des Innern hat in der Zeitschrift „Innenpolitik" Nr. 1, 1992, am 7. Februar 1992 die Zahlen der Immigration in die Bundesrepublik für das Jahr 1991 veröffentlicht. Hier ein Auszug:

1991: 256 112 Asylantragsteller

Herkunftsländer: Jugoslawien, Rumänien, Türkei in dieser Anerkennungsquote des Bundesamtes 6,9 %. Sonstige Erledigungen und Rücknahmen 16,4 %. Gestiegen ist der Anteil Europäer, gesunken der Anteil Asiaten.

221 995 Aussiedler

Starke Rückgänge aus Polen, Rumänien. Gleichgeblieben sind die Zuwanderungen aus Ex-UdSSR.

Zum Vergleich **1990: 193 063 Asylantragsteller**

Herkunftsländer: Rumänien an erster Stelle, Jugoslawien und Türkei auf Platz zwei. Anerkennungsquote des Bundesamtes: 4,4 %.

397 073 Aussiedler

Bilanz

Bilanz der Immigrationsversuche (Aussiedler und Asylantragsteller zusammen) im Vergleich zwischen 1990 und 1991

Aussiedler und Asylantragsteller

1990	**1991**
397 073 Aussiedler	221 995 Aussiedler
193 063 Asylantragsteller	256 112 Asylantragsteller

Gesamt Immigrationsversuche

590 136	478 107

Die Gesamtzahl der Immigrationsversuche ist von 1990 auf 1991 zurückgegangen. Die diesbezüglichen Vermutungen, die von Fachleuten im Laufe des Jahres 1991 auch in der *links* geäußert wurden, haben sich bestätigt. Von einem „verstärkt fortgesetzten Wanderungsdruck" (der Innenminister) kann nur bedingt die Rede sein. Die Zahlen jedenfalls können nicht die Ursache für die fortgesetzte Asyldebatte sein. **F. S.**

Pro Asyl: Stopp dem Kahlschlag. Für ein faires Asylrecht

Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Asylverfahrensgesetz

Spitzenpolitiker von CDU, CSU, FDP und auch der SPD einigten sich am 10. Oktober '91 auf Maßnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Innerhalb von sechs Wochen soll abschließend über einen offensichtlich unbegründeten Asylantrag entschieden werden. Am 30. November '91 legte Bundesinnenminister Rudolf Seiters seinen Entwurf vor. Er geht über die ohnehin mehr als bedenkliche Einigung vom Oktober noch weit hinaus. Der Entwurf wurde in der Folgezeit wieder überarbeitet. (...)

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Asylrechts ist zum Teil verfassungswidrig und hat den Charakter einer Notstandsgesetzgebung. Es ist ein Kampfgesetz gegen Flüchtlinge und ein Angriff auf den Rechtsstaat. Die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes ist oft unbequem — nicht nur im Asylbereich. Wenn in der Asylfrage nun die Rechtsschutzgarantie weitgehend beseitigt wird, ist ein Damm gebrochen. Die nächsten Rechtsgebiete könnten sein: Wehrdienstverweigerung, atomrechtliche Genehmigungsverfahren, Ordnungswidrigkeitenverfahren. (...)

Doch auch dieses Gesetz wird nicht verhindern, daß Menschen in Deutschland Zuflucht suchen werden. Nach wie vor werden Asylverfahren lange dauern. Denn das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge schiebt einen Berg von rund 250 000 Asylanträge vor sich her. Etwa 100 000 Verfahren sind vor Gericht anhängig. Eine großzügige Altfallregelung wäre unabdingbar, um künftige Anträge schneller beantworten zu können. (...)

Das neue Gesetz wird sein Ziel, die Beschleunigung der Asylverfahren, nicht erreichen. Darin sind sich alle Experten einig. Dieses Gesetz ist eine Mogelpackung, das wissen auch seine Verfasser. Der Bevölkerung soll Aktivität vorgegaukelt werden. Und wenn — erwartungsgemäß — auch dieses Gesetz keine Änderungen bringt, dann wird der Ruf nach einer Grundgesetzänderung lauter werden denn je zuvor. Spätestens ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl wird er aufs neue zu hören sein. Werden sich SPD und FDP dann noch widersetzen? Mit der Zustimmung zu diesem Gesetz werden SPD und FDP in eine Falle geraten. Sie sind dann mitverantwortlich für einen einzigartigen Einbruch in die Substanz des Rechtsstaates und die Union wird trotzdem weiter fordern, man müsse das Grundgesetz ändern. (...)

Folgende Punkte des Entwurfes für ein neues Asylverfahren sind besonders problematisch:

Anhörungen

Gemäß § 28 wird der Flüchtling vom Bundesamt angehört. Die Anhörung ,,soll in zeitlichem Zusammenhang mit der Asylantragstellung erfolgen'' (§ 28 IV), also bereits innerhalb der ersten Woche. In dieser Zeit sind Flüchtlinge oft sprachunkundig und uninformiert über die Rechtslage in der Bundesrepublik. Viele verschweigen zunächst die Hauptfluchtgründe, weil es ihrer Lebenserfahrung entspricht, daß die Offenlegung politischer Aktivitäten eine Gefahr bedeutet. Sie begegnen Behörden mit Vorbehalten. Flüchtlinge, die gefoltert wurden oder in Haft waren, können aus psychologischen Gründen nicht sofort gegenüber Fremden darüber sprechen.

Diese Faktoren werden ihnen zum Verhängnis, da ein späteres Vorbringen des Ausländers unberücksichtigt bleiben kann, wenn dadurch die Entscheidung des Bundesamtes verzögert würde (§ 28 III). Mit dieser Form der Anhörung wird die Anerkennungsquote noch weiter sinken. Sie genügt nicht rechtsstaatlichen Kriterien.

Neu ist auch, daß die erst 1990 eingeführte Benachrichtigungspflicht des Flüchtlings und seines Bevollmächtigten mit § 28 IV wieder abgeschafft werden soll. Dies ist bedenklich. Auch im Verwaltungsverfahren besteht ein verfassungsrechtlicher Anspruch auf rechtliches Gehör. Eine anwaltliche Vertretung während der Anhörung gehört dazu und ist zwingend zuzulassen.

Wir fordern, daß Anhörungen mit Sorgfalt, mit Einfühlungsvermögen und unter Beachtung all der rechtsstaatlichen Garantien durchgeführt werden, derentwegen sich die Bundesrepublik als einen Rechtsstaat bezeichnet.

Gerichtsverfahren

Die Landesregierungen werden ermächtigt, Lagerrichter einzuführen, die in der Unterkunft entscheiden sollen (§ 86). Die Klagefrist beträgt bei ,,unbegründeten'' Asylanträgen statt einem Monat künftig zwei Wochen. Die Klage ist innerhalb eines Monats zu begründen. Bei ,,unbeachtlichen'' oder ,,offensichtlich unbegründeten'' Anträgen beträgt die Klagefrist nur eine Woche. Innerhalb dieser Frist sind sämtliche zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel anzugeben (§ 39 III). Nach Ablauf dieser Frist vorgebrachte Tatsachen und Beweismittel bleiben unberücksichtigt. Es ist dem meist sprachunkundigen, mit dem deutschen Rechtswesen nicht vertrauten Asylsuchenden in dieser Zeit unmöglich, einen Rechtsanwalt zu finden, den er in dieser Zeit nicht nur ausreichend informieren kann, sondern dem auch noch die Zeit bleibt, sofort den notwendigen umfangreichen Antrag zu schreiben und sachgerecht zu begründen. In nahezu allen Asylfällen ist es notwendig, Einblick in die Akten des Bundesamtes oder der Ausländerbehörden zu erhalten, um den Antrag zu begründen. Dies ist in dieser Frist unmöglich. (...)

Der Gesetzentwurf schränkt die Rechtsmittelmöglichkeit gegenüber dem geltenden Recht weiter ein. Nach dem Hauptvorschlag (§ 83) sind Entscheidungen des Verwaltungsgerichts unanfechtbar. (...)

Aber auch ein Alternativvorschlag, der es im wesentlichen beim Zustand des geltenden Rechts beläßt, verkürzt den Rechtsschutz. So soll die Nichtzulassungsbeschwerde dann nicht mehr statthaft sein, wenn das Gericht bestimmte Verfahrensfehler gemacht hat. (...)

Der Hauptvorschlag wird zu einer Zersplitterung der Rechtslage im Asylrechtsbereich führen. Denn Urteile der Verwaltungsgerichte fallen höchst unterschiedlich aus. So stellte das Verwaltungsgericht Stade im Sommer 1991 fest, die ,,nicht-assimilierten Kurden in der Osttürkei'' unterlägen der Gruppenverfolgung. Andere Gerichte bestreiten dies.(...)

Abschiebungen

Künfig wird nicht mehr die Ausländerbehörde, sondern das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge über mögliche Abschiebehindernisse entscheiden (§ 37). Das Bundesamt selbst wird Abschiebungsandrohungen aussprechen. Bisher war dies Sache der jeweiligen Ausländerbehörde. Da die Ausführung des Ausländergesetzes nach unserer Verfassung Sache der Bundesländer ist, bedeutet dies einen Eingriff in die Kompetenz der Bundesländer. Das Bundesamt hätte auch zu prüfen, welche ,,Bleiberechtsregelungen'' es in den jeweiligen Bundesländern gibt. Daß ein Bundesamt dann Landesgesetze oder Landesverordnungen anwendet, ist ein bundesstaatliches Unding. Solch eine Mischverwaltung ist verfassungsmäßig nicht zulässig. Diese Regelung soll wohl vermeiden, daß sich betroffene Bürger vor Ort für einen Verbleib von Flüchtlingen einsetzen und versuchen, daß humanitäre Gesichtspunkte vor dem Erlaß von Abschiebungsandrohungen Berücksichtigung finden. Darüber hinaus ist das Bundesamt fachlich gar nicht kompetent, Ausreiseaufforderungen auszusprechen. Heiratet z.B. ein Asylbewerber, was er dem Bundesamt nicht darzulegen hat, würde also das Bundesamt eine Abschiebungsandrohung erlassen, obwohl ein Bleiberecht aus anderen Gründen (z.B. Artikel 6 Grundgesetz) gegeben ist. (...)

Lagerunterbringung

Die Bundesländer sind nach § 47 verpflichtet, ,,Aufnahmeeinrichtungen'' zu schaffen und zu unterhalten. Alle Asylsuchenden müssen sich in den ersten drei Monaten in solch einem Sammellager aufhalten und zu bestimmten Zeiten erreichbar sein'' (§ 50 III). Die Lagerverwaltung soll Polizeibefugnisse haben (§ 61). Die freiheitsbeschränkende Ausgestaltung der Einrichtung wird auch durch § 59 I deutlich. Danach kann einem Asylsuchenden erlaubt werden, ,,den Geltungsbereich der Aufenthaltsgestattung für längstens drei Tage zu verlassen, wenn zwingende Gründe es erfordern'' (§ 59 I). Verstöße werden drastisch geahndet: Im Ernstfall als Ordnungswidrigkeit (§ 88), im Widerholungsfall als Straftat, die mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft wird (§ 87 I).

Weitere Informationen: PRO ASYL, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft f. Flüchtlinge, Neue Schlesingergasse 22, 6 Ffm 1, Tel: 069/293160.

KOMMENTAR

CLAUDIA ROTH

One Chance only

Die Asylpolitik nach Schengen

Schengen ist ein kleiner verträumter Ort in Luxemburg. In jüngster Zeit hat er seine ,,Unschuld'' verloren. Denn, wenn vom Schengener Abkommen die Rede ist, geht es um das Modell der zukünftigen Innenpolitik in der EG. Und es geht um ein Pilotprojekt für eine gemeinsame Asylpolitik, nicht nur für die EG, sondern für ganz Europa.

Wir erleben ein trauriges Lehrstück für den Prozeß der Entdemokratisierung und Entparlamentarisierung auf der einen Seite sowie der Anmaßung unkontrollierter Regierungsgewalt auf der anderen Seite.

Ein gemeinsames Haus Europa kann nur dann Perspektive bieten, wenn es nicht als profitträchtiger EG-Wirtschaftsraum verstanden wird, als Festung, die lückenlos dicht gemacht werden soll, um sie dann gezielt nach ökonomischen Kriterien zu öffnen. Es hat nur dann Perspektive, wenn nicht hemmungslos rechtsstaatliche Grundsätze und fundamentale Grundrechte geopfert werden, sondern wenn es ein Lebensraum ist, für und von allen Menschen demokratisch gestaltet.

Schengen ist genau *das nicht*. In clandestinen Zirkeln wurden ,,Ausgleichungsmaßnahmen'' gegen die sog. ,,Sicherheitslücke'' nach Öffnung der EG-Binnengrenzen erarbeitet. Ohne öffentliche Diskussion, ohne parlamentarische Debatte. Schengen ist auch ein ,,zukunftsweisendes'' Modell der Strategie ,,intergouvernementaler Zusammenarbeit'', in der Verträge ohne jede demokratische Kontrolle zwischenstaatlich vereinbart werden. Ganz sicher kein Modell für ein soziales, demokratisches, offenes, humanes und multiethnisches Europa, dessen historisch verantwortliches Prinzip die offenen Grenzen sind.

Das Ziel, das die Mittel und die Aushebung nahezu jeder Form der parlamentarischen Kontrolle rechtfertigt, ist eine repressive EG. Dabei erfüllt die Harmonisierung im Bereich Asylpolitik eine Vorreiterrolle für den gesamten Bereich der ,,inneren Sicherheit''. Gerade an den Flüchtlingen kann ohne nennenswerte Widerstände oder gesellschaftliche Opposition Diskriminierung, Ausgrenzung und die nahezu totale Überwachung und Verdatung exemplarisch durchgezogen und dann auf andere Bereiche des staatlichen Repressionsinstrumentariums erweitert werden. Menschen- und BürgerInnenrechte werden auf dem niedrigsten Stand herunterharmonisiert, während staatliche Eingriffsrechte auf dem höchsten Stand angeglichen werden. Durch die Neufestsetzung der Schengener Außengrenzen wird eine Kategorie der Drittländer und der sog. Drittausländer geschaffen. Menschen dritter Klasse. Es soll nicht, wie immer wieder behauptet wird, ein angeblicher Asylmißbrauch bekämpft werden, bekämpft wird gerade dessen Gebrauch. Eine koordinierte Flüchtlingsabwehrpolitik steht im Vordergrund.

Durch nahezu totalen Visumszwang, die — wenn überhaupt — nur mit erheblichen finanziellen ,,Sicherheiten'' erteilt werden und prinzipiell nur unter der Voraussetzung, daß die ,,nationale Sicherheit'' und ,,öffentliche Ordnung'' nicht gestört werden — wie auslegbar das auch immer ist — durch die Sanktionen gegen Beförderungs- und Transportunternehmen, die Menschen ohne gültige Visa transportieren und die somit zu einem verlängerten Arm einer solchen Abschottungspolitik gemacht werden, soll schon im Herkunftsland effektiv verhindert werden, daß Menschen in Not ausreisen und ihr Grundrecht auf Asyl überhaupt wahrnehmen können.

Asylentscheidungen werden schengenweit bindende Wirkung haben, nur das jeweilige Einreiseland oder der Staat, der ein Visum ausgestellt hat, wird für einen Asylantrag zuständig sein und das Verfahren bis zum Ende durchführen müssen. Bei einer Ablehnung gibt es zukünftig keine Möglichkeit in einem anderen Mitgliedstaat einen neuen Antrag zu stellen. One Chance only! Weil zukünftig damit gerechnet wird, daß viele Menschen aus Osteuropa oder über den Landweg Osteuropa versuchen werden Westeuropa zu erreichen, weil der Luftweg nahezu unmöglich wurde, wird folgerichtig diskutiert ,,Schengen'' auf Osteuropa auszudehnen. Die letzten Schlupflöcher stopfen, die Festung dicht machen, und dann kann erfolgreich verhindert werden, daß ungebetene Gäste auf der Suche nach Hilfe und Sicherheit in die reichsten Länder Europas gelangen. Das ist auch die Ansicht namhafter SPD- und FDP-Politiker, die sich gerne als Hüter unserer Verfassung feiern lassen.

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist für Menschen, die in das Schengen-Gebiet kommen wollen de facto abgeschafft. Daten werden grenzenlos gespeichert und ausgetauscht. Mit Hilfe einer sog. ,,Ausschreibungsliste'' des Schengener Informationssystems soll die Ausweisung und die Verhinderung der Wiedereinreise an anderer Stelle reibungslos möglich gemacht werden.

▶ Maßgebliche Architekten sind die Deutschen ◀

Maßgebliche Architekten dieses teuflichen Plans sind die Deutschen. Die Bundesregierung ist Antriebsmotor europäischer Lösungen, wie Schengen, weil sie eine elegante Möglichkeit eröffnet, einen europäischen Harmonisierungsdruck zu erzeugen, mit dem sich dann unliebsame nationale Errungenschaften, wie das individuelle Recht auf Asyl abschaffen lassen und jede historische Verantwortung endgültig abgestreift werden kann.

Zwar hat die französische Regierung, um sich einen Entscheidungsspielraum zu bewahren, auf einem nationalen Vorbehalt (d.h. der Möglichkeit, Asylentscheidungen auch anders, als in Schengen vereinbart, zu treffen) bestanden. Der Bundestag kann daher das Abkommen ratifizieren, ohne den Artikel 16 des Grundgesetzes zu ändern. Die Bundesregierung jedoch verliert ihr Ziel, die Abschaffung des grundgesetzlich garantierten Asylrechts, nie aus den Augen und funktionalisiert jede Debatte, die mit dem Thema Asyl zu tun hat, in diesem Sinne. So wird auch am 30. April, wenn die erste Lesung des Ratifizierungsgesetzes zu Schengen auf der Tagesordnung des Bundestages steht, gleichzeitig über den Gesetzentwurf zur Grundgesetzänderung diskutiert werden.

,,Wenn in derselben Person oder der gleichen obrigkeitlichen Körperschaft die gesetzgebende Gewalt mit der vollziehenden vereint ist, gibt es keine Freiheit, denn es steht zu befürchten, daß derselbe Monarch oder derselbe Senat tyrannische Gesetze macht, um sie tyrannisch zu vollziehen''.

Das sagte Montesquieu 1748. Wie recht er hat, erleben wir Jahre später. ■

Claudia Roth ist MdB der Grünen und für die Grünen im Europaparlament.

HARLEM DÉSIR

Entweder ein laizistisches Europa oder gar keins!

Der europäische Rassismus stellt die Frage nach Europas Zukunft, sagte Harlem Désir, Generalsekretär von „SOS-Racisme" in Frankreich, auf einer Veranstaltung der Frankfurter Gruppe SOS-Rassismus am 21.3.92 in der Fachhochschule in Frankfurt. Im folgenden bringen wir Auszüge aus seiner dort gehaltenen Rede.

Die 80er Jahre sind gekennzeichnet durch die Wiederkehr von Rassenhaß und Fremdenfeindlichkeit auf dem alten Kontinent. Und hierbei handelt es sich nicht nur um Haß und Gewaltdemonstration kleiner neonazistischer Gruppen, Skin-Heads und Revisionisten. (...)

Warum jetzt? Warum besonders ausgeprägt in einigen Ländern?

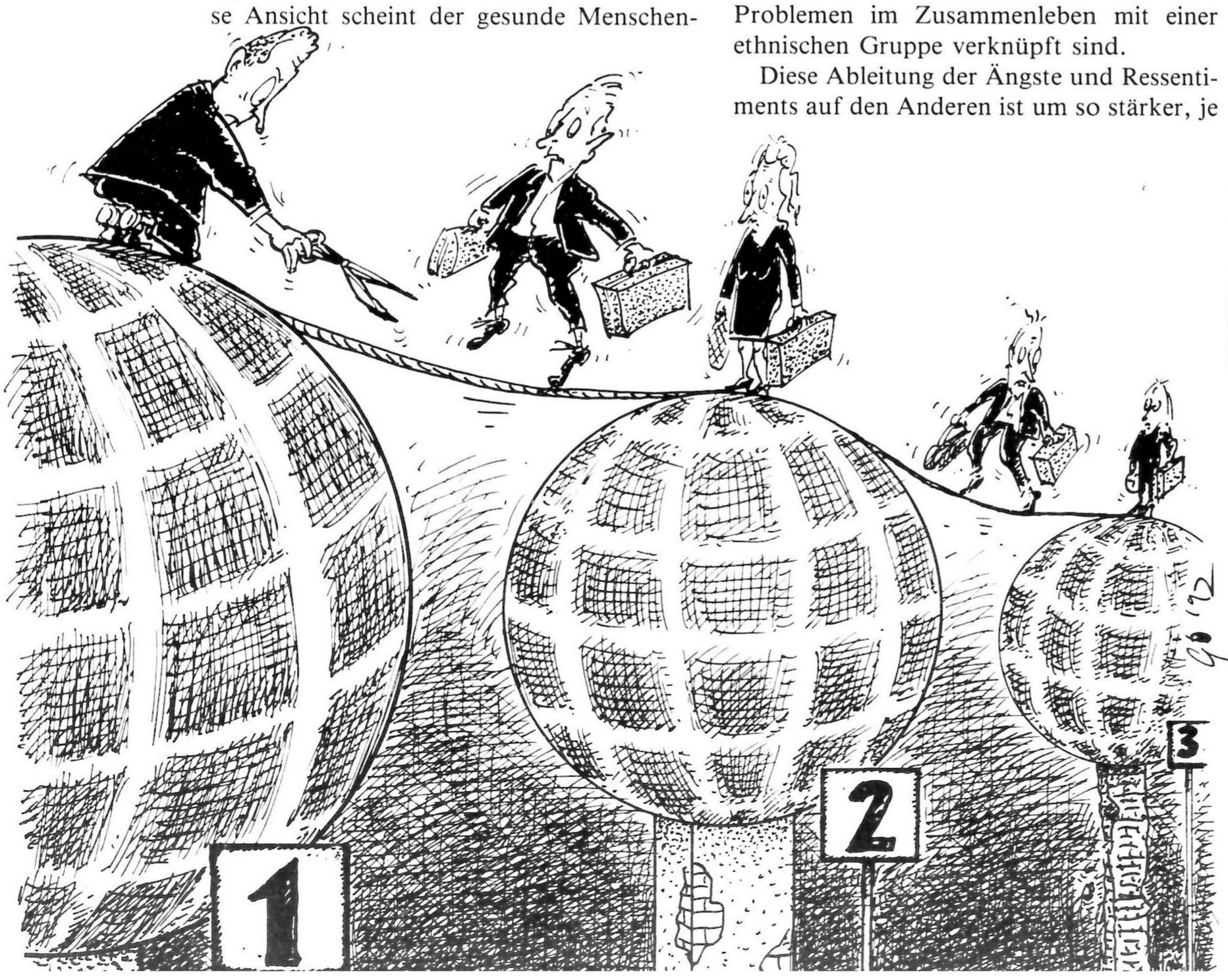
Das ist eine entscheidende Frage, denn das am häufigsten gebrauchte Argument ist die zu große Zahl von Einwanderern in den letzten zehn Jahren, ein Argument, das in ganz Westeuropa gebraucht wird und das weit über die extreme politische Rechte hinaus beachtet wird: „Die Toleranzschwelle ist überschritten, das Boot ist voll." Dieses Argument ist zu bezweifeln. Es hat die Überzeugungskraft des Augenscheins für sich: die Zurückweisung des anderen ist verknüpft mit seiner Anwesenheit. Es zieht Vorteil aus den realen Problemen des Zusammenlebens in einigen Wohnvierteln. Und es macht das Opfer selbst verantwortlich für sein Unglück und entläßt gleichzeitig den Rassisten aus seiner Schuld. Für diese Ansicht scheint der gesunde Menschenverstand zu sprechen — aber sie orientiert sich nicht an der Wirklichkeit.

Einmal, weil schon in den sechziger Jahren in Frankreich eine — noch größere — Flut von Einwanderern zu beobachten war.

Zum anderen, weil kein Zusammenhang besteht zwischen dem Wiedererstarken des Rassismus oder der Fremdenfeindlichkeit und der quantitativen Bedeutung der zurückgewiesenen Gruppe. Da gibt es in Polen den Antisemitismus ohne Juden. Da gibt es in der ehemaligen DDR einen heftigeren Rassismus als in der alten Bundesrepublik — und dies bei einer wesentlich geringeren Anzahl von Ausländern. Da gilt es außerdem für Frankreich festzustellen, daß die Nationale Front bei Wahlen gerade in gewissen ländlichen Regionen über dem Landesdurchschnitt liegt, in denen praktisch keine Fremden leben, beziehungsweise unter dem Landesdurchschnitt gerade dort, wo viele Ausländer wohnen. (...)

Dieser aufflammende Rassismus beruht auf der Ableitung von Angstgefühlen und Frustrationen, von Ängsten, die zunächst nicht mit der Anwesenheit und eventuellen Problemen im Zusammenleben mit einer ethnischen Gruppe verknüpft sind.

Diese Ableitung der Ängste und Ressentiments auf den Anderen ist um so stärker, je



Harald Goldhahn

weniger eine Gesellschaft in der Lage ist, die eigenen Probleme zu lösen, je mehr sie sich schutzlos einer unsicheren Zukunft ausgesetzt fühlt.

Deshalb erscheinen diese Phänomene sozialer Wandlung und Umwälzung. Sie entsprechen Perioden einer politischen und ideologischen Krise, in denen traditonelle Parteien immer mehr Schwierigkeiten haben, Antworten auf die aktuellen Fragen im allgemeinen Interesse zu finden, die sich beschleunigende Entwicklung zu beherrschen. Nicht die Tatsache der Arbeitslosigkeit für sich wirkt, sondern die Ratlosigkeit der Politiker aller Parteien, hierfür eine Lösung zu finden. Es entwickelt sich ein Gefühl von Staatsohnmacht, von Unsicherheit, von Gleichgültigkeit der Eliten gegenüber den Leiden der Bedürftigsten. In dieser Situation bedienen sich die Führer politischer Parteien, die wie die anderen keine Antworten haben, der vorliegenden Vorurteile gegenüber den Fremden oder den Juden. Dies ist die Rolle des Sündenbocks, nämlich auf der einen Seite erklärender Faktor für die Probleme zu sein (wenn es nicht funktioniert, so ist es der Fehler der anderen) und auf der anderen Seite (quasi als Blitzableiter zu dienen, um die Aggressivität abzuleiten) Auffangbehälter für die abzuleitende Aggressivität zu sein.

Und die Politik stimmt dieser irrationalen Zwangsvorstellung zu. Ich glaube, bei dieser Wiederauferstehung des Rassismus und Antisemitismus muß man die Angst vor der Zukunft stärker beachten, die Angst einer Welt, in der die traditionellen Anhaltspunkte verloren gehen, in der die überbrachten Systeme der Solidarität geschwächt sind, in der die Arbeiterbewegung oder das Nationalbewußtsein relativiert wird durch übergreifende Gebilde, in der kein Projekt, kein großer Gedanke, kein Traum die verlorenen Vorstellungen von einer besseren Welt ersetzt. Woher stammt dieser Versuch sich auf das, was übrig bleibt, auf einige — selbst bedrohte — Werte gleichsam als Refugium, zu beschränken, die aber einfach genug sind, um Sicherheit vorzugaukeln?

Für mich gilt, eine erste Lektion aus der Entwicklung auf der euopäischen Ebene zu lernen: Europa kann sich nicht aufbauen, wenn es sich auf ein ökonomisches und technokratisches System beschränkt, ohne große Gefahren einzugehen.

Maastricht eröffnet Wege

Dieses Europa, das Europa des großen Marktes, des freien Verkehrs von Kapital und Waren, ist vielleicht unvermeidlich, vielleicht sogar wünschenswert, aber es bringt nicht aus sich heraus mehr Demokratie und mehr Solidarität. Es ruft im Gegenteil neue Unruhe über sozialen Ausschluß hervor, Angst vor einer zweigleisigen Gesellschaft. Es provoziert eine Identitätskrise und die Angst vor dem Auflösen der nationalen Identität.

Die Verträge von Maastricht eröffnen den Weg auf ein anderes Europa, ein staatsbürgerliches und politisches. Um so besser.

Ich glaube, es ist dringend notwendig, an die Spitze der Forderung nach dem Aufbau eines demokratischen und sozialen Europas die Frage des Ausgeschlossenen, des Armen, der Minderheit und des Einwanderers zu stellen.

Was die letzteren anbetrifft, so würde ein Europa, in dem 13 Millionen Einwanderer keine gleichwertigen Mitglieder wären und am Rande der sozialen Rechte sowie in Ghettos zu leben gezwungen wären, ihrer Bewegungsfreiheit beraubt, der politischen Rechte entmündigt und ständig als die Verantwortlichen allen Übels bezeichnet und stigmatisiert, ein solches Europa wäre nur dem Namen nach ein demokratisches Europa. (...)

Man benötigt im Gegenteil eine Pädagogik der Realität, eine Sprache der Wahrheit, eine konkrete Annäherung mit Blick auf die Zukunft.

Wahrheit Nr. 1: Die Einwanderung ist unvermeidlich, in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, der USA, Kanada... Wenn man sich die Welt von heute ansieht, so kann man nur dann ein Nicht-Einwanderungsland sein, wenn man ein Entwicklungsland ist.

Wahrheit Nr. 2: Die Einwanderung ist für die Nord-Länder ein wünschenswerter Vorgang. Besonders, was die ökonomische und demographische Entwicklung angeht, von dem kulturellen Beitrag einmal ganz abgesehen.

Wahrheit Nr. 3: Natürlich muß diese Einwanderung gesteuert werden und die Ausbeutung der heimlichen Einwanderer muß gestoppt werden. Sonst sind die Einwanderer die Sklaven des Jahres 2000. Einerseits müssen wir demnach eine legale Einwanderung organisieren und andererseits den Einwanderungsdruck senken, was uns zum Handeln auf zwei Ebenen zwingt:

Die reichen Länder müssen im Rahmen der G7 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD die Wirtschaftspolitik neu definieren, die Geldpolitik und wichtige Materien, welche die Nord-Süd-Beziehungen bedingen. Schulden müssen annulliert werden sowie zwei oder drei Prozent des Bruttosozialprodukts müssen für diese Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Innerhalb eines jeden Wirtschaftsbereichs müssen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die öffentliche Hand gemeinsam den Bedarf an ausländischen Mitarbeitern bestimmen und die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse ausstellen.

Parallel hierzu müssen all die Arbeitgeber bestraft werden, die illegale Arbeitnehmer beschäftigen und ausbeuten. Dies ist sozusagen der Kern des Wanderungsproblems. Dies führt mich zu einer anderen Aspekt. Es ist Aufgabe der Demokratie mit Hilfe von Gesetzen die Integrität, die Würde und die Gleichheit aller Individuen, gleich welchen Ursprungs zu sichern.

Im Augenblick sind die antirassistischen legislativen Maßnahmen unterschiedlich in allen Ländern. Die Fortschrittlichsten sind die aus Groß-Britannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Die Enquete-Kommission des Europäischen Parlaments hat bedeutende Empfehlungen formuliert. Sie dürfen keine frommen Wünsche bleiben.

Der Antirassismus bedarf vielfältiger Antworten

Aber die Erfahrung zeigt uns, daß diese Gesetze, wenn sie unausweichlich sind, kein Allheilmittel darstellen. Zuviel hängt von deren Anwendung ab und wir alle wissen, daß der Rassismus nicht nur unter dem Druck der Bestrafung weichen wird. So viele verschiedene Bedingungen beeinflussen diese moralische Krise, für die die rassistische Wiederauferstehung nur ein Symptom darstellt und mir scheint, der antirassistische Kampf muß von allen Seiten geführt werden, die vielfältigsten Antworten müssen gefunden werden.

In der Tat, Europa sieht sich heute drei großen Fragen gegenüber:

- Hat Europa nichts anderes vor, als die zweite Supermacht des Planeten zu werden?
- Ist die Einheit Europas nur denkbar als Gegensatz zu den Nicht-Europäern? Ist Europa nicht in der Lage, einen anderen kulturellen Klebstoff zu finden als einen äußeren oder inneren Feind?
- Kann man ein reicher, entwickelter Kontinent sein und eine andere Beziehung zur restlichen Welt haben als die einer zynischen Supermacht? (...)

Um diese Herausforderungen zu bestehen, muß Europa seine Trümpfe ausspielen, deren Fallen vermeiden und neue Perspektiven eröffnen. Ich möchte deren drei nennen:

Die *erste* Perspektive besteht natürlich darin, die Wirtschaft des Marktes, die industrielle Dynamik und die Freiheit einerseits mit den sozialen Rechten andererseits in Übereinstimmung zu bringen. Das heißt also: Freiheit und soziale Gerechtigkeit (die beiden wichtigsten Ansprüche überall auf unserem Planeten). Hier sind die Parameter der Gleichung zu suchen, für die alle Völker gegen Ende dieser Jahrhunderts eine Lösung zu finden suchen. Aufgrund seiner Geschichte, seiner Kultur, seiner Sozialtradition und seiner wirtschaftlichen Macht ist Europa in der besten Position, um eine Antwort zu finden. (Unendlich besser auf jeden Fall als die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Wirtschaftsmächte des asiatischen Raums.) (...)

Eine Integrationspolitik umfaßt daher den Kampf gegen jede Form rassistischer Diskriminierung sowie für soziale Gleichstellung für alle diejenigen Europäer, welche unter den gleichen Ausschlüssen leiden. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der Ausbildung, dem Zugang zum Wissen, der Be-

schäftigung und der städtischen Rassentrennung.

Die *zweite* Perspektive besteht darin, eine europäische Komponente in die Nord-Süd-Beziehungen einzufügen: nur Europa ist in der Lage, den Ländern der Dritten Welt einen dritten Weg aufzuzeigen, der sie aus dem Schraubstock der beiden Alternativen Internationaler Währungsfonds und totalitärem Abenteurertum (sei es nun islamischer Fundamentalismus, Nationalismus oder gar übertriebene Stammesdünkel) herausführt. Eine neue Politik der Zusammenarbeit muß begonnen werden, gegründet auf der Zusammenarbeit zwischen allen Demokraten auf der Erde, selbst wenn hierbei einige einträgliche Verträge, einige Märkte für Waffen verloren gehen sollten.

Ohne Demokratie wird es keine Entwicklung geben, keine Stabilität, keine gemeinsame Sicherheit. Und Europa könnte keine Insel des Wohlstands und des Friedens bleiben, wenn es der Dritten Welt nicht gelingt, ihr Elend zu überwinden. Solange der kürzeste und einfachste Weg in eine moderne Zukunft für Millionen von Menschen darin besteht, nach dem Norden zu gehen, wird sich eine massive Einwanderung entwickeln.

Die *dritte* Perspektive berührt die europäische Identität konfrontiert mit der Verschiedenheit. Wie kann der Kontinent seinen Kosmopolitismus erhalten, ohne in eine Balkanisierung zu versinken? Wie kann man den Ausdruck der Verschiedenheit befriedigen, ohne in abgeschiedene Entwicklungen oder innergemeinschaftliche Gegensätze zu verfallen? Wie kann man der vereinfachenden Alternative entrinnen: Assimilation oder Ghettoisierung?

Europäische Identität muß neu gedacht werden, muß gedacht werden als evolutionärer Vorgang, als Bewegung für Integration und Verschiedenheit. Der Philosoph Edgar Morin sagte: *„Die europäische Kultursuppe besteht darin, daß sie immer ein Konzept geblieben ist."*

Es ist die Annäherung, die uns helfen kann, die Unterschiedlichkeit Europas nicht nur als etwas Trennendes zu empfinden, sondern als fortgesetzte Rassenvermischung. Integration bedeutet nicht Assimilierung. Assimilierung bedeutet, der Andere sei wie ich selbst. Integration bedeutet, *der Andere solle wie ich selbst behandelt werden.* Integration setzt den Respekt vor dem Anderen in seiner Verschiedenheit voraus. Aber er darf in seiner Verschiedenheit nicht eingeschlossen oder auf nur sie allein zurückgeführt werden. Die Verschiedenheit erwartet das Aufteilen der gemeinsamen Werte. Religiöse Neutralität des Staates und Staatsbürgertum garantieren dies. Malraux erklärte, das 21. Jahrhundert wird ein geistiges sein oder nicht.

Ohne Zweifel. Aber sicherlich wird Europa laizistisch oder nicht existieren. Dieses Ziel ist nur erreichbar über die Entwicklung des Staatsbürgertums, d.h. der Zuerkennung aller Rechte an jedes Individuum unabhängig von seinem Ursprung oder seinem Glauben. Ein Anfang könnte darin bestehen, die Behandlung von mehr als 13 Millionen Einwanderern als Bürger zweiter Klasse zurückzuweisen. Deshalb sind wir gebunden an das Recht des Bodens (Jus soli) und an das Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen. (...) ■

HELGA HAAS-RIETSCHEL

„Wir müssen Gleichberechtigung schaffen"

Interview mit Rosi Wolf-Almanasreh

Wenn über die multikulturelle Gesellschaft diskutiert wird, fällt heutzutage oft das Schlagwort der „kulturellen Differenz". Helga Haas-Rietschel führte dazu ein Gespräch mit Rosi Wolf-Almanasreh, Leiterin des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main.

Frau Wolf-Almanasreh, zur Diskussion um die „multikulturelle Gesellschaft" gehört heute auch die Debatte um die Toleranz der „kulturellen Differenz", inwieweit können und dürfen in diesem Rahmen kollektive Ansprüche von Minderheiten organisiert und durchgesetzt werden, also Ansprüche kultureller, religiöser, geschlechtlicher, ethnischer Art?

Rosi Wolf-Almanasreh: Zum Stichwort „multikulturelle Gesellschaft" möchte ich gerne noch voran schicken, daß es hier soviel Voten gibt wie Personen. Ich kann also nur sagen, was ich mir darunter vorstelle , und was in etwa auch die Politik dieses Amtes ist, das ich hier vertrete. Für uns beschreibt multikulturelle Gesellschaft nicht in erster Linie den kulturellen Pluralismus, die Vielfalt, die sich viele darunter vorstellen, sondern die Gleichberechtigung aller Mitglieder dieser Gesellschaft und die gleiche Partizipationsmöglichkeiten aller. D.h. ich bin überzeugt davon, daß wir die ganze Frage der unterschiedlichen kulturellen Werthaltungen nicht zu diskutieren brauchen, wenn wir nicht zunächst die Rechtsgleichheit aller Bürger auf dem Territorium der BRD herstellen. Und das bedeutet, wenn ich dabei kurz bleiben darf, daß wir uns um die Frage der Zuwanderung und der Integration neue Gedanken machen müssen. Ein Punkt ist z.B., daß wir schnellstens das Staatsangehörigkeitsrecht ändern müssen, weil wir bei einer erleichterten Einbürgerung unter Beibehaltung der doppelten Staatsangehörigkeit eine formale Rechtsgleichheit für viele Zugewanderte herstellen könnten. Damit wären Fragen wie kommunales Wahlrecht u.a. für einen größeren Bevölkerungsanteil leicht lösbar. Auch die Partizipationsmöglichkeiten der zweiten Generation, was Berufsausbildung anbelangt, wäre leichter zu organisieren, man könnte „ausländische" Polizeibeamte ausbilden und einstellen zum Beispiel, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit hätten usw.

Der andere wichtige Punkt als Grundlage einer solchen Rechtsgleichheit, ist m.E. in der Verfassung die Definition „Volk" zu überdenken. Ich bin hier eine Anhängerin des Liberalismus-Modells, unter Volk verstehe ich alle diejenigen, die auf einem Territorium zusammenleben und arbeiten über einen längeren Zeitraum hinaus natürlich, und nicht diejenigen, die deutscher Abstammung und „deutschen Blutes" sind. Man müßte weiter sehen, daß diskriminierende

Verfassungsartikel, es gibt Deutschenrechte und es gibt Jedermannsrechte, an die Menschenrechtssituation angepaßt werden. Jetzt gerade ist ja die Verfassungsdiskussion im Gange.

Was die kulturelle Differenz betrifft, so würde ich sagen, daß wir hier in Mitteleuropa leben, wir haben die Aufklärung und die Französische Revolution erlebt und wir haben die Menschenrechte — und die sind für mich doch eine ganz gute Grundlage, die gewährleistet, daß Menschen einigermaßen zivilisiert miteinander umgehen. Ohne ethnozentrisch zu sein, betrachte ich dieses Modell als brauchbar, um miteinander auszukommen.

Wir sollten jetzt doch auf einige problematische Punkte der kulturellen Differenz eingehen. Ich nenne mal ein paar Stichworte: zum Beispiel Einführung des islamischen Religionsunterrichts, oder: das Tragen des Kopftuchs oder Einsperrung und Verheiratung muslimischer Mädchen.

Wolf-Almanasreh: Ich fange mal bei der Verheiratung muslimischer Mädchen an. Die Frage ist ja die: inwieweit könnte unser Rechtssystem erlauben, und das ist eine Forderung, die nicht sehr breit, aber doch von einigen religiösen Gruppen erhoben wird, daß islamisches Familienrecht — oder besser gesagt, bestimmte Sitten und Bräuche, die anderswo üblich sind hier zur Regel werden können? Ein Beispiel: daß marokkanische oder türkische Eltern die Erlaubnis erhalten, ihre Tochter mit 14 Jahren mit einem von ihnen ausgewählten Ehemann, evtl. gegen den Willen der Tochter zu verheiraten. Ich persönlich bin gegen solche Sitten. Hier in Deutschland können die Eltern dies eh nicht durchsetzen, sie könnten es aber in manchen Fällen indirekt tun, wenn sie es in den Ferien in ihrem Heimatland machen. Darauf haben wir natürlich keinen Einfluß. Wenn aber eine junge Frau zu einer deutschen Behörde kommt oder zum Frauenhaus oder zu unserem Amt und um Hilfe bittet, weil sie gegen ihren Willen verheiratet werden soll, dann bin ich der Auffassung, daß wir verpflichtet sind, in einen Dialog mit Eltern und Tochter einzutreten und ggfs. auch der jungen Frau zu helfen.

Wie sehen denn solche Interventionsmöglichkeiten Ihres Amtes konkret aus?

Wolf-Almanasreh: Häufig ahnen die Eltern nichts von der Dramatik, die sich in ihren Töchtern bei einer bevorstehenden Verheiratung abspielt, die jungen Frauen sagen oft auch nichts zuhause, sie sagen es eher Schulfreundinnen und vielleicht der Lehrerin. Und was wir in so einem Fall tun können, ist, daß wir zunächst mit der jungen Frau reden, um selbst einen Eindruck zu bekommen, ob sie mit ihren Eltern bereits gesprochen hat, ob sie überhaupt zu Hause ein einziges Mal gesagt hat, ich möchte gar nicht heiraten. Dann versuchen wir mit ihr einen Weg zu finden, wie mit den Eltern gesprochen werden kann, wo die wenigsten Verletzungen stattfinden. Und nach unseren Erfahrungen können wir so die meisten Fälle auch lösen. Es gibt ganz wenige Fälle, wo ein Gespräch mit den Eltern nicht möglich ist oder das Gespräch total schiefläuft. Man kann die Eltern dann nicht überzeugen, weil sie schon Vorbereitungen für die Braut getroffen haben, Ringe und Geschenke besorgt haben. Eine solche Situation kann dann sehr dramatisch sein. Hier muß aber den Eltern sehr deutlich gemacht werden, durch die Behörde, also das Jugendamt — und wir sind dann Vermittler —, daß die Tochter die Verheiratung nicht will. In diesem Fall kann sie den Schutz der Behörde auch in Anspruch nehmen. Sie wird in der Regel dann ausziehen müssen. Bei über 18-Jährigen können wir hier Unterstützung bieten. Bei Minderjährigen muß das Jugendamt tätig werden. Allerdings machen wir auch die Erfahrung, daß sich die Bürokratien unserer Ämter im Umgang mit solchen interkulturellen Problemen sehr schwer tun.

Ich will noch zwei andere Konfliktbereiche in diesem Zusammenhang ansprechen. Der eine ist die Einsperrung von Mädchen durch die Eltern, meistens aus Angst vor sexuellen Kontakten ihrer Töchtern und der andere ist das Tragen des Kopftuchs bei muslimischen Frauen und Mädchen. Das Kopftuch ist ja auch ein Diskriminierungsgrund und die Frage, ob das Kopftuchtragen nicht auch ein Symbol der totalen kulturellen Abschottung ist, in die sich Frauen und Mädchen reinbegeben oder reinbegeben müssen. Mir fällt hierzu ein Satz der marokkanischen Frauenrechtlerin Fatima Mernissi ein, die sagte, sie habe nichts dagegen, wenn Frauen mit Kopftüchern in ihren Seminaren sitzen, aber es käme ihr auf die „ Entschleierung der Vernunft" an ?

Wolf-Almanasreh: Ich denke, es ist mit Fatimas Äußerung schon gesagt. Wenn jemand freiwillig sich ein Kopftuch anzieht, aus welchen Gründen auch immer, so muß dies auch möglich sein. Das ist das individuelle Recht zu sein, wie wir möchten. Aber in dem Augenblick, wo es kollektiv verlangt oder wo es mit Sanktionen belegt ist, wenn ich mich so oder so nicht verhalte, wird es gefährlich. Beispiel: die Forderung, eine muslimische Frau hat sich immer zu verhüllen. Oder wie wir in Frankfurt bei einer Demonstration von Muslimen erlebten, wo Deutsche am Straßenrand standen und mitdemonstrieren wollten und einige Muslime sagten, wenn Du hier mitdemonstrieren willst, mußt Du Dich entsprechend anziehen. Also das kann ich nicht mehr akzeptieren, hier sind für mich klar die Grenzen meiner Toleranz. Um auf Ihre Anfangsfrage zurückzukommen — kollektive Forderungen, die das Individuum reglementieren, sind nicht tolerabel. Hier in unserer Gesellschaft ist es nun mal so, daß jedes Individuum RechtsinhaberIn und VerfassungsträgerIn ist, und insofern muß auch eine junge Türkin in den Vorzug dieser Verfassung

Ein anderes kulturelles Problem, wo es Konflikte mit den Menschenrechten geben kann, ist nicht wie in Frankreich die Klitorisbeschneidung von Mädchen, sondern die Beschneidung der Jungen, wo es auch um einen körperlichen Eingriff geht. Hier hat sich die Öffentlichkeit bislang wenig darum kümmert. Anders als in Frankreich, wo die Klitorisbeschneidung bei afrikanischen Mädchen, doch wenigstens bei den Feministinnen Proteste auslöst?

Wolf-Almanasreh: Also es ist ja sowohl bei der jüdischen wie auch der muslimischen Religion üblich, Jungen zu beschneiden, und es ist bis heute auch nicht so stark problematisiert wie die Beschneidung von Frauen. Das hat sehr viel damit zu tun, daß die kommen, d.h., sie muß staatlichen Schutz abrufen können, wenn ihr Individualrecht mißbraucht wird. Zum Stichwort Kopftuch: Ich denke wir sollten uns hüten so eine Diskussion wie in Frankreich hier vom Zaun zu brechen. Dort ist generell verboten, mit einem Kopftuch in die Schule zu kommen. Hier bin ich der Auffassung, dies muß möglich sein. Aber wenn Kinder oder junge Frauen von ihren Eltern gezwungen werden, diese als diskriminierend empfundene Kleidung zu tragen, wird die Sache sehr problematisch.

Was kann man denn auf politischer Ebene oder was können Sie auch durch Ihr Amt tun, um diesen kulturellen und religiösen

Foto: Langrock/Zenit; aus: taz-Journal „Die Deutschen und ihre Fremden"

Dreimal deutsch

Zwängen, denen vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen mancher ethnischer Minderheiten ausgesetzt sind, entgegenzuwirken?

Wolf-Almanasreh: Was wir jetzt nicht tun sollten, das wäre quasi die Umkehrung, wir sollten uns hüten, kollektive Forderungen zu stellen. Denn die Mehrheit der hier Zugewanderten paßt sich an die hiesigen Lebensverhältnisse an, an die Mehrheit der hier lebenden Ausländer brauche ich sie also nicht zu richten. Die Mühsal, unter der wir hier stehen, ist die, daß wir uns um die Einzelfälle kümmern müssen. Also wenn ich mehrere solcher Fälle habe, wo kultureller Zwang auf Mädchen etwa in einer Schule ausgeübt wird, dann ist das sehr personal- und sehr kostenintensiv, es erfordert auch Qualität der Handelnden. In solchen Fällen muß durch unser Amt oder seitens der Schule mit den Eltern gesprochen werden. In dieser Lage dürfen die Eltern aber dennoch nicht unter Druck gestellt werden, denn diese sind ja der Überzeugung, daß sie richtig handeln. Es muß ihnen vielmehr verdeutlicht werden, was sie ihrem Kind antun, wenn sie es hier ausgrenzen. Häufig ist ihnen das gar nicht bewußt. Man muß mit ihnen über ihre Ängste reden, und es muß versucht werden, sie in den allgemeinen Entwicklungsstrom miteinzubeziehen. Da, wo wir dies versucht haben, wissen wir, daß es geht, es braucht nur seine Zeit und es sind viele Gespräche notwendig.

Ein anderes kulturelles Problem, wo es Konflikte mit den Menschenrechten geben kann, ist nicht wie in Frankreich die Klitorisbeschneidung von Mädchen, sondern die Beschneidung der Jungen, wo es auch um einen körperlichen Eingriff geht. Hier hat sich die Öffentlichkeit bislang wenig darum kümmert. Anders als in Frankreich, wo die Klitorisbeschneidung bei afrikanischen Mädchen doch wenigstens bei den Feministinnen Proteste auslöst?

Wolf-Alamanasreh: Also es ist ja sowohl bei der jüdischen wie auch der muslimischen Religion üblich, Jungen zu beschneiden, und es ist bis heute auch nicht so stark problematisiert wie die Beschneidung von Frauen. Das hat sehr viel damit zu tun, daß die Beschneidung von Jungen — ich sage das jetzt mal ganz vorsichtig — inzwischen relativ zivilisiert und auch unter hygienischen Bedingungen stattfindet, die einem nicht den Schauer über den Rücken jagen. Es wird jedenfalls häufig in Krankenhäusern oder von einem Arzt vorgenommen. Wohingegen es bei den Frauen unter z.T. barbarischen Bedingungen vollzogen wird in einigen afrikanischen Kulturen. Und die Begründungen, die Ideologien, die hinter den Beschneidungen von Jungen und Mädchen stecken, sind ganz andere. Bei den Frauen hat es die restriktive Begründung, ihnen die Lust zu nehmen oder die Frauen am Geschlechtsverkehr zu hindern, denken wir etwa an das Zunähen im Genitalbereich bei den Mädchen.

Ein strittiger Punkt ist weiterhin auch die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen?

Wolf-Almanasreh: Hier haben wir eine sehr klare Auffassung, zunächst einmal eine politische. Wir meinen, wenn es in den Schulen hier Religionsunterricht für Christen gibt, wir haben ja keine Säkularisierung wie in anderen Ländern, dann muß es auch möglich sein, daß es einen islamischen Religions-Unterricht an den Schulen gibt. Das Problem, das dabei auftaucht, ist vielfach. Wir haben hier die zwei großen Gruppen der Schiiten und der Sunniten und die sind unter sich auch nochmal in verschiedene Gemeinden unterteilt, so daß wir nicht für jede einzelne Glaubensrichtung eine/n ReligionslehrerIn zur Verfügung stellen können. Ein anderes technische Problem, ist die Frage der Konzentration in den Schulen, wie will man z.B. an einen kleinen Ort, wo vielleicht nur zwei türkische Kinder sind, also wie will man es organisieren, dorthin einen türkischen Lehrer zu bekommen. Das dritte Problem ist die Kontrolle der islamischen Religionslehrer. Die Frage, was erzählen sie den Kindern, welche Lehrmaterialien benutzen sie, ist wichtig. In Hessen wird jetzt auch über die Einführung des islamischen Religionsunterrichts diskutiert, in NRW ist er schon eingeführt und dort verbunden mit dem muttersprachlichen Unterricht. Eine andere Frage ist, inwieweit spielen die Herkunftsländer mit. Die türkische Regierung hat ein Amt für religiöse Angelegenheiten und möchte gerne die von ihnen zugelassenen Lehrer hier bei uns für den Koranunterricht empfehlen. Darüberhinaus wollen sie in der Türkei ausgebildete LehrerInnen für den muttersprachlichen Unterricht in den Schulen einsetzen. Das Land Hessen will aber lieber Lehrer, die hier ihre Prüfung gemacht haben oder von denen es zumindest weiß, was sie im Unterricht vortragen. Ich halte diesen Anspruch auch für berechtigt.

Die Angst, die hier herrscht, bei der Vorstellung, islamischen Religionsuntericht einzuführen, ist ja die Angst auch vor der Beeinflussung und Ausbreitung des Fundamentalismus?

Wolf-Almanasreh: Ich denke genau umgekehrt. Was im Moment passiert, ist nämlich viel schlimmer. Bleiben wir in Frankfurt. In Frankfurt gibt es etwa 16 muslimische Gemeinden und die haben alle Gebetsräume und geben auch ihren Kindern religiöse Unterweisung, also Islamunterricht. Stichwort: Koranschule. Aber was dort passiert, darauf hat der deutsche Staat überhaupt keinen Einfluß und wir wissen, daß in Köln und auch in Berlin — in Frankfurt ist es nicht so — fundamentalistische Unterweisungen stattgefunden haben, die die Kinder und Jugendlichen gegen die deutsche Gesellschaft aufhetzten. Ich persönlich meine deshalb, wenn wir Fundamentalismus verhindern wollen, müssen wir zuerst Gleichberechtigung schaffen. Wir müssen jeder Religion auch einen Freiraum geben, daß sie sich entfalten kann. Und wenn wir die Leher bestimmen und die Unterichtsmaterialien, haben wir die Sache auch im wesentlichen unter Kontrolle. Dann brauchen die Leute auch ihre Kinder nicht in den Kellerraum zur Koranschule zu schicken, weil die Schule dann dafür der offizielle Ort ist.

Wenn man auf das Problem der kulturellen Differenz noch einmal allgemeiner zurückkommt, bleibt trotzdem die Frage, inwieweit man kulturelle, religiöse und ethnische Abschottung tolerieren kann?

Wolf-Almanasreh: Ich behaupte jedenfalls, je mehr wir Dinge ausgrenzen und nicht zulassen, um so mehr werden sie sich entwicklen. Das wissen wir ja auch aus anderen Ländern. Je mehr wir also Dinge unterdrücken, um so explosionsartiger entfalten sie sich. Das gilt für ethnische Fragen, für nationale, für religiöse. Deswegen müssen wir den anderen Weg gehen. Wir müssen dafür sorgen, daß sich eine eigene, auch kollektive Identität entwickeln kann, die stabil ist. Und von dieser Position aus, kann sich ein Mensch auch anderen Werten und Kulturformen zuwenden. Für unsere Gesellschaft ist zukünftig wichtig, daß wir Ausgrenzungen abbauen. Wenn uns dies nicht gelingt, dann werden wir Probleme mit dem Fundamentalismus erhalten, die Auswirkungen davon zeigen sich im Ansatz jetzt

schon, insbesondere bei den Jugendlichen.

Was bedeutet dann, wenn wir die kulturelle Differenz ernstnehmen und sie nicht nur ein frommer Wunsch der in der Ausländerpolitik und -arbeit Tätigen bleibt, die multikulturelle Gesellschaft?

Wolf-Almanasreh: Eigentlich können die Zugewanderten, die hierher kommen, ihre kulturelle Eigenheiten gar nicht aufrechterhalten. Es wäre falsch, sich das vorzustellen. Was passiert hingegen, und was wir fördern können, ist, da sich etwas Neues entwickelt. D.h., beispielsweise die ausländische Frau, die von einem türkischen Dorf hierherkommt, wird nicht so bleiben wie sie ist. Wenn sie in die Stadt Frankfurt kommt, wird sie sich mehr oder weniger auf Kleider- und Eßgewohnheiten hier einstellen, das ist auch gut so, sonst ist sie nämlich schnell isoliert. Ich glaube also nicht, daß man so reine ethnische und kulturelle Formen beibehalten kann. Insofern machen wir uns etwas vor, wenn wir dies unter multikulturell verstehen. Multikulturell ist dagegen, wenn wir eine Entwicklung zulassen, die verschiedene Lebensformen bejaht, aber auf der Basis unserer Verfassung und der Menschenrechte. Der Multikulturalismus hört dort aber auch eben an dem Punkt auf, wo ich sage: keine Beschneidung! Oder wenn ein Mädchen kein Kopftuch tragen will, dann kein Kopftuch! Und hier ist auch die Grenze der Toleranz für mich.

Haftet der Rede von der kulturellen Differenz nicht auch etwas Banales an. Wir leben doch in ständiger Differenz zum anderen, müssen ständig Differenz aushalten. Wir haben die Geschlechterdifferenz, wir haben die sozialen und kulturellen Differenzen auch unter uns selber. Hat deshalb, so mein Verdacht, die Diskussion um die kulturelle Differenz nicht auch eine Alibifunktion, um uns nicht wirklich mit dem „Fremden" auseinandersetzen zu müssen?

Wolf-Almanasreh: Hier treffen Sie genau den Punkt. Es ist ja interessant, daß die kulturelle Differenz überhaupt kein Diskussionspunkt war, solange es allen relativ gut ging. In dem Moment, wo die sozialen und ökonomischen Probleme stärker wurden, wo Entsolidarisierungstendenzen sich in der Gesellschaft breit machten, wird plötzlich sehr stark über diese kulturelle Differenz argumentiert. Ich glaube, wenn man die Frage nach der kulturellen Differenz so hochhängt, steckt im Grunde etwas anderes dahinter. Etwa die Verunsicherung und die Zukunftsangst der Menschen, angesichts der enormen Risiken und Umwälzungen in unseren Gesellschaften während der letzten drei Jahre. Und diese Verunsicherung wird gegenwärtig personifiziert. D.h. auch, daß es bei unserer ganzen Diskussion um das Asylrecht, eigentlich nicht um das Asyl geht, sondern um eine Diskussion um die Zukunft unserer Gesellschaft. ■

Betr.: *links* Nr. 262

Sozialismus-Debatte

Ich greife gern den von Euch hingeworfenen Ball noch einmal auf, weil ich in der Sozialismus-Frage zu den Engagierten zähle. Allerdings muß ich mich fragen, in welcher Form das überhaupt möglich ist.

Die geringste Schwierigkeit sehe ich darin, einige der von Christoph Görg aufgelisteten Fragen (links Nr. 262, März '92) plausibel zu beantworten; größer ist schon die, darauf in gebotener Kürze einzugehen; am schwierigsten aber, daran geknüpfte Erwartungen einzulösen. Es gibt heute kein Tableau stimmig zueinander passender theoretischer, strategischer und politischer Bestimmungsmomente. Modische Theorien von Zivilgesellschaft, Kommunikation und Diskurs machen sich da etwas vor, als Selbststabilisierungsversuche gar nicht so unähnlich den verblichenen ML-Künsten.

Die konstitutive Unfähigkeit des Kapitalismus, in der Sprache der Apologie, also der Marktwirtschaft oder des Marktes, die Allokation der Ressourcen auf eine nicht destruktive Weise zu bewerkstelligen, hält den Sozialismus auf der Tagesordnung, solange überhaupt noch an Alternativen gedacht werden kann. Zu diesen Ressourcen gehört der organische und anorganische Naturstoff, vor allem aber die Arbeitskraft, die sich auf Grund ihrer psychischen und mentalen Konstitution zu wehren vermag. Die Perversion, die in der Reduktion zur Ressource kapitalistischer Verwertung liegt, bekommen am nachdrücklichsten diejenigen zu spüren, die nicht einmal mehr dazu gebraucht werden. Was die Alternative zum Markt wäre? Die Allokation der Ressourcen im Ergebnis demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, bündiger gesagt: der demokratische Sozialismus.

Ihr tätet recht daran, das Aussprechen so einfacher Wahrheiten als Banalität abzutun, liefe der fast totalitäre Konformismus heute nicht darauf hinaus, selbst elementarste Kenntnisse des ABC abzutöten.

- *„Komplexität moderner Gesellschaften": moderne Gesellschaft ist ein apologetisches Phrasenwort für Kapitalismus, der Komplexität nicht reduziert, sondern erhöht, solange es möglich ist, den grundlegenden Widerspruch zwischen Akkumulationsgewinnern und -verlierern institutionell abzufedern.*
- *Lernprozesse von gesellschaftlicher Relevanz sind nur dann möglich, wenn sie gegen den Stachel jeglicher Autorität löcken, auch gegen den vorgeblich unveränderbaren (kapitalistischen) Grundstrukturen.*
- *Die Unveränderbarkeit der Menschennatur, negative Anthropologie, gehört zum ältesten Versatzstück bürgerlicher Ideologie; der Aufstand der Erniedrigten gegen die Erniedrigung gilt danach als Flause, weil die Menschennatur von Natur aus niedrig, der Selbstbestimmung unfähig sein soll. In diesen Zusammenhang gehört das konservative Argument, wonach jede radikale Veränderung nur auf einen Austausch des Herrschaftspersonals, einen Wechsel der Herrschaftsordnung hinauslaufe. Vom ausgehenden achtzehnten Jahrhundert an bis an die Schwelle des zwanzigsten wurde dieses „Argument" gegen demokratische Republikaner bemüht wie heute gegen sozialistische Demokraten. Die Konstitutionsschwäche des bolschewistischen Ausbruchsversuchs hat ihre frühe und in der Substanz abschließende Kritik in Rosa Luxemburgs Schrift über „Die russische Revolution" gefunden.*
- *Problembewußtsein und Problemlösungskompetenzen repräsentieren in den industriekapitalistischen Metropolen ein Potential, das die bürgerliche Ideologie und Praxis, wonach Kopf und Hand nur gegen klingende Münze in Bewegung zu setzen seien, Lügen straft.*
- *Egalität und individuelle Differenzierung schließen einander nicht aus, sondern bedingen einander. Nur wenn keine und keiner mehr um das Ihre/Seine verkürzt würde, verschwände Pseudo-Individualisierung, die Stellvertretung durch Warenmarke und Konsum. Die unersättliche Gier des Haben-Müssens ist Reaktionsbildung auf die Fortdauer von Mangel, Existenzangst und Lebensnot. Die Abschaffung der gesellschaftlich bedingten Ungleichheit, Egalität, ist die Bedingung für die Entfaltung der natürlichen menschlichen Ungleichheiten nach Interessen, Begabungen, Empfänglichkeiten, Ausstrahlungsfähigkeit usw. Etwas anderes haben Sozialisten nie behauptet; die präziseste Formulierung findet sich bei Marx in den Randglossen, der „Kritik des Gothaer Programms".*
- *Die Behauptung, daß jeder, der von Sozialismus redet, sich die Jacke des Realsozialismus anziehen müssen, wird auch durch Wiederholung nicht wahrer. Getroffen wird dadurch gerade nicht die opportunistische Kumpanei mit der Macht, die vorgab, den Weltgeist in Pakt genommen zu haben.(...)*

KLAUS HERRMANN

Geschlossene Welt

Die Flucht der Roma aus Polen und der CSFR, vor allem aber aus Jugoslawien und Rumänien in die Bundesrepublik, hat die Dimension dessen brisant erweitert, was hierzulande doch relativ indifferent und begriffslos unter dem Stichwort ,,Asylproblematik'' subsumiert wird. Allein die Schlagzeilen der Tagespresse geben darüber beredt Zeugnis. Ein suchender Blick über die Neuerscheinungen des Buchmarktes enttäuscht. Angewiesen auf den Bereich der grauen Literatur und eher wissenschaftlichen Publikationen, offenbart sich den Interessierten der fundamentale Mangel an Versuchen, die Problematik einer modernen, nicht nur in nationalstaatlichen Kategorien verharrenden Asyltheorie zu skizzieren.

Otto Kirchheimer, der beileibe nicht zu den zeitgenössischen Asyltheoretikern gehört — und gerade mit Hilfe älterer Autoren kann man sich einer Problembeschreibung annähern —, hat in seinem 1961 erschienenen Werk ,,Politische Justiz'' u.a. formuliert: ,,Es ist keine Kunst, mannhaft jemanden zu beschützen, der seinen Feinden entronnen ist und das Glück (oder den weisen Einfall) gehabt hat, in einem seinen Überzeugungen und seiner politischen Haltung freundlich gesinnten Lande, Unterschlupf zu finden. Die wahre Bewährungsprobe stellt sich im Grenzfall ein: Wenn sich der Asylsuchende nicht nur unzählige Menschen in seiner Heimat zu Feinden gemacht hat, sondern auch noch zu Gedanken und Handlungen steht, die aus der Mode gekommen sind und allgemein mißbilligt und verworfen werden.''

Die Flucht der Verfolgten des Dritten Reiches fiel in eine Periode weltweiter Einwanderungsrestriktionen in Europa und Übersee. Angesichts der absoluten Rechtlosigkeit der Flüchtlinge gegenüber anderen Staaten, die sich auf grausamste Weise in der Rückschiebung großer Flüchtlingsgruppen in das Land der Vernichtungslager zeigte, ,,wurde das Wort von der ‚geschlossenen Welt' (closed world) zur bitteren Erfahrung der Zeit'' (2). Hannah Arendt bezeichnet vor dem Hintergrund dieser Erfahrung das Asylrecht als das einzige Menschenrecht überhaupt, als das Recht, Rechte zu haben.

Heute droht vielen der modernen Flüchtlinge eine ähnlich geschlossene Welt. Der Bezugspunkt, von dem eine bitter notwendige Aufnahmepolitik auszugehen hat, kann nicht ein künstlich heraussezierter Flüchtlingstypus sein. Die bundesdeutsche Rechtsprechung aber läßt zugunsten des angeblich ,,echten'' politischen Flüchtlings gerade die schlimmsten der aktuellen Verfolgungstatbestände außer Acht. Ich verweise nur auf das Beispiel der Tamilen, deren Verfolgung in der BRD nicht als politische anerkannt wird. Vielmehr muß von der realen Situation der Verfolgten, und deren Hauptmerkmal ist ihre absolute Rechtlosigkeit, ausgegangen werden. Dabei darf aber gerade nicht der subjektive Anspruch auf Asyl zur Disposition gestellt werden, wie dies Lafontaines Vorstoß impliziert. Dieser trägt bloß der aggressiven deutschen Variante der Wahrnehmung des Weltflüchtlingsproblems Rechnung: nach der mißglückten Welteroberung kommt nun die ganze Welt ,,zu uns''.

Das Flüchtlingsproblem ist mit den Roma als europäisches, aber vor allem als deutsches, zurückgekehrt; sie kommen als Verfolgte.

In Jugoslawien geraten sie, nachdem sie ohnehin durch gesellschaftliche und politische Repression an den Rand gedrängt und menschenrechtswidrigen Übergriffen ausgesetzt sind, in die aktuellen nationalen Auseinandersetzungen. Im Kosovo und in Mazedonien werden sie von den Serben gegen die Albaner funktionalisiert, gleichzeitig aber auch in deren Verfolgung mit eingeschlossen (3). In Rumänien haben die Verfolgungen mit dem Ende Ceausescus nicht aufgehört, allerorten Hetzkampagnen alter Art und neuer: dergestalt, daß ihre ehtnische Zugehörigkeit eine Affinität zur Securitate-Tätigkeit besäße, daß Ceausescu ein ,,Zigeuner'' gewesen wäre. Ein Dekret, früher eingesetzt zur willkürlichen Verfolgung politischer Dissidenten, wird heute nur gegen die offiziell ,,soziale Parasiten'' genannten Roma angewandt; im behördlichen und polizeilichen Apparat zeigen sich die gleichen Gesichter, die gleichen Methoden (4).

In der Bundesrepublik werden sie nach hiesiger Rechtsprechung kaum als politisch Verfolgte anerkannt. Als solche, die nach Kirchheimers Diktum teilweise zu Taten und Handlungen stehen, die allgemeiner Mißbilligung anheimfallen — besonders die, beileibe nicht von allen favorisierte, nomadische Lebens- und Wirtschaftsweise —, werden sie ein staatlich sanktioniertes Bleiberecht nicht zu erwarten haben. Der widersinnige Zwang zur Seßhaftigkeit als autoritäre Zielsetzung, die Vertreibung als ihre Praxis (5), scheinen sich als traditionelle europäische ,,Zigeunerpolitik'' durchzusetzen. Die Rechtlosigkeit der Roma und Sinti in allen europäischen Staaten ist die Voraussetzung.

BETTINA HÖFLING

(1) ***,,Asylrecht ist Menschenrecht.''***
Pro Asyl, herausgegeben zum Tag des Flüchtlings am 28.9.1990.
(2) Klaus-Henning Rosen (Hrsg.)
,,Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe''
Nomos 1988, 214 Seiten, DM 59,—
(3) ***,,Roma in Jugoslawien.''***
ZDWF-Schriftenreihe Nr. 37, April 1990, 69 Seiten, plus 48 Seiten Anhang, DM 15,—
(4) ***,,Osteuropa: Roma und Revolution''***
progrom Nr. 1544, Juli/August 1990, 64 S., Jahresabo DM 40,—
(5) Michael Zimmermann
,,Verfolgt, vertrieben, vernichtet''
Klartext 1989, 142 S., DM 24,80.
Auf das immer noch spannendste Buch zur Flüchtlingsproblematik sei nochmal verwiesen.
Abraham Ashkenasi
,,Das weltweite Flüchtlingsproblem''
edition CON '88, 360 S., DM 29,—

Wohin kann Antonio gehn?

Die szenische Lesung mit Texten von Antonio Gramsci geht von dessen Gefängnissituation aus und entwickelt in Rück- und Vorblick seine wichtigsten Lebens- und Erfahrungsbereiche:

- Sardinien: Herkunft, Unterentwicklung
- Turin: moderne Industrie, Rätebewegung, Kultur
- Moskau: Kommunistische Internationale; persönliche Liebesbeziehung, die zwei Söhne
- Rom: Parlament, Faschismus, Kontroverse mit Mussolini
- USA: Widersprüche und Perspektiven des modernen Industrialismus.

Als Texte liegen insbesondere die ,,Briefe aus dem Gefängnis'' und die ,,Gefängnishefte'' zugrunde. Zwischen die Stationen sind fiktive Dialoge zwischen Gramsci und seiner Schwägerin Tatjana Schucht eingebaut.

,,Wohin kann Antonio gehen?''
Szenische Lesung, herausgegeben von Werner Rügemer, 30 Seiten DIN A 4, 10,— DM
Verlag Demokratie, Dialektik & Ästhetik, Försterstraße 13, 5000 Köln 30.

NS-Verbrechen und revisionistische Geschichtsschreibung

Die ,,Anti-Defamation League'' in New York nennt drei Zielsetzungen des Revisionismus, der international arbeitet und über ein weit verzweigtes Informationsnetz verfügt:
1. neue Methoden zu finden, mit denen antisemitische Themen angesprochen werden können;
2. den Ruf des ,,Dritten Reiches'' und seiner Führer wiederherzustellen;
3. die Legitimität des Staates Israel durch die sog. ,,6-Millionen-Lüge'' in Frage zu stellen. Stimmen, die die Existenz der Gaskammern in Konzentrations- und Vernichtungslagern zum Zweck der massenhaften Tötung von Menschen bezweifeln, gibt es bereits seit Beginn der fünfziger Jahre.

Neu ist dagegen in der Bundesrepublik, daß revisionistische Propaganda mehr und mehr eine Bindegliedfunktion zwischen verschiedendsten rechtsextremen Parteien, Organisationen und Gruppierungen erfüllt. Infolge des Historikerstreits und der Vereinigung von BRD und DDR sind revisionistische Bestrebungen mittlerweile gar ,,in'' und weitverbreitet.

Die pseudowissenschaftlichen (z.B. Leuchter-Gutachten) Bestrebungen des Revisionismus mittels wissenschaftlicher Argumente zu widerlegen, ist Aufgabe der in Österreich erschienen Broschüre ,,Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und revisionistische Geschichtsschreibung''.

Auf ca. 140 Seiten, der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst herausgegebenen Broschüre, gehen acht Autorinnen und Autoren u.a. der ,,Leugnung der Massenmorde in Auschwitz'', ,,revisionistischer Manipulation der Zahl der Holocaustopfer'', ,,Leugnung der Echtheit des Tagebuches der Anne Frank'' und der Frage ,,Gab es einen schriftlichen Hitlerbefehl zur Judenvernichtung'' auf den Grund.

Dargestellt werden auch ,,Die österreichische Rechtslage und der Revisionismus'' sowie führende revisionistische Autoren (Offenlegung ihrer Pseudonyme) und deren Publikationen. Beeindruckend ist der jeweilige Fußnotenapparat, der interessierten LeserInnen einen noch gründlicheren Einstieg in die jeweiligen Fragestellungen so leicht ermöglicht. **ANTON MAEGERLE**

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Bundesministerium für Unterricht und Kunst:
,,Amoklauf gegen die Wirklichkeit. NS-Verbrechen und revisionistische Geschichtsschreibung. Mit einem Vorwort von Simon Wiesenthal.''

HANS-GERD JASCHKE

Protest gegen die Moderne

Europäische Nationalismen als Reaktion auf das Tempo gesellschaftlicher Umbrüche

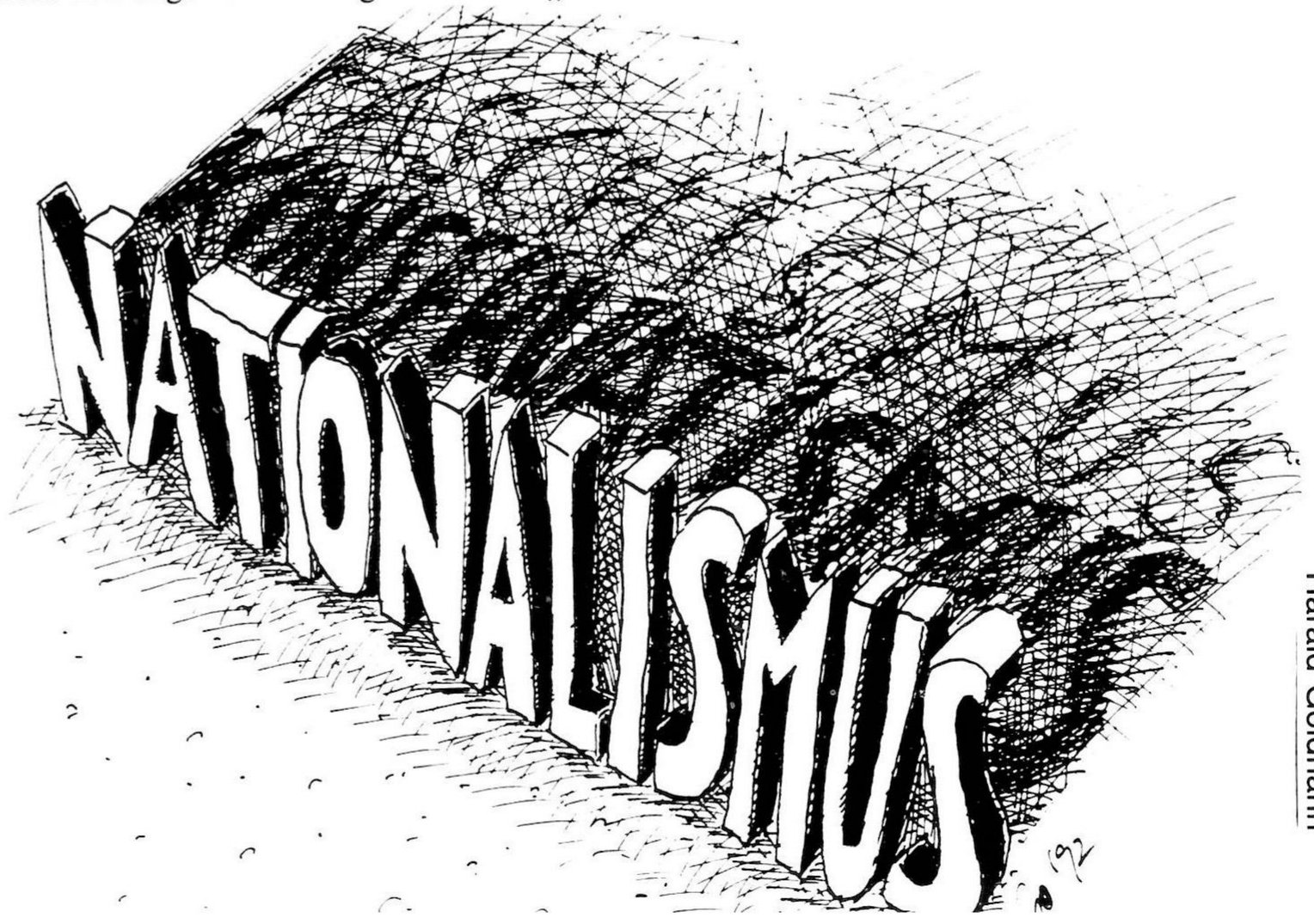
Der Zusammenbruch der osteuropäischen sozialistischen Diktaturen und ihr Bestreben nach wirtschaftlichem und politischem Anschluß an die westeuropäischen Zwei-Drittel-Wohlstandsgesellschaften eröffnet grundsätzliche Fragen der Re-Strukturierung der europäischen Integration. Dabei werden Konjunkturverläufe, die Entwicklung sozialer und regionaler Ungleichheit und das ökonomische Krisenmanagement die entscheidende Rolle spielen. Neben und unterhalb dieser zentralen „political issues" entwickeln sich desintegrative politische Strategien und Protestformen, die für den weiteren Verlauf des europäischen Integrationsprozesses von großer Bedeutung sein können.

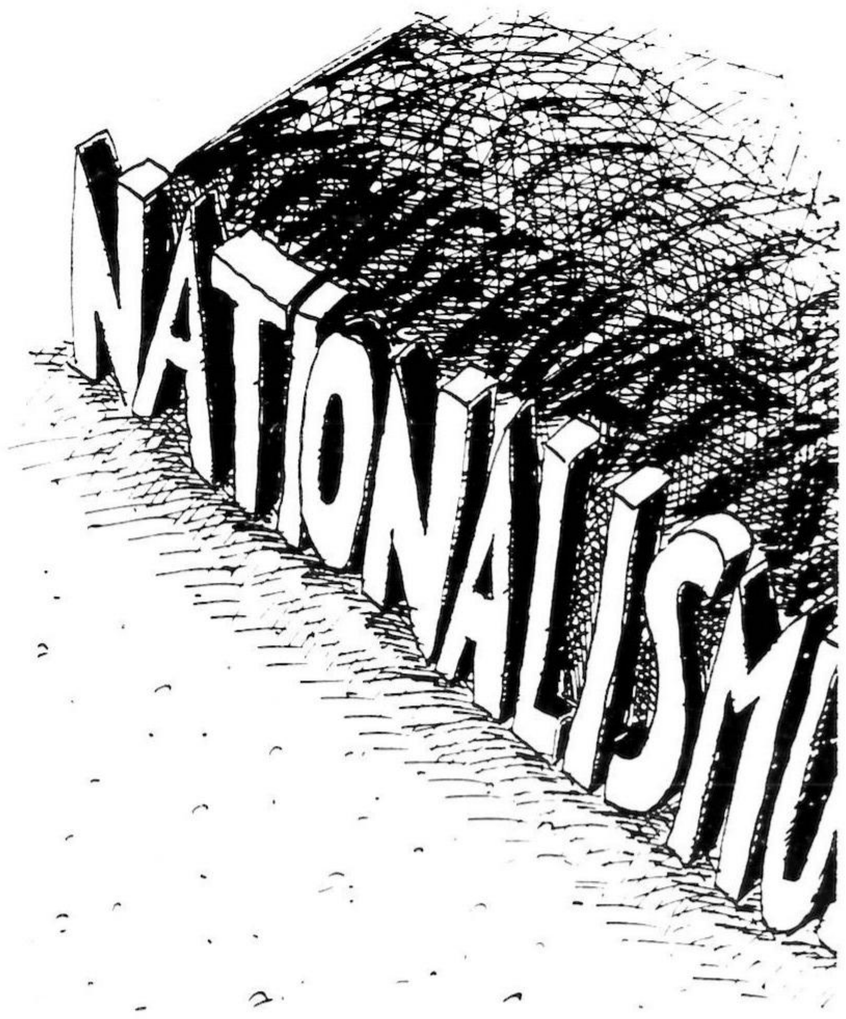
Das Wiedererwachen des nationalistischen und nationalstaatlichen Denkens stellt eine dieser problematischen Ebenen dar. Dabei zeigt sich diese Renaissance in sehr unterschiedlicher Art und Weise: Militante, fremdenfeindliche und rassistisch motivierte Aktionen gegen Ausländer und Asylbewerber in westeuropäischen Ländern scheinen zuzunehmen; in den osteuropäischen ehemals sozialistischen Ländern machen sich antisemitische und rassistische Einstellungen und Verhaltensweisen bemerkbar, die bisher staatlich unterdrückt wurden; in den angrenzenden kaukasischen und mittelasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken brechen ethnische und konfessionelle Konflikte auf; rechtspopulistische Parteien von Jörg Haiders FPÖ bis hin zu Le Pens Front National artikulieren den rechten Protest auf parlamentarischer Ebene und werden zu ernstzunehmenden politischen Einflußgrößen; und schließlich dient die Berufung auf nationale kulturelle, ethnische und historische Traditionen zur Wiedergründung von souveränen Nationalstaaten wie etwa im Baltikum oder im zerfallenden ehemaligen Jugoslawien.

Welche Antworten gibt es angesichts dieser Entwicklungen jenseits des politisch-ökonomischen Mainstreams, der zu einer raschen, institutionell abgesicherten EG-erweiterten Integration tendiert unter dem marktwirtschaftlichen Primat und unter Inkaufnahme hoher Staatsverschuldung? Die Spannbreite der intellektuellen Debatten reicht von allgemeinen Klagen über die „unübersichtliche Moderne" (Eickelpasch) über Warnungen vor dem wiedererwachenden Nationalismus, dem es mit einer neuen europäischen Identität zu begegnen gelte (Glotz) über das liberale Plädoyer für die „offene Republik" in weltbürgerlich-kosmopolitischer Absicht (Oberndörfer) bis hin zu antirassistisch-multikulturellen Visionen. Ein Blick auf die verschiedenen Nationalismen zeigt hingegen, daß es heute nicht mehr nur um die Richtung der Veränderungsprozesse geht, sondern wesentlich um das Tempo, mit dem sie vollzogen werden. Ich möchte daher die These vertreten, daß gerade die undemokratischen Formen des Nationalismus, also jene, die kollektive Identitäten durch rassistische, militante Ausgrenzung „der Anderen" herstellen wollen, ein Ergebnis zu rascher Modernisierung sind und daß es heute darum gehen muß, das Tempo der weitreichenden Umbrüche demokratisch zu kontrollieren.

Wohlstandschauvinismus gewöhnlicher Rassismus und Antisemitismus

In allen Mitgliedsstaaten der EG finden wir einen seit Jahrzehnten verfestigten Bodensatz an manifest rassistischen und rechtsextremen Meinungen und Überzeugungen. Die sächsische Kleinstadt Hoyerswerda war nicht nur im Herbst 1991 Ort viel beachteter





spektakulärer, von Teilen der Bevölkerung geduldeter Anschläge auf Ausländer und Asylbewerber, der Name dieser Stadt steht seitdem symbolisch für die anwachsende Militanz gegen Fremde. Nach Angaben des Bundesinnenministers hat sich im Jahr 1991 die Zahl der von Rechtsextremisten gegen Ausländer verübten Straftaten mit 2368 registrierten Vorfällen gegenüber dem Vorjahr bundesweit verzehnfacht. Dieser Trend ist nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. Selbst in der Schweiz, einem Land mit hohem Wohlstandsniveau, gibt es ein Wiedererwachen rassistischer Protestpotentiale. Die Regierung dort plant die Einführung eines speziellen Paragraphen gegen Rassendiskriminierung im Strafgesetzbuch, nachdem, den Worten eines Regierungssprechers zufolge, Bevölkerung und Politiker „zutiefst beunruhigt" seien „durch das Aufleben von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Schweiz, wie sie sich seit etwa fünf Jahren vor allem in Gewalttätigkeiten gegenüber Asylsuchenden äußerten".

Die Erfolge von Le Pens Front National in und um Paris und in Marseille, des Vlaams Blok in Antwerpen, der „Republikaner" in Berlin und anderen Großstädten, der DVU in den Hochhausbezirken Bremerhavens und Jörg Haiders FPÖ in Wien verweisen im europäischen Kontext auf *großstädtische Lebenszusammenhänge als Schubkräfte des Rechtsradikalismus und der militanten Fremdenfeindlichkeit*. In Schweden kam es im Februar 1992 zu Massenstreiks und öffentlichen Demonstrationen nach einer Attentatswelle in Stockholm, deren Opfer willkürlich ausgewählte dunkelhäutige Einwanderer waren. Nicht nur bei Gewalttätigkeiten und Wahlen, sondern auch im Vorfeld jugendlich-militanter Skinheads und Neonazis spielen urbane Verfallserscheinungen offenbar eine wichtige Rolle. Nachdem in Österreich eine Wehrsportgruppe festgenommen wurde, schrieb kürzlich „Die Zeit": „Fast alle festgenommenen Aktivisten stammen aus ghettoartigen Stadtrandsiedlungen, Jugendliche ohne Raum, Perspektive und meist auch ohne Stellen". Deutlicher noch, weil politisch-parlamentarisch relevanter, zeigt sich der urbane Verfallsprozeß in Frankreich. „In den vergangenen Jahren", notiert „Die Zeit" nur wenige Tage später, „gewann Le Pen vor allem Anhänger unter den Plebejern und Proletariern der Vorstädte, unter Enttäuschten von der linken Politik und Erbosten über die Nachbarschaft zu den Einwanderergheттos. So gesellt sich die Wut zur Angst, der politische Protest zum sozialen — und so wurde aus der sozialen Frage eine nationale, auf die dieser Demagoge in letzter Instanz nur die eine Antwort gibt: Die Ausländer müssen raus aus Frankreich".

Betrachtet man die Programme der Parteien rechtsaußen, so kann man sie nicht als simplen Wiederaufguß nationalsozialistischer Parolen sehen, sondern als antimodernistisch-reaktionären Versuch, verlorengegangene soziale Homogenitäten der Gesellschaft wieder herzustellen. Sie reklamieren „Gemeinschaft" gegen „Gesellschaft" (Tönnies), überschaubare soziale Kollektive gegen anonym-undurchschaubare, individualistische Strukturen der modernen Industriegesellschaft. Dabei beobachten wir eine populistische Strategie, allen voran Le Pens Front National und Haiders FPÖ, aber auch die norwegische Fortschrittspartei und die Schweizer Autopartei zählen dazu. Sie alle haben das Thema Immigration und Asylbewerber zum Kern einer durchaus erfolgreichen populistischen „Ausländer-Raus"-Bewegung machen können. In Marseille, wo der Front National von etwa 30 Prozent der Wähler favorisiert wird, zeichnet sich bereits ab, daß radikaler Fremdenhaß sich auch auf der parlamentarischen Bühne Gehör verschafft. Unterhalb dieses Populismus sorgen militante jugendlich-subkulturelle Gruppen im Umfeld der Skinheads für öffentliche Aufmerksamkeit und spektakuläre Aktionen. Oberhalb, im Adressatenbereich der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten, betreibt das Wiedererwachen von Konzepten der konservativen Revolution europaweit das Geschäft eines geistigen Angriffs auf die Fundamente der Menschenrechte und des liberalen Verfassungsdenkens.

Regionaler Nationalismus in Westeuropa

Die Zahl der europäischen Nationalstaaten wird noch übertroffen von der kaum überschaubaren Vielfalt der regionalen politischen Kulturen. Der westeuropäische Regionalismus hat lange Traditionen. Er äußert sich als Selbstverständnis von kleinen peripheren ethnischen Minderheiten, die nach Schutz verlangen (Sinti/Roma, Okzitanier, Sorben etc.), als Verselbständigungsbewegung größerer nationaler Gemeinschaften (etwa im Baltikum und in Jugoslawien) oder auch in Form des territorialen (Wieder-)Besitzanspruchsdenkens (etwa in der ehemaligen Sowjetunion). Zusammengehalten wird er von diffusen „Heimat"-Konzeptionen.

Gerade weil traditionsbewußter Nationalismus dieser Art historisch lange zurückreicht, scheint er die Stabilität der westeuropäischen Gesellschaften nicht gefährden zu können, scheint es auf absehbare Zeit nicht zu einem „Aufstand der Provinz" (Gerdes) zu kommen. Subventionspolitik der EG, kulturpolitische und andere Zugeständnisse auf nationaler und EG-Ebene scheinen die Konfliktherde zumindest auf absehbare Zeit befrieden zu können. Es war daher kein Zufall, daß Großbritannien und Irland ihren EG-Beitritt abhängig gemacht haben von der Einrichtung eines europäischen Fonds für regionale Entwicklung: Die sozialen Grundlagen des Vereinigten Königreichs bestehen eben nicht nur aus Klassen, sondern auch aus verschiedenen Nationen und Nationalitäten. Die Nationalitätenfrage im Innern wird noch zugespitzt durch das außen bedingte „immigration issue", d.h. das Zusammenspiel kollektiver Abneigungen gegen die Zuwanderung insbesondere aus den ehemaligen Commonwealth-Ländern und Versuchen der Regierung, diese Befindlichkeiten politisch umzusetzen.

Kulturelle und sprachliche Selbstbestimmung

Militant-terroristische Züge der ETA verdecken die eher strukturelle Problematik des Baskenlandes: Der hochindustrialisierte spanische Teil versteht sich wirtschaftlich ausgebeutet durch hohe Zuwanderung von Arbeitsmigranten aus dem übrigen Spanien, während der eher agrarische französische Teil von der Pariser Zentrale aus für die Tourismusindustrie freigegeben wurde. Die regionalistischen Bestrebungen im Baskenland beziehen sich daher nicht allein auf die baskische kulturelle Identität, sondern auch auf die Instrumentalisierung der Regionen durch die Zentralstaaten.

Die auch in Korsika, Südtirol und Belgien schwelenden Konfliktstrukturen haben einen Nationalismus entwickelt, der kaum etwas mit den geläufigen Vorstellungen eines rechten, chauvinistischen Nationalismus zu tun hat. Der mit dem Begriff des „Sprachenstreits" bekannte Dauerkonflikt zwischen Flamen und Wallonen in Belgien verweist auf lange zurückreichende ethnische und kulturelle Divergenzen. Zwar spielen ethnische Ressentiments gewiß eine wichtige Rolle, doch entscheidend sind wohl die dezentralistischen Motive kultureller, sprachlicher und konfessioneller Selbstbestimmung und die Versuche, regionale Traditionen im weitesten Sinn zu bewahren.

Die demokratischen Umbruch-Prozesse in den ehemals sozialistischen Diktaturen in Osteuropa resultieren nicht allein aus Erkenntnissen über die wirtschaftliche und politische Misere in den Köpfen der Eliten und Parteifunktionäre. Im Gegenteil. Rekurse auf das Volk als historisches Subjekt und die Nation als ethnisch-politischer Orientierungsrahmen waren und sind verbreitete Handlungsmuster auch und gerade unter-

halb der Eliten. Sie haben vor allem die demokratischen Oppositionsbewegungen stimuliert.

Es wäre mehr als kurzschlüssig, die Berufung auf „Nation" oder „nationale Identität" in Osteuropa als Triebfeder der demokratischen Umgestaltung zu betrachten. Das Verlangen nach Freiheit und Demokratie ist keineswegs naturwüchsig gekoppelt an die Besinnung auf nationale Traditionen, wie es etwa im Baltikum den Anschein haben könnte. Hier war die Wiederherstellung der nationalen Souveränität nach der gewaltsamen Annexion durch die Sowjetunion auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes im Jahr 1940 das verbindende Motiv der demokratischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Ethnisch begründete Diskriminierungen von Minderheiten — allein in Lettland sind 42 Prozent der Bevölkerung Russen, Weißrussen und Ukrainer — haben die Schattenseiten des Umbruchs schon bald zutage gefördert. Tatsächlich scheinen jene Entwicklungen zu überwiegen, bei denen Nationalismus zu höchst undemokratischen Verwerfungen führt. Das zeigt sich bei den lauter werdenden antisemitischen Strömungen ebenso wie in den alles andere als demokratischen ethnisch-konfessionellen und imperialen Auseinandersetzungen jenseits des Kaukasus. Strukturelle — und nicht karitative — Regelungen der sozialen Frage, der Abbau von regionalen und sozialen Ungleichheiten und der behutsame Aufbau sozial abgefederter marktwirtschaftlicher Strukturen scheint längerfristig der einzige Weg, das Abdriften in rassistische Militanz zu verhindern.

Eine bedeutsame und spezifisch osteuropäische Frage in diesem Zusammenhang ist die nach dem Abbau der „Ethnokratie". Der russische Historiker Wladimir Wolkow hat darauf hingewiesen, daß mit der politischen Auflösung der Sowjetunion die alten Sozialstrukturen noch keineswegs zerschlagen sind. Vielmehr versuchten jetzt die alten Nomenklatur-Schichten, die Vertreter des beginnenden Unternehmertums und Teile der Intelligenz ihre gesellschaftliche Stellung zu retten und sogar noch auszubauen, indem sie sich an die Spitze der Nationalitätsbestrebungen in den neugebildeten Republiken stellen: „Aber der gemeinsame Nenner für sie alle besteht in nationaler Selbstsucht oder Natiozentrismus".

▶ Transparenz der Modernisierung ◀

Die europäischen Nationalismen umfassen vielfältige, historisch tief verwurzelte Mentalitäten und Orientierungen. Hinter ihnen verbirgt sich das Bemühen um kulturelle und nationale Identität durch Ab- und Ausgrenzung **der** Fremden und **des** Fremden. Dieser letzte Aspekt scheint mir insofern der gegenwärtig entscheidende, weil er auf die antimodernistische Stoßrichtung aller Nationalismen verweist. Die Geschichte dieses Jahrhunderts, in dem im Namen des Nationalismus Schreckliches angerichtet wurde, lehrt, daß die Abwehr schwer durchschaubarer gesellschaftlicher und politischer Veränderungen — also die Abwehr **des** Fremden, Unbekannten — umgesetzt wird in die aggressive Abwendung von **den** Fremden — Ausländern, Minderheiten etc.

Dieser enge Zusammenhang kann heute nicht durch humanistisch-kosmopolitisch-elitäres und multikulturelles Schönreden aufgelöst werden, sondern durch größtmögliche Transparenz der Modernisierung und größtmögliche Beteiligung der Betroffenen. Objektive Modernisierung der Gesellschaft und Umbrüche historischen Ausmaßes, wie die Umstellung einer ganzen Produktionsweise, erfordern nicht nur die Vergewisserung über die Richtung, sondern sie verlangen nach sozialem Lernen, nach Beteiligung. Dies wiederum erfordert eine Verlangsamung des Tempos, eine Stabilisierung und Vergewärtigung darüber, was ist und was gelten soll.

Der Zusammenbruch des Sozialismus osteuropäischen Typs bedeutete auch das Ende von alltäglichen Lebensentwürfen und politischen Orientierungen, ohne daß Zeit gewesen wäre, über künftige Perspektiven auch nur nachzudenken — die Ex-DDR ist hierfür das herausragende Beispiel. Teilweise irreversible europäische Umbrüche wie die deutsch-deutsche Vereinigung, der EG-Binnenmarkt ab 1993, die Privatisierung der Ost-Industrie und Fragen der Ein- und Zuwanderung werden auf der Ebene von Institutionen und Machtkartellen entschieden, ohne daß die betroffenen Bürger auch nur gefragt werden, ohne daß dies ein Anlaß zu einer plebiszitären Erweiterung des Grundgesetzes gewesen wäre, ohne daß eine wirkliche demokratische Legitimation dafür auszumachen wäre.

Ob Bürgerbeteiligung in Form von Modellen des ,,Runden Tisches", Bürgerkomitees oder formalisierter dezentraler Entscheidungsstrukturen gefördert wird, ist dabei relativ zweitrangig. Entscheidend ist die Ausweitung und Ausgestaltung demokratischer politischer Partizipation zumal auf lokaler und regionaler Ebene, wenn nicht die Abwehr *des* Fremden, Unbekannten, Undurchschauten durch populistisch aufgeladene Ausgrenzung *der* Fremden die Oberhand gewinnen soll. Um Tönnies' Gegenüberstellung noch einmal aufzugreifen: Wenn von rechts ethnische Volks-,,Gemeinschaft" gegen kapitalistisches Klassen-,,Gesellschaft" ausgespielt wird, so müßte die *politische* Gemeinschaft der Staatsbürger, die über ihre Angelegenheit weitmöglichst selbst bestimmen, geltend gemacht werden. Gelingt das nicht, werden aggessive Apathie, extreme soziale und regionale Ungleichheit und brutales Besitzstandsdenken die Folgen sein — ein guter Nährboden für den Nationalismus. ■

Literatur:
Eickelpasch, Rolf (Hg.), Unübersichtliche Moderne? Zur Diagnose und Kritik der Gegenwartsgesellschaft, Opladen 1991
Gerdes, D. (Hg.), Aufstand der Provinz, Frankfurt/New York 1980; vgl. auch ders., Regionalismus als soziale Bewegung. Westeuropa, Frankreich, Korsika, Frankfurt/New York 1985
Glotz, P., Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992
Institut für Sozialforschung (Hg.), Aspekte der Fremdenfeindlichkeit. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Frankfurt/New York 1992
Oberndörfer, D., Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg 1991
Wolkow, W.K., Ethnokratie — Ein verhängnisvolles Erbe in der postkommunistischen Welt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52-53/1991, S. 35-43

Die einzige linksalternative Osteuropa-Zeitschrift im deutschsprachigen Raum!

OST-WEST informationen

Nummer 2/92:
(Erscheinungsdatum Mitte Mai)

Gewerkschaften im Osten:
Umbruch - Abbruch - Neuer Aufbruch (Heft II)

Mit generellen Analysen und Beiträgen zur Situation der Gewerkschaften in der Ex-Sowjetunion, Polen, Bulgarien, der Ex-DDR, Rumänien, Kroatien, Serbien, Albanien und der CSFR.

Beiträge von/Interviews mit:
Mugglin - Moneta - IBFG - Solidarnost - Modzelewski - Adanajov - Popa - Cimesa - Lazic - Kaser - Novak.

Noch erhältlich - Nummer 1/92:

Gewerkschaften im Osten: Umbruch - Abbruch - Neuer Aufbruch? (Heft I)

Mit generellen Analysen und Beiträgen zur Situation der Gewerkschaften in der Ex-Sowjetunion, der Ex-DDR, der CSFR, Ungarn und Slowenien.

Artikel von/Interviews mit:
Sauer - Traxler - Teague - MacShane - Nagaitsev - Hürtgen - Novak -Stenner - Kuzmanic.

Bestellungen:
An Ost-West-Gegeninformationen, c/o Dezentrale, Prokopig. 2/I, A - 8010 Graz, Österreich.
Preis: ÖS 30.- pro Heft

ERNESTO RICHTER

Von der Revolution zur Kooperation

El Salvador 1981 — 1991

Die jetzige ,,Repolitisierung'' der bisher bewaffneten Oppositionsbewegung in El Salvador geschieht vor dem Hintergrund ihrer in vielen Jahren sich verdichtenden militaristischen Haltung, die mit der großen Offensive Ende 1989 ihren Höhepunkt fand. Ihre zu einem nicht unwesentlichen Teil selbstverschuldete politische Wirkungslosigkeit brachte die FMLN in eine Lage, in der der nun ergriffene Weg der Friedensabkommen nichts anderes mehr ist, als ein Ausweg aus der Sackgasse.

Mitte März 1992. Anfang des Jahres wurden in El Salvador Freudenfeste gefeiert. Anlaß war die Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen zwischen der Regierung und der FMLN. Es ist Zeit sich zu fragen, wie es dazu kam und was die Zukunft dem Land verheißt. Seit vielen Jahren verfolge ich, mit dem Interesse eines Betroffenen, die Entwicklung dieses Landes — meines Landes —, mal aus der Ferne, mal aus nächster Nähe. Was im Folgenden niedergeschrieben wird, ist ein Stück weit Aufarbeitung eigener Lebensgeschichte. Vieles dessen, was hier kritisch vermerkt wird, trifft mich ebenso wie viele andere. Dennoch ist eine Distanz konstatierbar. Sie entstand seit Anfang der 80er Jahre, allmählich und in dem Maße, in dem die revolutionären Organisationen El Salvadors sich wandelten und zu Strukturen wurden, die die militärische Schlagkraft zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Stärke machten. Dennoch: all jene, die aufgrund schwindender ,,echt revolutionärer'' Zielsetzungen seitens der FMLN die jüngste Entwicklung der ,,Repolitisierung'' ablehnend betrachten, müssen sich fragen lassen, was sie in der heutigen Situation besser machen könnten.

Foto: Almut Wilms-Schröder

Perquinin in Morázan. Das Friedensabkommen ist nur ein Ausweg aus der Sackgasse.

▶ Friedensabkommen ◀

Am 25. September 1991 unterzeichneten die FMLN (die Front Farabundo Martí zur Nationalen Befreiung) und die rechtsgerichtete salvadorenische Regierung ein politisches Rahmenabkommen über die Bedingungen einer Befriedung des Landes. Zur Jahreswende 1991/92 hatten die Salvadorenos überraschend doppelten Grund zum feiern: noch in der Silvesternacht gelang in einer Marathonsitzung dem scheidenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Pérez de Cuéllar, der bis dahin sensationellste Durchbruch in den Verhandlungen zwischen der Regierung Alfredo Christiani's und der FMLN: ab 1.2.1992 würden in diesem seit Anfang der 80er Jahre vom Krieg geplagten Land die Waffen schweigen! Mitte Januar wurde in Mexiko mit viel Pomp der Friedensvertrag unterzeichnet.

Der Inhalt der Vereinbarungen hat bei so manchem langjährigen Beobachter der Ereignisse in und um El Salvador eher Staunen ausgelöst: kaum etwas aus der ursprünglichen, 1980 von der FMLN vorgelegten ,,Programmatischen Plattform'' ist übriggeblieben. Zwei zentrale Punkte des Vertrages machen dies deutlich:

1. Aus der ursprünglich geforderten Auflösung der Streitkräfte und der Institutionalisierung eines Volksheeres ist eine Reduzierung und Säuberung der bestehenden Streitkräfte geworden: aus der später geforderten Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen ist weitgehend eine Dienstentlassung der Schuldigen geworden. Eine neue, moderne Doktrin soll die alte der ,,nationalen Sicherheit'' ersetzen; damit sollen die Streitkräfte politisch neutralisiert werden. Die bisherigen Ordnungskräfte sollen aufgelöst und eine neue zivile Nationale Partei geschaffen werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Modernisierungsmaßnahmen greifen und ob die Hoffnung der FMLN in Erfüllung geht, sich — wenigstens in Teilen — der neuen Polizei anzuschließen. An der Basis der FMLN scheint jedenfalls die Neigung gering zu sein, dies zu tun. Es gibt nämlich — anders als es die FMLN und viele Medien propagieren — keinen Passus im umfangreichen Friedensvertrag, in dem die Integration ehemaliger FMLN-Kämpfer in die neue Polizei sichergestellt würde; und schon gar nicht eine Proporzregelung. Außerdem sind die bisher festgelegten Aufnahmebedingungen nicht gerade geeignet, einen Massenzulauf seitens ehemaliger FMLN-Kader zu ermöglichen.

2. Aus der ursprünglich geforderten radikalen Agrarreform („... eine grundlegende Landreform (zu) verwirklichen, die das Land, das sich bislang in Händen einiger Großgrundbesitzer befindet, den breiten Massen zur Verfügung zu stellen, die es bearbeiten."), ist kaum mehr übriggeblieben als die Forderung, nun endlich die zweite Phase der christdemokratischen Agrarreform durchzuführen. Nach der nunmehr getroffenen Vereinbarung geht der Landbesitz von über 245 Hektar an den Staat über. Allerdings haben die meisten Landeigentümer, die von dieser Maßnahme betroffen wären, bereits vorgesorgt und die einzelnen Parzellen auf Größen unter der genannten Obergrenze reduziert. Ob sich mit dieser „Agrarreform" eine Verbesserung der Lebenssituation der Landbevölkerung ergeben könnte? Jedenfalls denunzierte sie die FMLN selbst lange Zeit als Reformlüge und Augenwischerei, ja als Maßnahme im Rahmen des vom Imperialismus geführten „Krieges niedriger Intensität". Bereits vor der Unterzeichnung des Friedensabkommens wurde der FMLN von der Regierung zugestanden, sich in einigen Ländereien einzurichten um ggf. mit Basiskadern Kooperativen zu organisieren. Ob solche Unternehmungen wirtschaftlichen Bestand haben werden, bleibt abzuwarten. Angesichts der schlechten Beschaffenheit dieser Ländereien und der allgemeinen Neigung der Bevölkerung — von der die bisherigen Basiskader der FMLN keine Ausnahme bilden — sich eher für Individualparzellen zu interessieren, ist eher Skepsis angebracht.

Es handelt sich bei diesen Reformen wohl um wichtige, aber nur zum Teil um tiefgreifende strukturelle Veränderungen; und schon gar nicht um revolutionäre, wie es zuweilen dargestellt wird. Momentan zielen sie vor allem darauf ab, jene Probleme aufzufangen, die sich durch die Verwirklichung der Befriedung ergeben werden: die gesellschaftliche Wiedereingliederung und der Schutz der FMLN-Kader ebenso wie ihre Existenzsicherung und die der Basis der revolutionären Bewegung in den vom FMLN als von ihr kontrolliert beanspruchten Gebieten.

Eine eingehende Lektüre des voluminösen Friedensvertrages zeigt das Ergebnis des Krieges: der Staatsapparat ist modernisiert worden; die Rechte hat sich diesem Prozeß angepaßt und damit ihre Macht sichergestellt. Die Machthaber haben keine Zugeständnisse gemacht, die die bürgerlichen Machtverhältnisse in Frage stellen würden. Viele der vereinbarten Maßnahmen, die die FMLN als abgetrotzte Zugeständnisse propagandiert, sind lediglich Maßnahmen zur Abwendung potentieller Konflikte, die die gegebenen Machtverhältnisse gefährden könnten. Viele betreffen die Modernisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse: zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung kann man in einem so hoffnungslos übervölkerten Land nicht auf die traditionelle Landwirtschaft bauen; sowohl die Intensivierung der Landwirtschaft als auch eine forcierte Entwicklung der Industrie sind dazu nötig. Eine Reduzierung der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe gehört ebenso dazu wie die beabsichtigte Entschädigung der enteigneten Großgrundbesitzer, die dann in anderen Wirtschaftsbereichen investieren können bzw. sollen. Und schließlich erfordern diese wirtschaftlichen Modernisierungspläne auch politische Reformen, deren Reichweite sich bereits erahnen läßt: eine neue Form der liberalen bürgerlichen Demokratie, freilich angepaßt an unterentwickelte wirtschaftliche Verhältnisse, scheint sich in El Salvador den Weg zu bahnen.

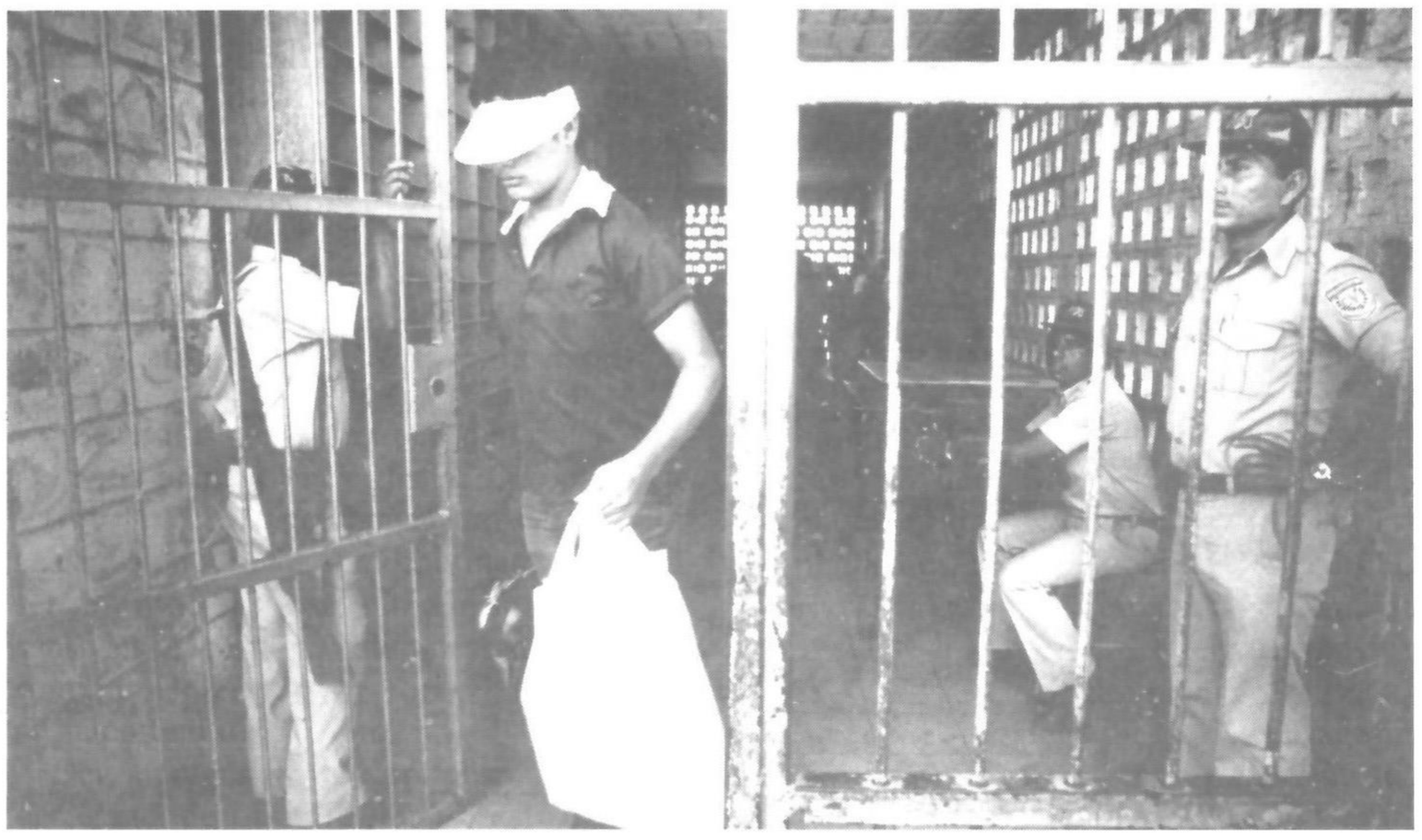
Ein Rückblick

Bereits 1980 bot die FMLN der Regierung Verhandlungen an. Die Führungs-Mitglieder der FDR waren Ende jenen Jahres in El Salvador mit dem Auftrag unterwegs, entsprechende Gespräche einzuleiten, als das Regime sie brutal ermorderte.

Damals und noch über etliche Jahre, waren aber Verhandlungen für immer größere Teile der FMLN ein eher taktisches Mittel, den bewaffneten Kampf zur Machtübernahme politisch zu flankieren; Verhandlungen, eingesetzt als Waffe, um einen militärischen Sieg zu erringen. Diese strategisch falsche Politik ging zunehmend auf Kosten der politischen Glaubwürdigkeit der FMLN. Zusammen mit der mit Blick auf die bevorstehende „Endoffensive" vom Januar 1981 durchgeführte weitgehende Militarisierung politischer Massenkader führte diese Entwicklung zu einer Verkehrung der Maßstäbe: die Stärke der bewaffneten Opposition wurde zunehmend an ihrer militärischen Schlag- und immer weniger an ihrer politischen Überzeugungskraft gemessen. Vor dem Hintergrund dieser Problematik fand jene Auseinandersetzung statt, die schließlich zu den tragischen Ereignissen des Frühjahrs 1983 in den Reihen der FPL führten. (eine der fünf Mitgliedsorganisationen der FMLN. Damals wurde die Nummer zwei der Organisation, Ana María, von eigenen Leuten ermordet; im Anschluß daran nahm sich Marcial, Führer der FPL, das Leben. Die Umstände dieser Ereignisse sind noch weitgehend ungeklärt.)

Spätestens mit der halsbrecherischen Offensive der FMLN in November 1989 wurde deutlich, was diese falsche Politik bewirkt hatte. Die Erwartung der FMLN, die Bevölkerung würde sich mit einem Aufstand der Offensive anschließen, entpuppte sich als Wunschdenken. Angesichts des Fiaskos sah sich die FMLN zu einer Umkehrung des Verhältnisses zwischen Verhandlungen und bewaffnetem Kampf gezwungen. Die massive bewaffnete Aktion wurde uminterpretiert. Zunächst wurde nach außen hin die Offensive propagiert als Druckmittel, die Gegenseite an den Verhandlungstisch zu zwingen; intern aber schätzte die FMLN die Möglichkeit eines Sieges so hoch ein, daß bereits am zweiten Tag der Offensive die Losung ausgegeben wurde: „weiter kämpfen, bis zum Ende..." Als die FMLN — trotz Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte — von der Armee zurückgeschlagen werden konnte, wurde die ursprüngliche Propaganda zum analytischen Instrument: man habe erreicht, was man beabsichtigte, und selbst die USA seien nun für Verhandlungen. Von nun an wurden Verhandlungen zum „strategischen" Mittel, ja zu einem letzten Ausweg, aus dem ausbleibenden Sieg keine Niederlage werden zu lassen.

Zwischen der ersten großangelegten Offensive vom Januar 1981 und der jüngsten lag eine Zeit, in der die FMLN gewissermaßen Verhandlungen mit sich selber führte: immer mehr Forderungen jeweils gemäßigterer Verhandlungsangebote — von der Gegenseite stets abgelehnt — wurden fallengelassen bzw. so weit entschärft, daß sie akzeptabler schienen. Der Vorschlag zur Bildung einer Regierung der Breiten Beteiligung war der erste massive Schritt zur grundlegenden Revision der ursprünglichen politischen Plattform. Die Leichtigkeit, mit der dies geschah, erklärt sich daraus, daß es



Freilassung politischer Gefangener in „Esquipulas II"
Foto: Piet ten Blanken

Foto: medico

Frauen in einem Dorf in El Salvador warten auf ... Veränderungen?

schließlich damals der FMLN weniger um Verhandlungsergebnisse gegangen ist als vielmehr darum, den Nachweis der Verhandlungsunwilligkeit der Gegenseite zu führen und damit die Fortführung des bewaffneten Kampfes zu legitimieren.

Andererseits: angesichts der Entwicklung des Kampfes in den 80er Jahren und des sich verändernden internationalen Kontextes erscheint die schrittweise Mäßigung und schließlich die Definition qualitativ neuer Zielsetzungen verständlich. Wenn die Stärke der FMLN — wie stets geschehen — mit dem Hinweis ,,bewiesen" wurde, daß die Gegenseite nicht siegen konnte, so bewies umgekehrt die Tatsache, daß ein Sieg der FMLN ausblieb, ihre Schwäche. Und tatsächlich ist eine ,,Pattsituation", wie sie lange Jahre vom oppositionellen Lager behauptet wurde, letzten Endes keine, wenn der Machthaber an der Macht bleibt. Trotz allen propagandistischen Beteuerungen, muß der Führung der FMLN diese Tatsache schon lange bewußt gewesen sein. Die Offensive von 1989 sollte die Kräfteverhältnisse definitiv zugunsten der FMLN verschieben. Ihr Scheitern bewirkte das Gegenteil.

Nun gab es für die FMLN keine Alternative mehr zur Befriedung als ersten Schritt zu einem Rückzug. Am Ende der Strecke stehen jetzt die Selbstentwaffnung und die Kooperation mit den modernisierten konservativen und zentristischen politischen Kräften des Landes im Rahmen mehr oder weniger formaldemokratischer Spielregeln. Denn die Lage, in der sich die FMLN heute befindet, ist alles andere als günstig für die Durchführung der ursprünglich anvisierten radikalen gesellschaftlichen Veränderungen. Sie wird zwar eingerahmt und geprägt vom katastrophalen Zusammmenbruch des sog. realsozialistischen Lagers, aber sie ist auch von der eigenen Politik der FMLN ,,gemacht": Entrückung von der eigenen Basis durch aus dem Militarismus sich ergebende autoritäre Organisationsstrukturen, Verlust der Volksverwurzelung durch eine auf Machtergreifung ausgerichtete taktierende Politik und die Durchführung bewaffneter Aktionen ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, usw.

Auf die Frage nach den von der FMLN gemachten Fehler, antwortete der salvadorianische Guerillaführer Leonel Gonzaléz: ,,Zeitweise gab es Zwangsrekrutierungen, dann gewisse falsche Maßnahmen gegen Infiltration, ein taktisches Verhältnis zu den Bündnispartnern. Auch die Politik der Wirtschaftssabotage, die die Bevölkerung traf, wurde manchmal zu weit getrieben."

Es handelt sich hierbei um eher euphemistische Umschreibungen von Zwangsrekrutierung und Kampfabrichtung Minderjähriger, willkürliche Hinrichtung Andersdenkender in den eigenen Reihen, Instrumentalisierung bis hin zum Mißbrauch von Bündnispartnern und terroristische Anschläge.

Veränderungen

Innerhalb der nationalen Grenzen hat der langjährige Machtkampf zwischen den konservativen und den revolutionären Kräften Veränderungen bewirkt, die den gegebenen Machtverhältnissen eine erstaunliche Stabilität verleihen. Anders lassen sich die wiederholten Wahlerfolge von ARENA nicht erklären. Ende der 70er Jahre war El Salvador ein im Massenelend versunkenes unterentwickeltes Land, in dem die Machthaber ihre Interessen mit diktatorischen Mitteln und Waffengewalt sicherten. Heute ist El Salvador ein im Massenelend versunkenes unterentwickeltes Land, dessen Machthaber gelernt haben, sich auch formaldemokratischer Mittel zur Sicherung ihrer Interessen zu bedienen. Der Lernprozeß wurde ebenso durch die Massenbewegung der zweiten Hälfte der 70er und des Beginns der 80er Jahre wie durch den bewaffneten Kampf der FMLN erzwungen. Für die Regierung ergab sich daraus die Notwendigkeit, eine politische Strategie einzusetzen, die der militärisch starken FMLN die Basis entziehen sollte. Auch die USA haben mit stetem Druck auf die Armee und auf die reaktionären Kräfte des Landes eine solche Entwicklung gefördert; darin bestand auch der sogenannte ,,Krieg niedriger Intensität".

Angebot für Guerilleros

In diesem Zusammenhang ist folgende interessante Maßnahme erwähnenswert — und sei es nur anekdotisch: bereits seit einigen Jahren bietet die Regierung Kämpfern der FMLN eine attraktive Möglichkeit, sich vom bewaffneten Kampf abzuwenden. Zum einen zahlte sie ihnen Prämien für abgelieferte Waffen, zum anderen stellte sie den Abtrünnigen Ausweise aus, durch die sie als ehemalige Guerrilleros ausgewiesen wurden und damit den Schutz der Armee genossen. Viele nahmen diese Möglichkeit wahr, noch lange bevor sich konkrete Ergebnisse bei den Friedensverhandlungen abzeichneten.

Verglichen mit den bis Anfang der 80er Jahre vorherrschenden Verhältnissen, hat sich in El Salvador inzwischen politisch einiges geändert:

- Rechtsstaatlichkeit ist als Prinzip gesamtgesellschaftlicher Konsens — der Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien wird als solcher wahrgenommen und nicht mehr, wie früher, als ,,normal" hingenommen; dem gesellschaftlichen Druck zu seiner Ahndung kann sich der Staat, wenn überhaupt, nur schwer verschließen.
- Die Medien — und vor allem die Journalistenzunft — haben sich eine Pressefreiheit erkämpft, die im zentralamerikanischen Rahmen (einschließlich Costa Rica) keinen Vergleich zu scheuen braucht.
- Trotz des Krieges finden in El Salvador seit Mitte der 80er Jahre weitgehend freie Wahlen statt — dazu gehören sowohl die Präsidentschaftswahlen von 1988, die Alfredo Cristiani gewann, als auch die Parlaments- und Bürgermeisterschaftswahlen von 1990, aus denen ARENA, die Partei Cristianis, erneut siegreich hervorging.
- Seit der Amtszeit von Präsident Napoleón Duarte üben das politische Zentrum und formaldemokratische Spielregeln einen wachsenden Sog auf extreme politische Kräfte aus: diesem Sog konnten sich weder ARENA noch die FDR (trotz ihres Bündnisses mit der FMLN) entziehen; außerhalb dieser Spielregeln haben sich bisher nur die rechtsextremen Todesschwadrone und, im linken Lager, die FMLN halten können.
- Verglichen mit der Armee der 70er Jahre ist die heutige Armee (also noch bevor die Friedensvereinbarungen zum tragen kommen) bereits erheblich ,,zivilisierter" geworden; der Druck der USA, die Ende der 80er

Jahre von der Armee bereits weitgehend angenommene Strategie des ,,Krieges niedriger Intensität" und nicht zuletzt die erstarkte zivile Gesellschaft und der sich in ihr herausgebildete Konsens der Ächtung staatlicher Gewaltanwendung, haben sie dazu gezwungen.

Diese Veränderungen und die ungeheure Verdichtung politisch-militärischer Auseinandersetzung in den 80er Jahren haben zudem zu einer erstaunlichen Erhöhung und Erweiterung des politischen Bewußtseins der Bevölkerung geführt. Kaum ein Haushalt, in dem nicht politisch diskutiert wird; kaum eine Situation, die nicht politisch eingeschätzt würde. Und dies nicht mehr, wie früher, hinter vorgehaltener Hand: der offene und öffentliche politische Streit hat sich im salvadorenischen Alltag fest etabliert. Die alte Furcht vor der ,,Autoridad" (den Uniformierten, seien sie Nationalgardisten, Soldaten oder Polizisten) hat sich verflüchtigt: 10 Jahre Krieg führten dazu, daß — vor allem auf dem Lande — zigtausende eine unmittelbare Erfahrung mit Waffen hatten; sei es innerhalb der Streitkräfte, sei es im Kampf gegen sie — die Mystifizierung der bewaffneten Macht ist dahin. Und die bewaffnete Form der Durchsetzung politischer Interessen — von welcher Seite auch immer ausgehend — ist inzwischen deutlich negativ besetzt.

Aber wichtiger noch als all dies und möglicherweise folgenschwerer ist die allgemeine Identifikation der Bevölkerung mit der durch die Friedensverträge entstandenen Situation und die Erwartungen, die daran geknüpft werden. Die Freude ist groß darüber, daß endlich eine Friedensvereinbarung zustande gekommen ist; beiden Vertragsparteien wird Anerkennung gezollt. Sowohl Cristiani und seine Regierung als auch die FMLN lassen sich als Friedensstifter feiern. Dennoch geht die Identifikation der Bevölkerung mit der neu entstandenen Lage mit einer gewissen Distanz gegenüber FMLN und Regierung einher. Wer auch immer die Vereinbarungen brechen sollte, wird mit einer allgemeinen Ächtung rechnen müssen.

▶ Ausblick ◀

Und so ist der Friedensvertrag auch der Stab, an dem die Bevölkerung das Verhalten beider Unterzeichner in Zukunft messen wird. Daß der Empfang der FMLN zu einem riesigen Volksfest wurde, läßt sich zwar auch vereinfachend interpretieren: als massenhafte Unterstützung. Realistischer ist aber folgende Erklärung: man weiß, daß die ,,Jungs" Gutes im Sinn hatten, auch wenn im Laufe der Jahre ein Graben zwischen der Bevölkerung und der Guerilla entstand; der Empfang war eben ein Willkommensgruß für die Rückkehr. In beiden Fällen träfe jedoch zu, daß die Bevölkerung die Unterzeichner des Friedensabkommens vom Januar 1992 und nicht der Guerilla von 1980 begrüßt haben.

Die revolutionäre Bewegung als Steigbügelhalter modernisierter bürgerlicher Verhältnisse? Jedenfalls scheinen, trotz des damit verbundenen Elends, die neu entstandenen politischen Strukturen für die Mehrheit der Bevölkerung eine gangbarere Alternative zu sein als die momentan perspektivlose Fortführung des Krieges um radikale gesellschaftliche Veränderungen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis der FMLN — hätte sie weiter auf den bewaffneten Kampf insistiert — der letzte Rest ihrer vormals breiten Massenbasis zwischen den Fingern zerronnen wäre.

Nachdem der Sieg der Sandinisten 1979 in Nicaragua der revolutionären (Massen-)Bewegung in El Salvador einen kräftigen Schub gab, wirkte später das Beispiel Nicaraguas eher demoralisierend: die Erfolgsperspektiven einer siegreichen Revolution in El Salvador waren angesichts der Hemmungslosigkeit, mit der der Imperialismus in Nicaragua seinem konterrevolutionären Geschäft nachging, unter den heutigen Bedingungen auf null gesunken. Hinzu kam die in Nicaragua gemachte Erfahrung, daß ein Bekenntnis zu einem revolutionären Projekt *allein,* langfristig noch keine Verbesserung der Lebensbedingungen der großen Mehrheiten sicherstellt.

Und an eine ökonomische Unterstützung aus dem sozialistischen Lager, wie sie beispielsweise lange Zeit Kuba genossen hat, war inzwischen auch nicht zu denken. Mit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks ist zudem die Systemkonkurrenz weggefallen, die dem Kapitalismus so manche Hemmschwelle bezüglich der Behandlung national-revolutionärer Projekte auferlegte. Schließlich hat die von der FMLN lange Zeit de facto aufrechterhaltene politische und strategische Anlehnung an den real existierenden Sozialismus die Legitimität und Glaubwürdigkeit ihres revolutionären Projektes untergraben. Zum einen ließ sich das realsozialistische Konzept nicht mit emanzipatorischen Gehalten füllen; zum anderen war die bereits Anfang der 80er Jahre eingeleitete weltweite Entspannung tatsächlich nicht mit dem von der FMLN geführten bewaffneten Kampf zu vereinbaren. Auch an diesem Widerspruch mußte früher oder später die FMLN-Strategie zerbrechen.

Im Großen und Ganzen ließ sich die Perspektive des revolutionären Projektes in El Salvador zu Beginn der neunziger Jahre mit dem Satz umreißen: ein Sieg wäre das schlimmste, was der FMLN und wohl auch der Bevölkerung hätte passieren können! Der Führung der FMLN ist diese Tatsache durchaus bewußt gewesen, als sie die politische Strategie einschlug, die im Januar ihre erste Etappe abschloß. Ihr gebührt hierfür Anerkennung. Aus dem bisher Gesagten geht jedoch auch hervor, daß an der Ernsthaftigkeit der. in jüngster Zeit von der FMLN wiederholten Behauptung, man werden den revolutionären Kampf von nun an mit anderen, nämlich politischen Mitteln weiterführen, gezweifelt werden muß. Für die FMLN scheint eher eine Kooperation mit jenen bürgerlichen Kräften anzustehen, die sich der Modernisierung kapitalistischer Verhältnisse verschrieben haben. Sie werden wohl gemeinsam versuchen müssen, eine Rückkehr in alte Zeiten zu verhindern. Es ist zu hoffen, daß ihnen dies gelingt.

Auf eine tiefgreifende, wirklich emanzipative Revolutionierung der Gesellschaft wird man jedenfalls in El Salvador noch lange warten müssen. Die Bedingungen ihrer Möglichkeit sind vorerst nicht gegeben und die bisher als mehr oder weniger als ,,klassisch" geltenden Wege zu ihr, haben sich als Sackgasse erwiesen. ■

Täternotizen III

Fernando Gomez Segovia, chilenischer Infantrieoffizier des Heeres. Geboren 8. September 1937, verheiratet. Militärische Studien in Ecuador und Brasilien. Gomez gehörte 1974 als Major zum Generalstab des Geheimdienstes DINA. Gomez' offizieller Lebenslauf weist für die Jahre 1974, 1975 und 1976 eine bezeichnende Lücke auf. In seinem Curriculum Vitae ist in Klammern hinzugefügt: „Gegenstand mündlicher Erklärung in persönlichem und privatem Gespräch". Hinter dieser Floskel verbirgt sich, daß Gomez die Folterschule leitete, die die DINA innerhalb der von Deutschen bewohnten Siedlung Colonia Dignidad in Südchile betrieb. Dort wurden gruppenweise DINA-Agenten vom Foltern ausgebildet. Gomez wohnte damals mit seiner Familie im Haus der Colonia Dignidad in der Kleinstadt Parral. In diesem Haus waren vorübergehend ebenfalls politische Gefangene untergebracht. Der Leiter der Colonia Dignidad, Paul Schäfer, hielt große Stücke auf Gomez und schlug vor, ihn zum General zu befördern. Da Gomez aber nicht über die nötigen Qualifikationen verfügte, wurde er erst nach der Auflösung der DINA und nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst mit dem Generalstitel und dem Sekretärsposten an der chilenischen Botschaft in Ecuador belohnt. Mit derartigen lukrativen Posten belohnte die Diktatur ihre Helfershelfer. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand bezog Gomez neben der Pension ein Gehalt als Sicherheitsberater der Post.

Quellen:
Gero Gemballa: Colonia Dignidad, Reinbek 1988, S. 142
und El Siglo 9. Februar 1992

CARLOS FUENTES

Weltlage und Demokratie: Probleme der neuen Weltordnung

Der mexikanische Schriftsteller und Diplomat Carlos Fuentes gilt auch hierzulande als einer der bedeutendsten Vertreter der lateinamerikanischen Literatur. Sein politisches Denken und Handeln wird dagegen kaum wahrgenommen. Wer im Feuilleton hoch gelobt wird, darf als Politiker und Kritiker nicht erscheinen. Im Februar hielt Carlos Fuentes auf dem internationalen Winter-Kolloquium in Mexico, organisiert von der Staatlichen Universität von Mexico UNAM, dem Nationalen Rat für Kultur und Kunst und der Zeitschrift *Nexos*, eines der drei Eröffnungsreferate. Die anderen beiden hielten Gabriel García Márquez und Fernando del Paso. Wir veröffentlichen die Rede in Auszügen.

Die Frage, die ich heute stellen will, lautet: Haben wir das bipolare Universum des Kalten Krieges hinter uns gelassen und sind wir auf dem Weg zum multipolaren Universum unserer Hoffnungen, wo politische Werte wie die Demokratie sich ihre Bahn brechen in einer Kultur, der alle Bürger angehören?

Vor kaum zwei Jahren wäre die Antwort ein freudiges Ja gewesen: Das Ende der sklerotischen kommunistischen Tyranneien Mitteleuropas, die Vereinigung Deutschlands, der interne Wandel in der Sowjetunion, der Übergang zur Demokratie in Lateinamerika, die Hoffnungen auf freieren Handel und eine neue, kooperative Beziehung zwischen dem Norden und dem Süden, die tatsächlich den globalen Charakter internationaler Wirtschaftsbeziehungen gerechtfertigt hätte.

27 Monate nach dem Fall der Berliner Mauer kann dieses euphorische Gesicht nicht mehr die Spuren des Zweifels verdecken. Sind die Sowjetunion und die Staaten des alten Warschauer Paktes die Zonen des dramatischsten Wandels, so gibt es vielleicht andere, die besser die langfristigen Probleme aufzeigen, um zu einer multipolaren Ordnung der Kooperation zu kommen. Weder ökonomisch, noch politisch noch rechtlich sind wir auf den Schritt von der Bipolarität zur Multipolarität vorbereitet. Das vermindert nicht den Wert der genannten Ziele aber es erfordert eine Analyse der Hindernisse, auf die eine Welt treffen wird zwischen dem Eis und dem Feuer: Zwischen der ökonomischen Globalisierung und der politischen Balkanisierung, und dazwischen das Aufkommen rivalisierender Handelsblöcke. Zwischen dem kapitalistischen Entwicklungsmodell und dem Fortbestehen sozialer Probleme, die ohne politisches Handeln der Linken oder Eingriffe des Staates nicht lösbar sind. Zwischen der Integration eines Clubs der Reichen im Norden und der Dispersion eines armen und anonymen Elendsquartiers im Süden. Zwischen der weltweiten Dynamik zur Multipolarität und der Unipolarität, die offensichtlich von den Vereinigten Staaten angestrebt wird.

Die erste aufscheinende Paradoxie liegt in der Koexistenz von globaler ökonomischer Integration und ihrer Negation: der extremen politischen Balkanisierung. Auf der Ebene beschleunigter ökonomischer Integration gibt es keine nationalen Unternehmen mehr, nicht einmal nationale Ökonomien im engeren Sinne. Stattdessen beobachten wir den schnellen Übergang von der Mengen- zur Wertökonomie.

Dieser wird organisiert von Köpfen, die fähig sind, Probleme zu erkennen und zu lösen, neue Produkte zu entwickeln aus Ideen und Geldern — mittels elektronischer Chips rasch übertragbar — als Ergebnis von Arbeiten an einer deutschen Universität, einem französischen Labor, einer italienischen Design-Firma, einer nordamerikanischen Werbeagentur, einer automatisierten koreanischen Fabrik, einer japanischen Bank und eines Schiffes der taiwanesischen Handels-

Mit dem Bau der Straßen in dem Tropenwald Mexikos kamen auch die Segnungen des Fortschritts.

Foto: medico international

marine. Vor diesem Horizont erschienen die Forderungen der Armenier, Ukrainer, Kroaten, Slowaken, Katalanen und Franco-Kanadier absurd, würden sie nicht eine tiefe Wahrheit in sich bergen: die Verbundenheit zur kulturellen Identität gegen die Geschwindigkeit weltweiter Integration, die uns ohne Gesicht zurücklassen könnte mit einer einzigen lächelnden Maske: der glückliche Roboter.

Das lokale Dorf steht gegen das Weltdorf: Als die starren Masken des Kalten Krieges gefallen waren, zwei komplementäre Ideologien, die beide ein sichtbares Feindbild brauchten, erschienen schutzlos, widersprüchlich aber lebendig, die durch den Ost-West-Gegensatz verdeckten Realitäten. Die Kulturen, von den beiden Fortschrittsideologien Kapitalismus und Kommunismus so emsig verleugnet, hatten ihre Strukturen eingegraben. Entsprechend tauchen sie heute mit aller Kraft eines ganzen, lange zugedeckten Sortiments auf, sprudelnde Quellen, die genausoviel nahrhaftes wie giftiges Wasser enthalten.

Alles Totgeglaubte blieb lebendig: die Stämme samt ihrer Idole, die Nationalismen und Religionen sind zurückgekehrt, um das große verbliebene Vakuum zu füllen, welches die Kaltenkriegsideologien hinterlassen haben. Auch wenn eine von ihnen, der Kommunismus, sein eigenes Begräbnis zelebriert, feiert die andere den Triumph und präsentiert sich als die universale Lösung, gleichgesetzt mit der Vernunft globaler ökonomischer Entwicklung und, noch immer, mit der unvermeidlichen politischen Dimension der Demokratie.

Während wir der Paradoxie einer Globalisierung der Ökonomie und einer Wiederauferstehung kultureller und politischer Lokalismen beiwohnen, weist sich der Kapitalismus als universelle Ideologie aus, die erneut nicht bloß die kulturellen Realitäten erdrückt und verdrängt sondern auch, und das wiegt schwerer, die notwendigen konkreten Lösungen wirtschaftlicher und sozialer Art verzögert, eine Kultur, die ohne ihr Profil zu verlieren, aufhört im Konflikt zur Ökonomie zu stehen, und diese im Konflikt mit der Gerechtigkeit.

Mit anderen Worten laufen wir Gefahr, von einer kommunistischen in eine kapitalistische Teleologie überzugehen, von den Dogmen des beerdigten Karl Marx zu den Dogmen des wiederauferstandenen Adam Smith, und dabei zu vergessen, daß die gegenwärtige politische und ökonomische Realität das Resultat einer kritischen und pragmatischen Symbiose ist, in der die Erfolge des Kapitalismus unerklärbar sind ohne die sozialistische Kritik - ebenso wie die Sklerose des bürokratischen Kommunismus durch das Fehlen liberaler und demokratischer Kritik erklärt werden kann.

Der sowjetische Sozialismus versteinerte, weil er diese Kritik unterdrückte. Umgekehrt ermöglichte die sozialistische Kritik dem Kapitalismus, sich zu sozialisieren. Beide Prozesse überdeterminierten sich gegenseitig und brachten auf diese Weise am Ende

Guatemaltesische Flüchtlingsfrau in Mexiko.

Foto: medico

öffentliche Karikaturen hervor, welche die Pappmasken eines Leonid Breschnew oder eines Ronald Reagan trugen.

Wenn wir also heute von Kapitalismus reden, welchen meinen wir?

Der gegenwärtige nordamerikanische Kapitalismus bekennt sich zu einer Religion deregulierter Privatinitiative und der Abstinenz des Staates von der Ökonomie, welche nicht nur durch die offensichtlichen Notwendigkeiten (z.B. riesige staatliche Subventionen für die Landwirtschaft), sondern auch durch sein offensichtliches Scheitern negiert wird.

Die Lüge der nordamerikanischen Illusion liegt darin, daß sich der akkumulierte Reichtum an der Spitze früher oder später nach unten ausbreitet und gerecht verteilt. Das ist nicht geschehen, das ist noch nie passiert. Zumindest nicht ohne die aktive staatliche Intervention zur Sicherung von Normen sozialer Gleichheit.

Letzteres ist die Politik des „rheinischen" Kapitalismus gewesen, des deutschen Modells als dem erfolgreichsten Europas. Das *laissez faire* des nordamerikanischen Kapitalismus paßt nicht zum kontinentaleuropäischen, insofern dieser um den sozialen Konsens des Arbeiters wirbt, dessen Partizipation im Unternehmen fördert und breiten sozialen Schutz gewährt.

Der erfolgreichste Kapitalismus aber ist derjenige, der mit größter Energie die Dogmen des freien, unbeschränkten Unternehmens ablehnt. Der ökonomische Aufstieg Japans ist ohne eine bürokratische Elite, die diesen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs regiert, nicht zu erklären. Es hätte kein japanisches Wirtschaftswunder gegeben ohne den japanischen Staatskapitalismus.

Als Lateinamerikaner möchte ich aus dieser Differenzierung der Marktwirtschaften, dem Fehlen eines einheitlichen kapitalistischen Modells als einzige Option für unsere Länder zwei unmittelbare Schlußfolgerungen ziehen. Die erste ist, daß die Defekte und der offensichtliche Niedergang der nordamerikanischen Wirtschaft dieser deren Anspruch, Modell für Lateinamerika zu sein, berauben. Darüber hinaus geht es um den noch ernsteren Anspruch, die Vereinigten Staaten seien die einzige Weltmacht nach dem Zerfall der anderen und dem Golfkrieg. Wenn der Golfkrieg den Triumph der nordamerikanischen Weltmacht darstellt, so restaurierte er in keinster Weise deren zwischen Hiroshima und Vietnam, von 1945 bis 1965, ausgeübte politische und ökonomische Macht.

Das Volk der USA weiß, daß die alleinige Macht eine Illusion und der militärische Triumphalismus eine vorrübergehende Euphorie ist. Den gestrigen Festzügen ist heute die Rezession gefolgt. Die wirkliche Herausforderung ist die einer gesunden Gesellschaft im Innern. Dies stellt die soziale Frage ins Zentrum der Beziehung eines Landes zu sich selbst. Demzufolge hängt von deren Lösung die Rolle ab, die dieses in der internationalen Szenerie spielen kann. Das heißt: fern

Foto: medico

Leben im Abseits der Regenwälder

der kapitalistischen Selbstbeweihräucherung angesichts des Todes des Sozialismus bestimmt die soziale Problematik die politische Stellung stärker denn jeh. Das Ende des Stalinismus östlich der Elbe bedeutet nicht das Ende sozialer Ungerechtigkeit weder westlich der Elbe noch nördlich oder südlich des Rio Bravo.

Vergessen wir nicht, daß es schon immer eine Freiheit gegeben hat, die Orlando Patterson „die Freiheit der Stärke" genannt hat und diese ist definiert als Freiheit, andere zu beherrschen. Auf die gleiche Art, in der die alten Griechen sich berechtigt fühlten, die Barbaren zu beherrschen, ebenso wie Ginés de Sepúlveda, sich auf die selbstproklamierte christliche Überlegenheit berufend, die Ausbeutung und Auslöschung der amerikanischen Eingeborenen feierte, wie Kipling die koloniale Aufgabe des weißen Mannes pries, Afrikaner und Inder zum Fortschritt anzutreiben, auf ähnliche Weise wie das alte sowjetische Politbüro sich berufen fühlte, das feudale Afghanistan zu überrollen und zu modernisieren, können wir heute eine subtile und pervertierte Version dieser Mission beobachten, einen Club der Reichen zu schaffen mit Sitz in Japan, Europa und den USA, welcher die Mehrheit der Armen ausschließt, einen vagen Wohlstand in weiter Ferne versprechend unter der Vorraussetzung, daß man sich bis dahin brav verhält, keine Revolutionen organisiert und sich wie Tantalus damit zufrieden gibt, aus der Ferne auf den Fernsehbildsschirmen die Früchte des Überflusses zu sehen ohne sie jemals greifen zu können.

Laufen wir Gefahr eine Apartheid auf Weltniveau zu schaffen, wo die tatsächlichen und rechtlichen Stacheldrähte für immer die Fähigen von den Unfähigen, die Hellen von den Dunklen, die Gesunden von den Kranken und die Reichen von den Armen trennt? Wie in dem prophetischen Film von Fritz Lang „Metropolis": eine unsichtbare Unterwelt koexistiert mit einer beleuchteten Oberwelt: der Keller oder das Penthouse? Die Vorbestimmung annulliert die Schöpfung und die Gerechtigkeit? Diesem zustimmen hieße, unsere Humanität verleugnen.

Ich ziehe den Glauben daran vor: daß der Pessimist nur ein gut informierter Optimist ist. Das von mir gezeichnete Bild bleibt nicht bei der Trennung in Nord-Süd, Erste-Dritte Welt stehen, da sich schon in jedem Land der sogenannten Ersten Welt eine Dritte Welt aus Obdachlosen, Kranken, Alten, Drogenabhängigen, Arbeitslosen gebildet hat — die Dritte Welt der Ersten Welt — und ebenso verfügt jedes Land der Dritten Welt über seine eigene Erste Welt der Privilegien mit Zugang zur Jetset-Kultur und dem schnellen Universum der Modernität.

Die dritte Welt der ersten Welt

Der Süden exportiert seine Pauperisierung in den Norden, der inzwischen schon seine eigene erzeugt. Ohne die wirkliche Entwicklung des Süden entbehrt der Norden eines klaren Horizontes für seine eigene Entwicklung.

Wieviel Armut erträgt die Demokratie? Wieviel Unterentwicklung toleriert die globale Sicherheit?

Kehren wir zur sozialen Frage zurück, an der sich alle vorrübergehenden Utopien auflösen: Sowohl der Norden wie der Süden, Metropolen wie Peripherie, sehen sich einer vorrangigen Aufgabe gegenüber, ihre eigenen Häuser in Ordnung zu bringen, Demokratie mit Entwicklung zu vereinen und diese mit sozialer Gerechtigkeit. Alle Beispiele zeigen, daß ohne die Einheit dieser drei Faktoren — Entwicklung, Demokratie und Gerechtigkeit — das Leben auf dem Planeten ärmer, bedrohter, unerfüllter und grausamer, gefährlich und blind wird, einer oder zwei ohne den dritten Faktor bilden nur eine Fata Morgana, bald durch die zugrundeliegende Realität in Luft aufgelöst, Objekt unserer Wünsche, Perplexität und Fragen gestern wie heute: Der Protagonismus der Kulturen, geschaffen durch uns alle, gestern unterdrückt, heute zu neuem Leben erwacht und voller Widersprüche in einer Welt voller immenser ökonomischer und ökologischer Gefahren.

Wie soll schließlich der breite, tumultartige Fluß der Kulturen kanalisiert werden in ein Flußbett, welches die Klippen überwindet und die Ernten des Nach-Kalten-Krieges befruchtet? Mir scheint, es gibt drei Antworten auf diese Frage. Eine ist politisch, die zweite juristisch, die dritte humanistisch, kulturell und sozial.

Politisch entledigen die Illusionen einer Ära irreversibler Demokratien, fußend auf dem unreglementierten Funktionieren der Marktkräfte, niemanden von der Aufgabe, eine bessere, gerechtere und freiere Gesellschaft zu schaffen. Der Kalte Krieg verschärfte intern die Repression und international verwandelten sich die Kunden in Komplizen oder Kolonien. Daß dies nicht beim Übergang vom Kalten Krieg zum heißen Markt geschieht, hängt von einem weiteren politischen Faktor ab, der Erinnerung.

Wir kennen zur Genüge die riesigen Kosten sowjetischer Tyrannei und der Interventionen in Mitteleuropa. Das Drama von Ungarn, Polen und der CSSR lebt in allen unseren Gedächtnissen. Weniger Aufmerksamkeit wird dem Preis geschenkt, den Lateinamerika um des militanten Antikommunismus der USA willen in der westlichen Hemisphäre bezahlen mußte. Das Opfer eigenen Handelns; das Wegschieben von Problemen, die nicht durch den Kommunismus erzeugt waren, sondern durch Eroberung und Kolonisierung, durch die Unabhängigkeit ohne Gleichheit und durch die ausländischen Interventionen, das heißt: durch die Geschichte.

Ein ums andere Mal, zu verschiedenen Zeiten auf unterschiedliche Art und Weise, in Guatemala und in Chile, in Kuba und in Nicaragua, mußte Lateinamerika den Preis des Kalten Krieges zahlen. Heute können die USA nicht mehr den antikommunistischen Kreuzzug ausrufen oder die sowjetische Bedrohung als Vorwand, um in Lateinamerika zu intervenieren. Vielleicht finden sie andere Vorwände: die Invasion in Panama, dabei ein ganzes Arsenal internationaler Verträge verletzend, beweist es. Und es ist einfacher, mit dem Vorwand des Drogenhandels, Bolivien zu militarisieren, wo das Angebot ist, und das New Yorker Bronx-Viertel, wo die Nachfrage ist.

Die Verpflichtung auf soziale Gerechtigkeit

Auf jeden Fall aber ist der Spielball in unsere Hälfte gerollt. Die moderne Demokratie in Lateinamerika hat vor sich die Verpflichtung, die soziale Gerechtigkeit zu verteidigen und zu fördern in einem Kontinent, wo die absolute Zahl der Armen kontinuierlich steigt, während die Einkommensverteilung sich ständig verschlechtert, wo die Löhne sinken, die Beschäftigung schwindet, die Ernährung knapp wird, die öffentlichen Dienste abnehmen, die Unterernährung und Kindersterblichkeit zunehmen...

Als Antwort in Form einer noch unveröffentlichten Affirmation dieser Negationen erscheint etwas in Lateinamerika, die zivile

Gesellschaft organisiert sich, manifestiert sich von unten nach oben, von der Peripherie zum Zentrum. Dies ist eine bemerkenswerte Neuheit in Ländern, die traditionell von oben nach unten und vom Zentrum zur Peripherie geordnet sind. Und wenn diese neue Dynamik sich erhalten will, braucht sie die Unterstützung einer demokratischen Linken, befreit von der Verirrung sowjetischer Politik und den marxistischen Dogmen, unabhängig von den Mächten des Staates und der Privatunternehmen, beide beschränkend, beide zwingend oder dazu bewegend, eine Politik sozialer Gerechtigkeit zu verfolgen, die jeden Schritt der ökonomischen Entwicklung begleiten muß und den Staat der Aufsicht und demokratischen Debatte unterwirft.

Wird Lateinamerika eine vermittelnde, beispielgebende Rolle zwischen den eingangs genannten Extremen spielen können? Zuallererst gibt es in Lateinamerika glücklicherweise keine Separatismen, weil wir in diesen 500 Jahren erreicht haben, daß Nation und Kultur koinzidieren. Was uns sicherlich fehlt, ist das Zusammenpassen von Nation und Gerechtigkeit, und daß unsere noch so gebrechliche lateinamerikanische Demokratie die Identität von Gerechtigkeit, Nation und Kultur verbürgt.

Dies bedeutet zweitens die Verschiedenheit einer Kultur, die sich aus vielfältigsten Traditionen und Ursprüngen speist, zu respektieren, mittels des Respekts gegenüber der kritischen Aktivität der zivilen Gesellschaft, diese als Schöpfer und Übermittler der kulturellen Werte. Dies alles wollen wir ausgehend von, und diese verteidigend, unserer eigenen Grundlage, unserer Partizipation in der Geschichte: die kulturelle Kontinuität Iberoamerikas. Geschaffen durch die zivile Gesellschaft wird kein kapitalistisches oder sozialistisches Projekt ohne sie triumphieren können.

Die Kultur des Anderen

Die besagte Kontinuität birgt den dritten fundamentalen Beitrag Lateinamerikas zur multipolaren Nach-Kalten-Kriegswelt in sich: die juristische. Die modernen Geschichte Amerikas ist eine der brutalen Machtasymmetrie zwischen den USA und Lateinamerika. Wir Lateinamerikaner haben darauf die Antwort des Rechts gegeben: seit 150 Jahren versuchen wir, die exzessive Macht der USA mittels Gesetzen und bilateralen Vereinbarungen zu begrenzen. Trotz der nackten Macht, die uns ein ums andere Mal am Recht verzweifeln ließ, haben wir keinen anderen Schutz. Ohne das Recht, sagte Präsident Raúl Alfonsín einmal, leben wir unter den Gesetzen des Dschungels. Und im Dschungel sind wir Lateinamerikaner nicht die Löwen.

Viele Schmerzen, viel Blut, hätte vermieden werden können, hätten die Stimmen der Vernunft, der Diplomatie und des Rechts, über jene der Unvernunft geherrscht. Die Reagan-Administration sabotierte bewußt alle diplomatischen Anstrengungen Lateinamerikas. Es bleibt zu hoffen, daß sich die USA heute und morgen dem Recht anschließen, um zu wissen, ob das Reich des Rechts nur über die Schwachen oder auch über die Starken ausgeübt wird. Uns allen steht es an, als Bürger unserer Gemeinwesen und als Staaten der internationalen Gemeinschaft den Raum der Gesetze zu erweitern. Alle sind wir in diesem Sinne Holländer, die versuchen dem Meer Land abzugewinnen.

500 Jahre lang hat sich der Okzident, ohne um Erlaubnis zu fragen, nach dem Orient und dem Süden ausgeweitet, seine Werte dabei verbreitet und geherrscht. Heute kehrt sich diese Bewegung um: der Süden und der Orient wandern Richtung Norden und Okzident, für uns alle dabei die Frage aufwerfend: können wirtschaftliche Integration mit kultureller Vielfalt und juristischer und sozialer Gleichheit koexistieren? Die massive Migration ist ein internationales Ereignis, welches mehr und mehr interne Solidarität und internationale Legalität zum Schutze der Arbeiterrechte erfordert.

Die kulturelle Komponente stellt neue und überraschende Anforderungen an unsere Phantasie und die Geschichte ist weit davon entfernt, zu Ende gegangen zu sein. Einer ihrer Hauptdarsteller ist der Andere, der Russe und Kroate, der Nordafrikaner und Türke, der Kolumbianer und Salvadorianer, der Pakistaner und Senegalese. Heute ist der Andere mit uns. Er teilt unsere Zeit und unsreren Raum und ohne ihn oder sie wird es keine neue Weltordnung geben, die diesen Namen verdient. Die multiethnische und multikulturelle Stadt ist das unausweichliche Produkt der Schnappschuß-Kommunikation, der ökonomischen und parallel dazu der kulturellen Integration, der Gesellschaft und der lokalen Politik.

Dies alles enthält die Herausforderung des Anderen, die Herausforderung für unsere Vorurteile, den Sinn für unsere eigenen Grenzen, unsere Fähigkeit zum Geben und Nehmen, unsere Intelligenz, das Außergewöhnliche zu verstehen — die Kultur des Anderen — und von dieser verstanden zu werden. Zusammengefaßt müssen wir Lateinamerikaner als Teil der Mehrheit unsere besondere Fähigkeit zur Aufnahme und zur Transformation stärken, um Kulturen zu schaffen, die mit der Reinheit und Isolierung eingehen und nur mit der Kommunikation, dem Mestizentum und der Ansteckung leben und gedeihen.

1992 können wir Lateinamerikaner — besser gesagt wir Indo-Afro-Iberoamerikaner — uns unserer geerbten Kultur erinnern aus der Welt der vorkolumbianischen indígenas, aber auch der afrikanischen Welt und der europäischen, die nicht nur iberisch ist, sondern mediteran: levantinisch, griechisch und römisch, aber auch jüdisch und arabisch. Wir haben keine Angst vor dem Immigranten: *Wenn die Kulturen ausgrenzen, verlieren sie; wenn sie einverleiben, gewinnen sie.* ■

Übersetzung: Holm-Detlev Köhler

"Nie würden wir imstande sein, . . . unsere Lage zu verändern, so lange wir gefangen blieben in unserer Halbheit und Entfremdung. . ."

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

spw

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Linken

... Deswegen, so sieht auch **spw** das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

Deswegen versucht **spw**, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre.

Das konkrete Augenmerk richtet **spw** derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

COUPON

spw-Probe-Abonnement

Ich bestelle ein **spw**-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von **spw**, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

PETER PILLENSTEIN

... tausche Honecker gegen Schäfer

Kohl in Chile

Die Welt ist zum Austragungsort deutscher Querelen geworden. Von Moskau bis Santiago geht die Spanne, und Nordkorea spielt ein wenig mit hinein. Wenn Honecker zum Dauergast in der Moskauer Botschaft Chiles wird, dann hat das auch damit zu tun, daß der Bonner Anspruch, sich in Sachen Menschenrechte überall und immer einmischen zu dürfen, mit kohlscher Tapsigkeit und genscherscher Schlitzohrigkeit in Politik umgesetzt wird.

Während seines Staatsbesuchs in Chile im Oktober 1991 ließ Kohl keine Gelegenheit aus, die Pinochetdiktatur mit der DDR und der Nazidiktatur zu vergleichen und den Chilenen zu raten, ihre Vergangenheit ebenso aufzuarbeiten wie es Bonn mit der deutschen und der deutsch-deutschen tat. Als die Universität von Chile dem Kanzler die Ehrendoktorwürde verlieh, nannte er das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" Verrat, wenn es um den internationalen Schutz der Menschenrechte gehe. Auch in seiner Rede vor der deutsch-chilenischen Handelskammer konnte Kohl sich einen verhaltenen Hinweis auf die Menschenrechte nicht verkneifen. In einer Pressekonferenz nach der Colonia Dignidad befragt, sagte Kohl, das Thema habe er mit Präsident Aylwin besprochen, er für seinen Teil könne es nicht ertragen, daß es in der Welt Mauern gebe, und wenn es gelungen sei, die Berliner Mauer zu stürzen, so müßten nun auch die anderen noch bestehenden Mauern zu Fall gebracht werden (La Epoca, 22. Oktober 1991). Der Vergleich zwischen der DDR, der Naziherrschaft und Pinochet war einfältig und Kohls auf dem Fuße folgende Aufforderung zur Versöhnung nahm ihm sogleich seine polemische Spitze. Der Vergleich zwischen der Berliner Mauer und dem Zaun der Colonia Digniad war abenteuerlich. Aber er hatte einen handfesten tagespolitischen Hintergrund. Kohl mußte die Einreise Erich Honeckers nach Chile verhindern und die Ausweisung des Sektenführers Paul Schäfer verlangen. Einige der chilenischen Abgeordneten und Regierungsmitglieder, die am nachhaltigsten Schäfers Ausweisung forderten, hatten im ostdeutschen Exil gelebt und gönnten Honecker einen unbehelligten Zufluchtsort in Chile.

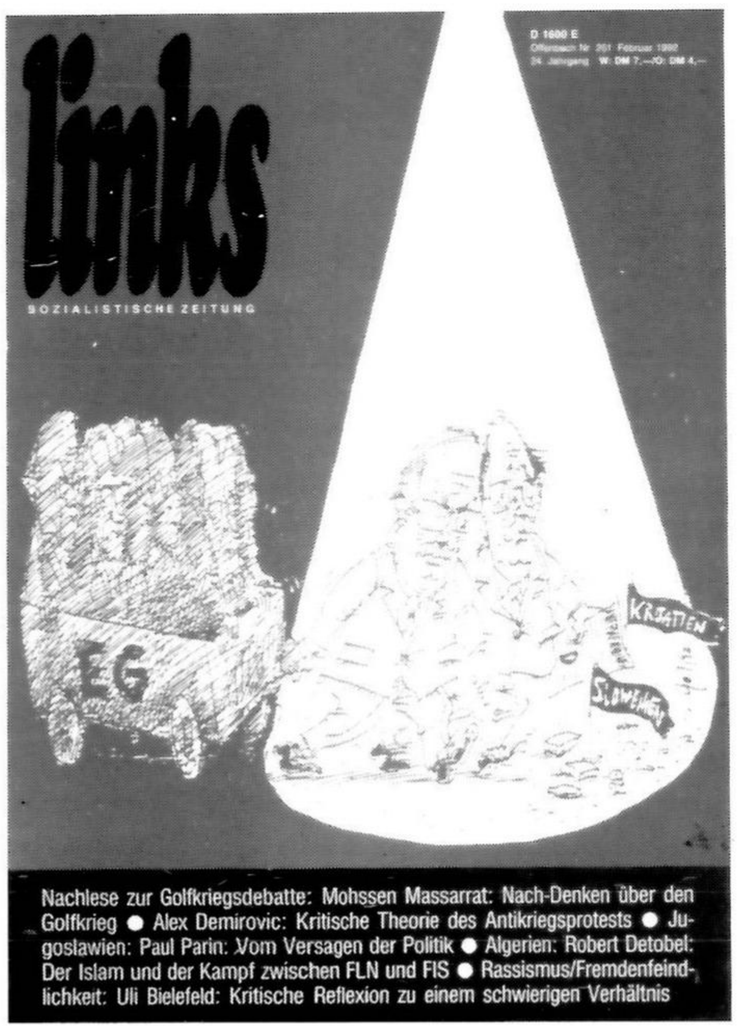
Die Sache erforderte Fingerspitzengefühl und Diskretion. Kohl formulierte vorsichtig und hütete sich, über die Folterungen der DINA in der Colonia Dignidad und die jahrelange Komplizenschaft bundesdeutscher Diplomaten zu reden. Dennoch traf Kohl am letzten Tag seines Aufenthaltes während einer Rede im Kongreß ins Nervenzentrum des brüchigen gesellschaftlichen Kompromisses, der Chile zur Demokratie führen soll. Im Kongreß reden alle von Versöhnung und fast alle meinen das Vergessen. Als Kohl in einer Paranthese ein weiteres Mal seinen Vergleich zwischen Pinochet und der DDR bemühte, verließen 30 Abgeordnete der äußersten Rechten fluchend und schimpfend den Saal. Aufgeschreckt durch Kohls in den Tagen zuvor gehaltene Reden, hatten sie am Vorabend diese Aktion verabredet. Den Schluß des provokativen Satzes, daß es gälte, „trotz allem zur Versöhnung beizutragen" und den Hinweis, daß er dies als Deutscher über Deutschland sage, bekamen nur noch die christdemoktratischen und linken Abgeordneten mit, die stehend applaudierten. Währenddessen zieh draußen auf dem Flur der frühere Pinochetminister General a.D. Bruno Siebert, Kohl der Ungezogenheit. Kohl hatte die Aggressivität der chilenischen Rechten unterschätzt. Er trug den Zwischenfall mit Humor. Er hatte eine Pluspunkt gemacht, ohne sich viel dabei vergeben zu haben. Die erste öffentliche Stellungnahme des deutschen Staatsoberhauptes zur Colonia Dignidad, die ein politisches Signal hätte sein müssen, war so unentwirrbar in einen Wust deutschchilenischer Probleme verschnürt, daß sie zum Klaumauk geriet. Zu guter letzt höhnte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* — freilich im Feuilleton, wo etwas mehr gewagt wird —, Honecker solle in der Colonia Dignidad Refugium suchen, wo deutsche Tugenden wie „Gehorsam, Mut und Disziplin ((und)) der Glaube an das Dogma und die unverbrüchliche Treue zum großen Führer" noch etwas gelten.

Die Linken freuten sich über Kohls Rede, die Rechten ärgerten sich. Aber allen war klar, daß diese deutlichen Worte fünfzehn Jahre zu spät kamen und nach dem Ende der Pinochetdiktatur wohlfeil waren. Einmischung in Sachen Menschenrechte muß früh einsetzen, eine klare Sprache sprechen und konsequent sein.

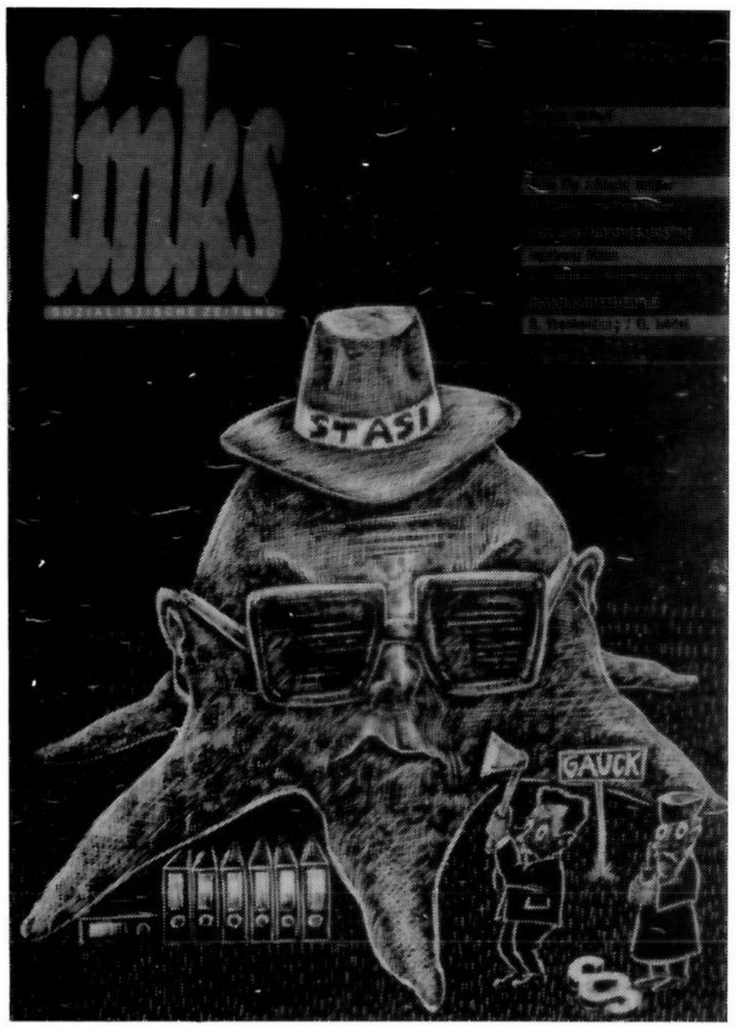
Der chilenischen Rechten kam Honeckers Flucht in die chilenische Botschaft nicht ungelegen. Daß er Krebs simuliert hat, macht ihn nicht sympatisch, aber immerhin: jetzt hatten die Pinochetanhänger ein Faustpfand, mit dem sie sich an Kohl rächen konnten. Außerdem neutralisierte der Fall Honecker den Fall Schäfer. Wenn alle Verbrechen der Colonia Dignidad bekannt würden, würden viele alte Wunden wieder aufgerissen. Bonn kann die merkwürdige Koalition zwischen links und rechts recht sein. Solange Honecker in der Botschaft sitzt, kann die Bundesregierung starke Sprüche kloppen. Stünde er vor einem deutschen Gericht, würde bald offenbar werden, was Menschenrechtsrhetorik vom effektiven internationalen Schutz der Menschenrechte unterscheidet: ein einklagbares Recht, das über nationale Grenzen hinweg Mauerschüsse und willkürliche Inhaftierungen ahndet. Aber da ist wohl kein Entwurf in Bonner Schubladen. ■

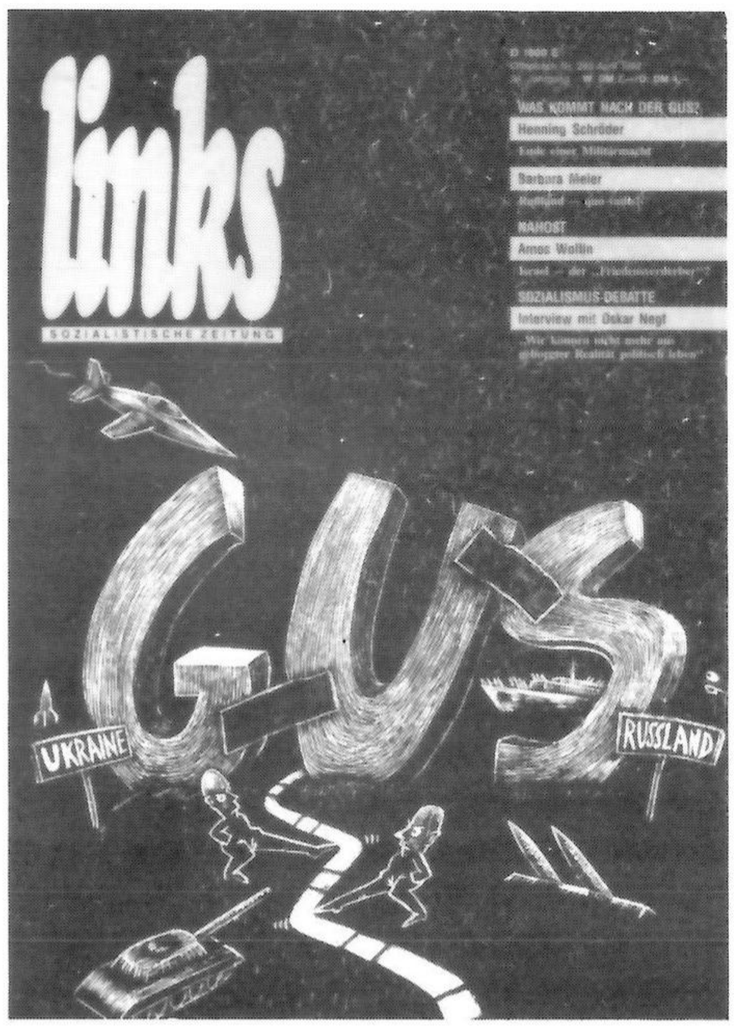
Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu nationalen Konflikten in Jugoslawien, zum Kampf zwischen FLN und FIS in Algerien, zur Nachlese auf die Golfkriegsdebatte, zur Verfassungsdiskussion, zur Stasi-Problematik und zur Perspektive der GUS-Staaten. Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.



Nachlese zur Golfkriegsdebatte: Mohssen Massarrat: Nach-Denken über den Golfkrieg ● Alex Demirovic: Kritische Theorie des Antikriegsprotests ● Jugoslawien: Paul Parin: Vom Versagen der Politik ● Algerien: Robert Detobel: Der Islam und der Kampf zwischen FLN und FIS ● Rassismus/Fremdenfeindlichkeit: Uli Bielefeld: Kritische Reflexion zu einem schwierigen Verhältnis





Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.

Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

_____

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

1

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU BUCHLÄDEN HABEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BA
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr.
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7